Nr. 143. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7876. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 22. Juni 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Sozialistische Wähler von Berlin und Teltow-Beeskow!

Die Gegner vereinigen sich, um Eueren Händen die Reichstagsmandate wieder zu entreißen, die Ihr im Jahre 1893 erobert habt. Konservative und Liberale, Antisemiten und Klerikale, alle bürgerlichen Parteien stehen zusammen, um den Vertretern des Geldsacks und der Arbeiterausbeutung zum Siege zu verhelfen. Das darf nicht geschehen. Eure Ehre und die Ehre des arbeitenden Volkes Deutschlands gebieten, daß der Anschlag des gemeinsamen Feindes abgewiesen wird, und nicht nur der 2., 3., 5. Berliner und der Kreis Teltow-Beeskow müssen wieder-, sondern der erste Berliner Wahlkreis, die letzte Zuflucht des charakterlosen Liberalismus, muß neu erobert werden. Der Erfolg ist sicher, wenn Ihr geschlossen in den Kampf geht. Keiner darf fehlen, jeder muß seine Stimme abgeben. Mit erdrückenden Mehrheiten müssen die Kandidaten des arbeitenden Volkes am 24. Juni gewählt werden.

Die organisirten Arbeiter der ganzen Kulturwelt blicken auf Euch! Rechtfertigt die Hoffnungen, die man auf Eure Thatkraft und Disziplin setzt! Der 24. Juni sei ein neuer Ehrentag in der glanzvollen Geschichte des organisirten Proletariats von Berlin!

* * *

Die Kandidaten unserer Partei zu den Stichwahlen in Berlin und dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg sind:

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Redakteur Hugo Poetzsch in Berlin.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Richard Fischer in Berlin, Kreuzberg-Str. 25.

3. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Rechtsanwalt Wolfgang Heine in Berlin.

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Redakteur Robert Schmidt in Berlin.

Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:
Gastwirth Fritz Zubeil in Berlin.

Gewaltsamer Umsturz oder friedliche Entwickelung?

Die Diktatur des Junkerthums — das ist es, worüber diesmal die Wahlen entscheiden.

Oekonomisch bankrott, sucht das Junkerthum seine politische Macht zu benutzen, um ökonomische Vortheile herauszuschlagen und sich das deutsche Volk zinsbar zu machen. Es beherrscht die Regierung, das heißt, es verfügt über Bureaukratie und Armee, und es erfreut sich der Bundesgenossenschaft der großen kapitalistischen Monopolisten, die mit ihm das Volk schröpfen, mit ihm die Beute theilen.

Aber es fand bisher noch einigen Widerstand im Reichstag, dank dem allgemeinen Wahlrecht, das der Sozialdemokratie, der entschiedensten Gegnerin der junkerlichen wie jeder anderen Ausbeutung, eine zahlreiche Vertretung im Reichsparlament ermöglicht, und infolge dessen auch den übrigen bürgerlichen Parteien den Nacken etwas steifer macht.

Daher die Wuth der Junker und Junkergenossen gegen die Sozialdemokratie und gegen das allgemeine Wahlrecht. Ist die Sozialdemokratie geknebelt, dann ist die letzte Schranke junkerlicher Willkür gefallen, die Diktatur des Junkerthums ist vollendet und sie kann dem deutschen Volke erpressen, was sich erpressen läßt.

Die Junker sind jedoch die letzten, die daran denken könnten, mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der bürgerlichen Freiheit — und sei sie auch so spärlich, wie die im Deutschen Reiche gewährte — fertig zu werden. Die einzige Methode politischen Kampfes, die für sie Erfolg verspricht, ist die der gewaltsamen Unterdrückung; dabei aber bedürfen sie des Umsturzes der bestehenden Verfassung. Aufhebung des bestehenden Wahlrechts, der Koalitionsfreiheit, Ausnahmegesetze gegen die Lohnarbeiterschaft und ihre Vertreter: das sind die Vorbedingungen, deren das Junkerthum bedarf, ehe es seinen Raubzug gegen das deutsche Volk in Szene setzen kann, und darum wird in dem jetzigen Wahlkampfe vor allem gekämpft.

Es handelt sich dabei viel mehr um die Frage, ob die politischen und sozialen Kämpfe Deutschlands hinfort auf dem Boden westlicher Zivilisation oder östlicher Barbarei ausgefochten werden sollen, als um die, ob die Sozialdemokratie sich nach wie vor in gleicher Kraft entfalten soll.

Unsere Partei wurzelt zu tief in den Verhältnissen, als daß gewaltsame Unterdrückung sie vernichten könnte: sie wächst und bethätigt sich ja sogar in Rußland, und auf dessen Niveau werden die Junker trotz ihrer Verehrung der Knute Deutschland doch nicht mehr bringen können, wenn ihre Macht noch so sehr wüchse. Die Verfolgungen haben uns bisher noch nirgends gebrochen, ja nicht einmal unsere Entwickelung aufgehalten, sondern nur gefördert. Der Arbeiter, auf dem ökonomischer und politischer Druck zugleich lastet, der wird viel eher Sozialdemokrat als jener, der blos gegen ökonomischen Druck allein zu kämpfen hat. Das lehrt schon die flüchtigste Vergleichung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie mit der Englands und Amerika's.

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem immer und überall die entschiedenste Verfechterin der politischen Freiheit ist, so ist sie das nicht aus Selbsterhaltungstrieb, sondern im Interesse der friedlichen sozialen Entwickelung, die nur auf dem Boden der Freiheit möglich ist. Spekulirten wir wirklich auf den gewaltsamen Umsturz, dann müßte uns nichts willkommener sein, als eine junkerliche Mehrheit im nächsten Reichstag, denn der Umsturz von oben erweckt auch den Drang nach gewaltsamem Umsturz von unten.

Welches war denn die einzige Wirkung des Sozialistengesetzes? Das Erwachen der Neigung zum terroristischen Bombenanarchismus, und zwar nicht nur in Deuschland selbst, sondern auch in seinen Nachbarländern — denn Deutschland giebt seit 1870 den politischen Ton in ganz Mitteleuropa an. Ja, in manchen Nachbarländern, Oesterreich, Italien, Frankreich gedieh der durch das Sozialistengesetz gezüchtete Bombenanarchismus noch besser, dank der Abwesenheit des Wahlrechts oder einer kraftvollen, disziplinirten Sozialdemokratie. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes bereitete den Boden für das Hinsterben des Bombenanarchismus, der heute nirgens mehr einen Anhang hat. In Deutschland war er nie zur Bedeutung gelangt, dank dem Fortbestehen des allgemeinen Wahlrechts und der Disziplin der Sozialdemokratie.

Das Fortbestehen des Wahlrechts, das war aber, nach der Ansicht unserer Konservativen, der große Fehler des Sozialistengesetzes, den sie jetzt gut machen wollen, wenn es ihnen gelingt, eine gefügige Mehrheit zu erlangen. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie es für ihre dringendste Aufgabe ansehen, dem Bombenanarchismus in Deutschland den Boden zu bereiten — und einen günstigeren Boden noch, als ihn das Sozialistengesetz bot — dem Bombenanarchismus und Ausbrüchen der Verzweiflung undisziplinirter, verhungernder Volksmassen. Die Hungerrevolten Italiens und jetzt Galiziens, dieses Junkerparadieses, und anarchistische Attentate, das sind die Zustände, die das ostelbische Junkerthum in Deutschland heimisch machen würde, wenn es zum Siege gelangte.

Das stärkste Bollwerk gegen solche Zustände bietet das Bestehen einer starken, wohl disziplinirten Sozialdemokratie, die vor allem dahin strebt, die Bahn gesetzlicher Entwickelung frei zu halten, weil sie sehr wohl weiß, daß dieser Weg, wenn er auch vielleicht am langsamsten zum Ziele führt, doch der sicherste und der am wenigsten opfervolle ist. Die Proletarier haben eben ihre eigene Haut zu Markt zu tragen, während das Junkerthum freiwillige oder zwangsweise rekrutirte Knechte ins Feuer schickt, die seine Kämpfe ausfechten müssen.

An Szenen, wie sie in Mailand vorgekommen, liegt einem Vollblutjunker nichts; er provozirt sie leichten Herzens, wenn er seine Interessen dadurch fördert.

Wenn man alles das erwägt, kann man nicht zweifelhaft darüber sein, welche Wahlsiege in den kommenden Stichwahlen die friedliche Entwickelung der Gesellschaft mehr bedrohen und die brutalsten Formen des gewaltsamen Umsturzes mehr fördern, der Sieg der konservativen oder der der sozialdemokratischen Kandidaten.

Neugierig aber darf man darüber sein, welche Haltung das liberale Bürgerthum dabei einnehmen wird. Von ihm wird es vielleicht abhängen, ob die Konservativen und ihre Schutztruppen im nächsten Reichstag die Mehrheit haben oder nicht. Zeigt es nur einen Funken politischen Verstandes, dann kann es nicht unschlüssig sein bei der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten, für wen es sich entscheiden soll. Ebenso wie das Proletariat ist auch das Bürgerthum daran interessirt, daß die kommenden politischen und sozialen Kämpfe sich möglichst in gesetzlichen Formen, frei von allen Gewaltsamkeiten abspielen; es hat nicht das mindeste Interesse an der frivolen va banque-Taktik der bankrotten „Kreuz-Zeitungs"-Ritter.

Aber das liberale Bürgerthum hat Mannesmuth und politische Einsicht schon in so vielen für die politische Entwickelung Deutschlands verhängnißvollen Momenten vermissen lassen, daß wir auch diesmal keine Erwartungen darauf bauen dürfen.

Umsomehr müssen wir unsere ganze Kraft anspannen, um am 24. Juni nicht blos die Sache der Sozialdemokratie, sondern auch die der friedlichen sozialen Entwickelung gegenüber dem gewaltsamen Umsturz von oben zum Siege zu führen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

Der Rückschritt in der Sozialpolitik wird jetzt schon von der Regierung — o, wie haben sich die Zeiten geändert! — dazu benutzt, um regierungsfreundliche Wahlen zu erzielen. Die offiziösen „B. P. N." schreiben:

„Wenn in einigen Blättern Darstellungen verbreitet werden, wonach anzunehmen ist, daß der Sinn der Gesetzgeber des sogenannten Arbeiterschutzgesetzes vom 1. Juni 1891 dahin gerichtet gewesen sei, in Zukunft die Schutzbestimmungen auf das ganze Handwerk auszudehnen, so beruhen diese Darstellungen auf Irrthum. Im § 154 der Gewerbe-Ordnung heißt es zwar, daß die betreffenden Vorschriften durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths auch auf andere als elementare Kraft verwendende Werkstätten ganz oder theilweise ausgedehnt werden können, man muß jedoch die Motive zu diesem Vorgehen vergessen haben, wenn man hierunter nun das ganze Handwerk verstanden wissen will. Den Gesetzgebern kam es im Anfange der neunziger Jahre darauf an, die Möglichkeit zu Vorbeugungsmaßregeln zu geben, daß nicht etwa die Kinderbeschäftigung, die man nahezu ganz aus den Fabriken verbannen wollte, in der Hausindustrie zu großem Umfange sich entwickeln würde . . . Die Hausindustrie und nicht das gesammte Handwerk war es, die man bei der Normirung dieser Bestimmung im Auge hatte. Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern in der Hausindustrie werden ja denn auch schon angestellt. Man ersieht daraus, daß die Angelegenheit sich in den einmal in Aussicht genommenen Bahnen fortentwickelt. Anlaß zu Besorgnissen liegt deshalb für das Handwerk im allgemeinen nicht vor."

Das mag ja ein guter Trost für die kleinen Handwerker sein, die von jeder Ausdehnung der ArbeiterschutzGesetze auf das Handwerk den Zusammenbruch von nur mühsam aufrecht erhaltenen Existenzen befürchten. Vielleicht werden durch diese Mittheilung auch einige Stimmen für regierungstreue Kandidaten gewonnen. In welchem Licht aber erscheint eine Regierung, die vor noch nicht zehn Jahren auszog, eine „große, soziale Gesetzgebung" zu inauguriren und die heute, um einige Stimmen zu fangen, den kleinen Krautern versichert, daß gar nicht daran gedacht werde, sie mit weiterer Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze zu belästigen? Eine Regierung, die soweit heruntergekommen ist, leidet an Altersschwäche und setzt sich, angesichts der großen sozialen Fragen unserer Zeit, selber auf den Aussterbe-Etat. —

General v. Werder, der frühere Botschafter in Petersburg und noch heute überaus beliebt in den offiziellen russischen Kreisen, wird als Nachfolger des Fürsten Hohenlohe genannt. Wir würden ihn gern dem Zarenreiche ganz abtreten. —

Das Deutsche Reich ist in Gefahr! Die „Kreuz-Zeitung" giebt der Ansicht Ausdruck, das Deutsche Reich könne es nicht vertragen, wenn ein halbes oder ein ganzes Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter mehr im Reichstage sitzt. Und dabei wagt das Blatt wenige Zeilen vorher seinen Lesern vorzureden, daß durch die sozialdemokratischen Erfolge weder Schrecken noch Muthlosigkeit in den Reihen der bürgerlichen Gegner hervorgerufen sei. Dieser seltsame Widerspruch beweist doch zur genüge, daß unsere Gegner nicht nur den Muth, sondern theilweise sogar den Verstand verloren haben, wovon sie freilich niemals allzu viel besessen haben. Daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Mandate nicht als Volksvertreter ausüben, glaubt die „Kreuz-Ztg." wohl selbst kaum. Oder gehört es etwa zu den Eigenschaften eines Volksvertreters, sich auf Kosten seiner Wähler die Taschen zu füllen, wie es die Kreuz-Zeitungs-Ritter bis auf den heutigen Tag thun? Ebenso bewußt erlogen ist die Behauptung, die Sozialdemokraten hätten den Ton des Reichstages auf ein niedriges Niveau herabgezogen und das Interesse des Publikums an den Verhandlungen vermindert. Wenn wir uns nicht sehr irren, so war es kein Sozialdemokrat, sondern den der „Kreuz-Ztg." sehr nahe stehende König Stumm, der — allerdings nicht im Reichstage, weil ihn dort unsere Genossen das Unanständige seines Benehmens vor Augen gehalten hätten, sondern in dem von Sozialdemokraten freien Herrenhause, wo die edlen und erlauchten Herrn unter sich sind — seine bekannte „Lausejungen-Rede" gehalten hat. Auch der Ausdruck „jüdische Unverschämtheit" ist, soviel wir wissen, nicht auf sozialdemokratischer Seite gefallen, sondern von dem Junker Kardorff ausgegangen. Und was das abnehmende Interesse des Publikums betrifft, so geben wir gern zu, daß die Geliebte des früheren Chefredakteurs der „Kreuz-Ztg.", Flora Gaß, schon lange nicht mehr den Sittlichkeitsreden ihres lieben Freundes zugehört hat, aber daran sind doch nicht die Sozialdemokraten schuld, sondern der Staatsanwalt, der auf die vornehme Abstammung des Freiherrn v. Hammerstein so wenig Rücksicht genommen hat. Im übrigen aber sind gerade bei den Reden sozialdemokratischer Abgeordneter die Tribünen des Reichstages drückend voll, während sie sich bei den Reden konservativer Abgeordneter ebenso schnell leeren, wie die Bänke des Sitzungssaales.

Natürlich soll das ganze Geschreibsel der „Kreuz-Zeitung" wieder nur alle Parteien zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufrufen, wobei das Junkerblatt das kostbare Zugeständniß macht, daß seine „geistigen Waffen" abgenutzt sind. „Die „geistigen Waffen" haben — das wird man doch wohl nun endlich zugestehen — der sozialdemokratischen Agitation gegenüber versagt. Wohlan, greifen wir alle wie ein Mann zur Selbsthilfe, dann sind es nicht die „Bourgeois", denen der Sieg der rothen Fahne einen „heillosen Schreck" einjagt; sondern

die Sozialdemokraten, die vor den solidarisch vormarschirenden und konzentrisch kämpfenden „Bourgeois“ die Fahne einziehen müssen, werden den „heillosen Schreck“ empfinden.“ Na, so furchtsam ist die Sozialdemokratie denn doch nicht, daß sie vor dem Ansturm der Nachkommen der früheren Raubritter einen heillosen Schreck empfindet. Wir spotten höchstens über die Ohnmacht derer, die jetzt ihre eigene Schwäche eingestehen und die „bürgerliche Kanaille“ anflehen, für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, die sich jetzt bei den Wahlerfolgen der sozialdemokratischen Partei wieder in schönstem Lichte gezeigt, regt das Organ der Thomasphosphatleute gewaltig auf. Namentlich das Begrüßungstelegramm der czecho-slavischen Organisation der Sozialdemokratie Oesterreichs hat es dem Bündlerblatt angethan. Daß wir dasselbe abdruckten und uns dessen freuen, soll beweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie „nicht einen Funken Nationalgefühl mehr besitzt“, da in Böhmen das Deutschthum einen Kampf gegen das Czechenthum auszufechten habe.

Gut! Aber die „deutsch-nationalen“ Fabrikanten Böhmens nehmen die czechischen Arbeiter mit Vorliebe in Arbeit, weil sie billiger sind, und auch ihre deutschen Kollegen spielen Czechen, Italiener u. s. w. gern gegen deutsche Arbeiter aus. Und damit die „Edelsten der deutschen Nation“ ihre deutschen Landsleute nach wie vor möglichst ausschinden können, soll ja dafür gesorgt werden, daß an Eisenbahnbauten mehr ausländische Arbeiter Verwendung finden. Ferner sorgen unsere „urteutschen“ Junker in Ostelbien dafür, daß immer mehr polnische, galizische und czechische Arbeiter nach Deutschland hereingezogen werden, weil sie billigere und willigere Ausbeutungsobjekte abgeben. So sieht das „Nationalgefühl“ derer um Plötz aus.

Hätten die nur-„nationalen“ Ausbeuter und ihre Organe auch nur einen Schimmer von Kenntniß der auswärtigen Politik, so müßte ihnen nicht unbekannt sein, daß die czecho-slavische Sozialdemokratie den czechischen feudalen und bürgerlichen Parteien weit verhaßter ist, als die Deutsch-Nationalen schärfster Tonart.

Uebrigens ist die ganze an sich durchaus unbegründete Erregung unserer nicht ernst zu nehmenden Chauvinisten auf einen Druckfehler zurückzuführen. Im „Vorwärts“ stand: „Mit dem Ausdruck unserer Bewunderung für Euren rastlosen Kampf sendet Euch herzliche Glückwünsche zu Eurem großartigen Erfolge für die czecho-slavische Partei. Krapka.“

Die letzte Zeile sollte heißen:

Erfolge. Für die czecho-slavische Partei: Krapka.

Die französische Ministerkrisis ist von ihrer Lösung heute entfernter als bei ihrem Ausbruche. Sarrien hat die Mission, ein Konzentrationskabinet aus Opportunisten und gemäßigten Radikalen zu bilden, in die Hände des Präsidenten Faure zurückgelegt. Die Schwierigkeiten, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden, und dann die, von demselben ein neues Kabinet konstruiren zu lassen, sind überaus groß. —

Deutsches Reich.

Die Thomas-Phosphatmehl-Geschäfte des Bundes der Landwirthe erscheinen jetzt selbst so waschechten Agrariern wie dem Grafen Kanitz recht faul. Ein Witzblatt hatte vor kurzem den Grafen Kanitz mit diesen Geschäften in Verbindung gebracht. Dagegen legt nun die „Kreuz-Zeitung“ feierlichst Verwahrung ein und betont, daß Graf Kanitz mit der Geschäftsleitung des Bundes und mit der Thomasmehlsache absolut nichts zu thun habe. „Derartige unzulässige Verquickungen einer rein geschäftlichen Angelegenheit einzelner dafür verantwortlicher Persönlichkeiten mit dem ganzen Bunde und mit der von diesem verfolgten Wirthschaftspolitik sollten füglich den freisinnigen Radaublättern überlassen bleiben.“ Nun, verdenken kann man es dem Grafen Kanitz gerade nicht, daß er sich von mindestens recht zweifelhaften Geschäften und derartigen anrüchigen Manipulationen fern halten will. Hoffentlich aber wird das seinem freundschaftlichen Verkehr mit Herrn v. Plötz keinen Abbruch thun. —

Gegen die Einführung einer kommunalen Umsatz- oder Betriebssteuer für die Bazare und Waarenhäuser hat sich der Schlesische Gewerbetag am Dienstag fast einstimmig ausgesprochen. —

Der Prozeß gegen die „Hamburger Nachrichten“ wegen der Nichtaufnahme der Berichtigung in der Affäre Brums-Graf Rantzau wird das Hanseatische Ober-Landesgericht beschäftigen, da der Staatsanwalt gegen die Freisprechung des verantwortlichen Redakteurs der „Hamburger Nachrichten“ Berufung eingelegt hat. —

Dresden, 19. Juni. (Eig. Ber.) Auch der hiesige Stadtrath treibt nach dem bekannten sächsischen Rezept „Mittelstands“-Politik. Diesem Umstand entsprang vor vielen Monaten eine Rathsvorlage, nach welcher die Filialen aller Großbetriebe im städtischen Bezirk bei einem Umsatz von 50 000 M. mit einer Steuer von 2 pCt. besteuert werden sollen, und zwar nach Maßgabe des Umsatzes. Der Ausschuß, welcher über diese Vorlage zu berathen und zu beschließen hatte, schlägt nunmehr in seiner Mehrheit vor, die Vorlage abzulehnen.

Damit die Herren in puncto Mittelstands-Retterei aber nicht etwa beim hiesigen Spießbürger diskreditirt werden, empfehlen sie ein anderes Projekt. Bemerkt sei noch, daß die Ablehnung der Rathsvorlage damit begründet wird, daß eine alleinige Besteuerung der Konsumvereine — denn darauf soll ja die Sache hinausgehen — fast ausschließlich die ärmeren Volksklassen treffe, und Privat-Unternehmer eine Steuer, wie sie der Rath will, immer umgehen können. (!) Was nun dieser Ausschuß anderes empfiehlt, paßt zu dieser Begründung des ablehnenden Votums wie die Faust aufs Auge. Im wesentlichen läuft die Sache zunächst auf dasselbe hinaus. Es soll eine progressive Gewerbesteuer für alle großen Detailhandelsbetriebe geschaffen werden. Maßgebend soll aber nicht der Umsatz der einzelnen Filiale, sondern der Gesammtumsatz des ganzen Unternehmens sein. Und zwar soll gezahlt werden für Umsätze von 200 000 bis 500 000 Mark ½ pCt., von 500 000 bis 1 000 000 M. 1 pCt. und von über 1 000 000 M. jährlich 2 pCt. Umsatzsteuer. Geschäfte, welche einen Umsatz von 200 000 M. jährlich nicht erreichen, sind steuerfrei. Wie die Verhältnisse hier liegen, würden die in Frage kommenden drei Arbeiter-Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer von 2 pCt. getroffen werden, während eine ganze Reihe großer Privatgeschäfte mit geringerer Steuer oder ganz steuerfrei davonkommen. Nach der Rathsvorlage war die Steuer gleichmäßig, und die Filialen unter 50 000 M. Umsatz kamen wenigstens um die Steuer herum. In demselben Athemzuge also, wo man die Rathsvorlage in Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung der Konsumvereine abzulehnen vorgiebt, empfiehlt man ein Projekt, was sich noch viel einseitiger gegen die Konsumvereine und die ärmere Bevölkerung richtet.

Eine nette Logik! In den Großstädten mit den so vielseitigen und außerordentlich entwickelten Interessensphären geräth diese Sorte Mittelstandspolitiker mit solchen Projekten überall in die Klemme und in Widerspruch mit sich selbst, wenn sie nicht ganz offen sagen will: wir wollen ausschließlich nur die Konsumvereine treffen. —

Braunschweig, 21. Juni. Der „Amtliche Anzeiger“ bringt heute früh einen offiziösen Artikel, in welchem die Insinuation welfischer Blätter zurückgewiesen wird, die bekannten Erklärungen der Regierung und des Landtages zur Thronfolgefrage bezw. gegen die welfischen Vereinigungen seien darauf berechnet gewesen, die Reichstagswahlen zu beeinflussen. Die Regierung hat sich bei ihrer schon im vorigen Jahre und neuerdings wieder erfolgten Stellungnahme lediglich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß die von den welfischen Vereinigungen erstrebte Aktion des Herzogthums niemanden nütze, wohl aber die Interessen des Landes und mittelbar auch die des Reiches zu beeinträchtigen geeignet sein würde und daß man daher an der mit der Verfassung im Einklang stehenden gegenwärtigen Stellung der Regierung festhalten müsse. Der aus eigenster Initiative erfolgten Erklärung des Landtages habe die berechtigte Erwägung zu grunde gelegen, Stellung gegenüber der lebhaften welfischen Agitation zu nehmen. Ferner fordert das amtliche Blatt alle Parteien auf, das Trennende bei seite zu lassen und bei den Stichwahlen einmüthig gegen die Sozialdemokratie zusammenzustehen.

Karlsruhe i. B., 21. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Die Zweite Kammer nahm mit großer Mehrheit die sozialdemokratischen Anträge auf Erweiterung des Fabrikinspektorats an. Den Standpunkt der Regierung, die sich gegen diese Anträge entschieden aussprach, bekämpfte nicht blos das Zentrum, sondern selbst der Führer der Nationalliberalen, Fieser, unter Hinweis auf das Wahlergebniß. —

Oesterreich.

Lemberg, 20. Juni. In den Bezirken Jaslo, Gorlice und Stryszow herrscht Ruhe. In Zalubinege, einem Vorort von Neusandec, ließ die Menge Drohungen laut werden, zerstreute sich jedoch, als sie sah, daß das Militär in Bereitschaft stand; fünfundzwanzig Personen, welche Widerstand leisteten, wurden verhaftet. In Zagorze (Bezirk Sanoc) kamen gestern wieder erhebliche Ausschreitungen vor.

Schweiz.

Bern, 20. Juni. Der Nationalrath hat die Vorlage betreffend die Vereinheitlichung des Zivilrechts mit 88 gegen 16 Stimmen, und die Vorlage betreffend die Vereinheitlichung des Strafrechts mit 88 gegen 15 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Paris, 20. Juni. Heute Abend fanden mehrere Besprechungen wegen der Zusammensetzung des Kabinets statt. Die Lösung der Frage dürfte davon abhängen, ob Dupuy ein politisches Portefeuille, wie das des Innern, oder nur ein unpolitisches, wie das des Unterrichts, erhalten wird; in jedem Falle wird Sarrien seine Bemühungen fortsetzen. —

Paris, 21. Juni. Der Minister des Aeußeren Hanotaux und die Botschafter haben gestern die internationale Sanitätskonvention vom 3. April 1894 ratifizirt. —

Paris, 21. Juni. Die nationalistischen Deputirten brachten einen Amnestie-Antrag für alle politischen und Streikdelikte mit der ausdrücklichen Bestimmung ein, daß die Amnestie auf die mit der Dreyfus-Angelegenheit zusammenhängenden Fälle nicht anwendbar sein soll.

Nach einer Mittheilung des „Figaro“ forderte der Kriegsminister alle einen Motor besitzenden Reservisten auf, ihre Fahrzeuge während der Dienstleistung zu benutzen.

Paris, 21. Juni. Der Gemeinderath nahm eine Resolution an, in welcher die Regierung ersucht wird, alle Hinrichtungen in Zukunft innerhalb der Gefängnisse und nicht mehr auf öffentlichen Plätzen vorzunehmen. —

Italien.

Rom, 20. Juni. Der König empfing bisher außer dem Präsidenten der Kammer nur die bereits gemeldeten Senatoren. Man glaubt, daß die Bezeichnung einer Persönlichkeit, welche seitens des Königs beauftragt werden wird, ein Ministerium zu bilden, unmittelbar bevorsteht. Die „Italia“ sagt, der König hätte den Auftrag dem Präsidenten des Rechnungshofes, Senator Finali, angeboten und dieser hätte gebeten, von ihm abzusehen. Das Blatt hebt jedoch hervor, daß, wie gemeldet, Finali heute zum zweiten Male vom König empfangen wurde.

Jedenfalls macht die Kabinettsbildung ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Man spricht außer von Finali auch von Sonnino, der dann Visconti-Venosta als Minister des Auswärtigen berufen würde. Zum Schluß dürfte man, wenn die Politiker sich dauernd weigern würden, einige Generale in die Ministerien kommandiren. Aerger als Rudini werden sie es auch nicht treiben. —

Mailand, 21. Juni. In dem Prozeß vor dem Militärgerichte gegen 24 wegen der Ruhestörungen im Mai verhaftete Personen zog der Auditeur die Anklage gegen den ehemaligen Deputirten Zavattari zurück, ebenso die gegen einen zweiten Angeklagten; er beantragte 12 Jahre Kerker für Chiesi, den Direktor der „Italia del Popolo“, 7 Jahre Gefängniß für den Direktor des „Secolo“ Romussi, 5 Jahre Gefängniß für den Direktor des „Osservatore cattolico“ Don Albertario und 2 Jahre Gefängniß für Frau Kulichoff; für die übrigen Angeklagten Strafen zwischen 8 und 1 Jahre Gefängniß. —

England.

London, 20. Juni. Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Finanzbill mit 159 gegen 39 Stimmen an. Der Kanzler der Schatzkammer Hicks Beach erklärte, seines Erachtens nach würde das Marine-Programm keine Steuererhöhung mit sich bringen. —

London, 20. Juni. Unterhaus. Gourley frägt an, ob es wahr sei, daß die Flottenmanöver aufgegeben seien. Der Erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärt, die beste Antwort sei die Vorlesung der an die Häfen gesandten Weisungen, daß es angesichts des anhaltend ernsten Charakters des Kohlenstreiks in Südwales unzweckmäßig wäre, die Kohlenvorräthe durch die Flottenmanöver zu schmälern. Die übliche theilweise Mobilisirung der Flotte werde nicht stattfinden, das Kanalgeschwader und das Küstengeschwader werden wie gewöhnlich kreuzen. Das Kanalgeschwader wird aus 8 Schlachtschiffen und 6 Kreuzern, das Küstenwachgeschwader aus 6 Schlachtschiffen und 3 Kreuzern bestehen. Um übertriebene Ansichten über den Kohlenvorrath zu vermeiden, füge er hinzu, daß die Admiralität nie einen größeren Kohlenvorrath als jetzt besessen habe; es handle sich nur um eine Vorsichtsmaßregel. Die Regierung habe sich in letzter Zeit hauptsächlich nur aus nicht dem Verein angehörenden Kohlengruben mit Kohlen versehen; diese Gruben seien vom Streik nicht berührt. Aber als verlautete, der Streik würde sich auch auf diese ausdehnen, entstand die ernste Frage, ob der der Regierung gehörende Kohlenvorrath durch die Manöver vermindert werden solle. Die übliche Vorsicht habe das Verfahren diktirt. (Beifall.) Es seien einschließlich der nach dem Manöver zu erfolgenden Kohlenverladung auf den Schiffen ein Kohlenkonsum von 50 000 Tonnen für die Manöver erforderlich. —

Serbien.

Belgrad, 20. Juni. Hier eingegangene Berichte aus Alt-Serbien stellen fest, daß während des Aufruhrs in der Gegend von Berana eine große Anzahl Dörfer (gegen 40) eingeäschert worden sind. Christliche Serben kämpften mit muhamedanischen Albanesen. Den Anlaß zum Streit gaben mehrere zwischen diesen Stämmen schwebende Fälle von Blutrache. Jetzt beginnt die Erregung nachzulassen. Auf beiden Seiten wurde aus Präzisionsgewehren geschossen, mit denen nach den serbischen Berichten die Bevölkerung jener Gegenden von Montenegro aus bewaffnet worden ist. —

Der neue Preßgesetzentwurf verlangt vom Zeitungs-Herausgeber eine Kaution, vom verantwortlichen Redakteur die Gymnasialbildung. —

Montenegro.

Cettinje, 20. Juni. An der Grenze ist alles ruhig. —

Türkei.

16 000 Mann Truppen zur Niederwerfung des Aufstandes sind nach Jemen (Arabien) gesandt worden. —

Konstantinopel, 21. Juni. Nach türkischen Angaben sollen die Höhen von Berana von Christen besetzt sein. Die montenegrinische Regierung beschwerte sich darüber, daß unter den kämpfenden Albanesen sich auch türkische Truppen befänden. Hier wird vermuthet, daß Montenegro eine Grenzberichtigung bei Berana anstrebe.

Auf neuerliche Vorstellungen von Montenegro ließ der Sultan die Antwort ertheilen, daß man die Ankunft Saad-Edhin-Paschas abwarten möge, welcher beauftragt sei, die Ruhe wiederherzustellen und die angerichteten Schäden zu ersetzen, trotzdem auch die mangelhafte Grenzbewaffnung, der Waffenschmuggel und andere Unzuträglichkeiten von montenegrinischer Seite sowie die Haltung der geschädigten Christen an den albanesischen Aufreizungen mit die Schuld trügen. Verschiedene Mächte riethen der Pforte an, ihr möglichstes zur Beruhigung in der gefahrdrohenden Berana-Affäre zu thun und die militärischen Maßregeln zur Zügelung der Albanesen zu verschärfen. Nach Angaben des Kriegsministers sind bereits zehn Bataillone in Berana eingetroffen. Die Erregung der Albanesen habe sich gelegt und die Lage sich gebessert. —

Afrika.

Prätoria, 13. Juni. Der Volksraad nahm eine Bill an, die das Gesetz über die Ausweisung von Ausländern amendirt. Personen, welche gegen das Gesetz verstoßen, können jetzt nur an den ausführenden Rath appelliren. — Eine Abtheilung Freiwilliger ist heute Abend nach Swasiland abgegangen. —

Amerika.

Washington, 20. Juni. Die Senatskommission zur Vorberathung des Nicaragua-Kanalprojektes nahm einen Bericht über die Kanalbauvorlage an, welcher wesentlich von den bisherigen Projekten abweicht. Die Vorlage bestimmt im wesentlichen, daß der Kanalbau durch die Vereinigten Staaten ausgeführt und daß das ganze Bankapital von den Vereinigten Staaten übernommen werden soll. —

Australien.

In der britischen Kolonie West-Australien ist unter dem 23. Dezember v. Js. ein Gesetz, betreffend Beschränkung der Einwanderung (Immigration Restriction Act), erlassen worden. Dasselbe verbietet u. a. die Einwanderung von Armen, Idioten, Geisteskranken, von Personen, die mit ansteckender oder gefährlicher Krankheit behaftet sind, und von solchen, die innerhalb eines gewissen Zeitraumes wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen bestraft worden sind. Außerdem ist jeder von der Einwanderung ausgeschlossen, der nicht eine aus einem englischen Buche ausgewählte Stelle von 50 Worten in den Schriftzeichen einer europäischen Sprache niederschreiben und mit seinem Namen in der eigenen Sprache unterzeichnen kann. Personen, die gegen die Bestimmungen des Gesetzes eingewandert sind, unterliegen der Ausweisung und können überdies mit Gefängniß bestraft werden. Auch der Kapitän und die Eigenthümer des Schiffes, das ausgeschlossene Personen gelandet hat, werden mit hohen Geldstrafen bedroht. —

Die sozialdemokratischen Wahlkomitees aller Reichstags-Wahlkreise des Deutschen Reiches

bitten wir, uns die Nummern der Amtsblätter, in denen das **amtliche** Ergebniß der Hauptwahl ihres Kreises veröffentlicht worden ist, **sofort** zuzusenden. Besonderen Werth legen wir auch auf die Angabe der Zahl der stimmberechtigten Personen.

Ferner bitten wir die Wahlkomitees um **telegraphische Benachrichtigung über den Ausfall der Stichwahlen.**

Unsere Telegramm-Adresse lautet für diesen Fall:

„Dringend Sozialdemokrat Berlin.“

Die Kosten der Benachrichtigung werden auf Wunsch zurückerstattet.

Mit parteigenössischem Gruß!

Redaktion des „Vorwärts“.

Stichwahlen.

Das gestrige Tableau ist in Beziehung auf die für unsere Partei in betracht kommenden Stichwahlen wie folgt zu ergänzen, beziehentlich zu berichtigen:

Jüterbogk-Zauch-Belzig. Unser Kandidat **Ewald** kommt, wie die amtliche Auszählung ergeben hat, nicht mit dem Freisinnigen Fränkel, sondern mit dem Konservativen Kropatscheck in Stichwahl. Es erhielten Stimmen: Ewald 7542, Kropatscheck 8575, Fränkel 6709. Zersplittert waren 26 Stimmen.

Breslau-Land. Bisheriger Vertreter Graf Limburg-Stirum K. Amtliches Resultat: **Schütz** S 6098, Graf Limburg-Stirum K 8970, Arnold Z 5073, Schmieder FV 780, Dittmer A 629, zersplittert 17, ungiltig 67.

Flensburg-Apenrade. (2. Schleswig-Holstein.) Bisher Jebsen N. Amtliches Resultat: **Holzhäuser** S 4016, Raab A 4424.

Erfurt-Schleusingen. Bisher Jacobskötter K. Amtliches Resultat: **Schulz** S 11 783, Jacobskötter K 9125, Schack A 5106, Lieber Z 712, Träger FV 675, zersplittert 16, ungiltig 63.

Holzminden-Gandersheim. Bisher Krüger N. Amtliches Resultat: **Calver** S 6430, Römer B d L 3827.

Giessen. (1. Hessen.) Bisher Köhler A. Amtliches Resultat: **Scheidemann** S 4495, Köhler A 4718.

Göttingen. Nach dem amtlichen Resultat kommt leider nicht unser Genosse Heymann, sondern der Mischmasch-Parteiler Esser mit dem Welfen v. Olenhusen in Stichwahl. Die amtliche Auszählung ergab an Stimmen für: v. Olenhusen W 5351, Esser Kartell 4668, **Heymann** S 4061, Ruprecht National-Sozial 1187, Lindström Z 168. Die Wahl wird unsererseits angefochten werden, da 8 Stimmzettel für Heymann, auf denen der gedruckte Name des Gegners durchstrichen war, für ungiltig erklärt worden sind.

Schwarzburg-Sondershausen. Bisher Pieschel N. Amtliches Resultat: **Joos** S 4700, Börner N 5642.

Wahlkampf.

Die Stichwahlen

in Mecklenburg finden erst am 25. d. M. statt. Die Stichwahlen in der Pfalz finden am 24. Juni, die Stichwahlen im eigentlichen Bayern am 25. Juni statt, die Stichwahlen in München und Würzburg aber erst am 27. Juni. Im übrigen Deutschland scheinen die Stichwahlen am 24. d. M. stattzufinden. —

Aus dem Wahlkreise Zauch-Belzig-Jüterbogk-Luckenwalde.

Genosse Ewald steht mit Kropatscheck in Stichwahl. Der Unterschied beträgt 1000 Stimmen. Wir müssen alle Mann am Freitag nach Hause fahren, um dort unsere Stimme für Ewald abzugeben. Thue jeder seine Pflicht! Auf zur Stichwahl! Die Berliner Arbeiter werden ersucht, ihre Kollegen aus unserem Wahlkreise zur Heimreise zu veranlassen.

Amtliche Wahlbeeinflussung.

In der königl. Hauptwerkstatt für Eisenbahnbau in Frankfurt a. O. sind sämmtliche Arbeiter, die beim Militär gestanden haben, ins Bureau der Betriebsverwaltung gerufen worden, wo man jedem einzelnen einen Aufruf folgenden Inhalts zur Unterschrift vorlegte: „Der deutsche Kriegerbund fordert die gedienten Soldaten im bürgerlichen Kleine auf, am Wahltage dem konservativen Kandidaten Haake-Letschin ihre Stimme zu geben.“

Prächtiges Material zu einem erfolgreichen Wahlprotest!

Schamlos gelogen!

Die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten“, das Blatt des Herrn von Miquel, machen Propaganda für die Sammlungsparole ihres Herrn und Meisters gegen die Sozialdemokratie. Das ist ihr

gutes Recht. Aber schamlos gelogen ist es, wenn von unserer Partei behauptet wird, sie verhalte sich allem Fortschritt gegenüber ablehnend und sei ein Hemmniß jeder gesunden Politik. Das Schweinburg'sche Lügenblatt schreibt:

„Kann es als ein normaler Zustand unseres öffentlichen Lebens gelten, daß Reichsregierung und Reichstag infolge ungesunder Funktionirung des Wahlapparates von Session zu Session bei Erfüllung ihrer nationalen Obliegenheiten mit größeren Hemmnissen zu kämpfen haben?, daß bei uns die elementarsten Voraussetzungen für eine gedeihliche politische Aktion, die andere Völker ihren Regierungen gleichsam auf dem Präsentirteller entgegentragen, erst mühsam und unter Opfern erkämpft werden müssen, ehe an die Ziehung und Verwerthung der praktischen Konsequenzen gedacht werden darf?... Die Sozialdemokratie will nicht, daß das Deutsche Reich, das deutsche Volk zu höheren Stufen der nationalen Kultur, des materiellen Gedeihens fortschreite. Jede Stärkung dieser Partei im künftigen Reichstag kann daher nur zu einer entsprechenden Vergrößerung des parlamentarischen Reibungs-Widerstandes führen, der vor allen Dingen überwunden werden muß, ehe für die Regierung und die nationalen Parteien der Weg zur gemeinnützigen politischen Thätigkeit frei wird... Die Sozialdemokratie hat von jeher, ganz besonders auch im verflossenen Reichstag, dargethan, daß sie keinerlei organische Fortschritte will, daß sie am liebsten das Deutsche Reich militärisch wie auch handels-, wirthschafts- und sozialpolitisch zur absoluten Impotenz verurtheilt sehen möchte, damit das Ausland wieder, wie in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung unseres Volkes, aus der Haut des deutschen Michel sich Riemen schneiden kann. Das Ausland, das will sagen alle, die uns unsere politischen und wirthschaftlichen Errungenschaften seit Aufrichtung des deutschen Kaiserreichs mißgönnen, steht voll athemloser Erwartung auf den Stichwahltag. Wird die deutsche Wählerschaft verblendet genug sein, und dem inneren Feinde weitere Positionen erringen helfen, die er im gegebenen Moment an den äußeren Feind verrathen kann?"

Und noch einmal: schamlos und frech gelogen! Nicht die Sozialdemokratie ist es, die dem Fortschritt entgegensteht, die Regierung ist es im Bunde mit Junkern und Pfaffen, die aller gesunden Politik, wie sie den heutigen wirthschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechen würde, entgegensteht, — ja, die sich von Interessenten vom Schlage des Herrn von Stumm dazu mißbrauchen läßt, als Prellbock gegen die vorwärts drängende Sozialdemokratie zu dienen. Möchte die Regierung sich beispielsweise nur entschließen, in die Bahnen einer großen und wirklich auf das Wohl der Arbeiterklasse, der größten Klasse des Staates, gerichteten Sozialpolitik einzulenken! Das würde in der Sozialdemokratie freudige und starke Mitarbeiter finden! Aber dieser Wunsch wird vorläufig nicht erfüllt werden. Der Kurs der Regierung ist der rückwärts gerichtete der Kanitz und Stumm. Und darum zum dritten Mal: schamlos gelogen und bewußt gelogen, die Sozialdemokratie als Feindin des Fortschrittes brandmarken zu wollen.

Die „Kreuz-Zeitung" seufzt die Freisinnigen an,

doch ums Himmelswillen in den Stichwahlen für die Konservativen zu stimmen. Die Sozialdemokratie sei nicht nur antimonarchisch, während die Freisinnigen doch königstreu und staatserhaltend seien, nein, die bösen Sozialdemokraten bemühten sich auch, die liberalen Mittelparteien überhaupt aus der Welt zu schaffen. Wahr ist ja nun natürlich, daß die Sozialdemokratie unausgesetzt für die Ausbreitung ihres Ideenkreises eintritt, wahr aber auch, daß sie die unzweideutige Erklärung abgegeben hat, in der Stichwahl, wo es sich um „konservativ" oder „freisinnig" handelt, unbedingt für die letztere Partei zu stimmen, und unbestreitbar ist ferner, daß das Erscheinen einer Anzahl von freisinnigen Abgeordneten im künftigen Reichstag ganz und gar von dem Verhalten der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen abhängt. — Wenn die „Kreuz-Ztg." schreibt, die Konservativen würden in der Stichwahl unbedingt auf seiten der Gegner der Sozialdemokratie, mithin bei Entscheidungskämpfen zwischen Sozialdemokratie und Freisinn auf seiten der letzteren stehen, so ist dies durchaus konsequent. Mit den Freisinnigen haben die Konservativen nicht viel Gemeinsames, noch ferner aber steht ihnen die sozialdemokratische Politik, und so müssen sie wohl oder übel das für sie kleinere Uebel, nämlich den Freisinn wählen. Für die Freisinnigen liegt die Situation ganz anders. Nicht nur, daß sie in vielen Wahlkreisen von den Sozialdemokraten abhängen, so, wie die politischen Verhältnisse gegenwärtig liegen, müßten die Freisinnigen einfach für den Sozialdemokraten und gegen den Junker stimmen, weil sie sonst ihrer ganzen Politik, ihrer ganzen Wahlagitation ins Gesicht schlagen würden. „Gegen die Reaktion! Gegen die Junker-Liebesgabenpolitik!" war ihre Wahlparole. Der Kampf nach dieser Seite hin ist, wenn die freisinnige Partei überhaupt noch eine Daseinsberechtigung haben will, ihre Haupt-, fast ihre einzige Aufgabe. Und gerade in diesem Kampf gegen die Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten, gegen die Reaktion, steht die Sozialdemokratie in vorderster Reihe. Der Freisinnige, der in der Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen den letzteren wählte, würde einfach albern handeln und würde seiner eigenen Partei den Todesstoß versetzen.

Für die Sozialdemokratie handelt es sich bei allen Kämpfen um Prinzipien, für die Freisinnigen drehen sich die Kämpfe blos um Mandate. —

Spekulation auf die Dummheit.

Auf die Dummheit der Wähler spekulirt der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise, indem er ihnen in seinem neuesten Flugblatt vorredet, daß die Sozialdemokraten das kostbarste Gut des Volkes, die Familie, hinopfern und das persönliche Eigenthum aufheben wollen, daß sie moderne Sklaverei durch ungerechte Unterbindung der Intelligenz und schablonenmäßige Gleichmacherei erstreben und auf die Konfiskation des ehrlich erworbenen Besitzes ausgehen. Solchen Unsinn glaubt doch selbst das freisinnige Bürgerthum nicht mehr. Interessant ist an dem Flugblatt nur das Zugeständniß, daß der freisinnige Kandidat Robert Kreitling das „Bürgerthum" vertreten will. Das haben ja die Freisinnigen von jeher gethan, und deshalb hat sich ja gerade die Arbeiterschaft von ihnen abgewandt. Die Wähler des zweiten Berliner Kreises werden am Freitag von neuem zeigen, daß sie von einem Vertreter des „Bürgerthums" nichts wissen wollen, und sie werden aus diesem Grunde für unseren Genossen Richard Fischer stimmen, der durch seine bisherige parlamentarische Thätigkeit bewiesen hat, daß er sich als Vertreter des gesammten Volkes betrachtet. —

Freisinnige Zerfahrenheit.

Noch immer wissen die Freisinnigen nicht, ob sie da, wo ein Sozialdemokrat in der Stichwahl einem Reaktionären gegenübersteht, für ersteren oder für letzteren stimmen sollen. Nicht genug, daß der Parteivorstand sich bisher in Schweigen gehüllt hat, erklärt jetzt die „Freisinnige Zeitung", das leitende Parteiorgan, sogar, daß diejenigen Blätter, die den Freisinnigen eine Wahltaktik vorschreiben, weder Fühlung mit der Parteileitung haben, noch über die Stellungnahme der Partei in den einzelnen Wahlkreisen unterrichtet sind. Offenbar fühlt sich Eugen Richter trotz seiner großen Niederlage oben auf, er weiß, daß er bei den Stichwahlen sein Geschäft macht, nicht etwa infolge der Kraft der freisinnigen Prinzipien, sondern infolge des Edelmuthes der Sozialdemokraten, die nicht gleiches mit gleichem vergelten, sondern unbekümmert darum, ob die Mannen der Richter und Rickert sich schofel benehmen oder nicht, doch die Freisinnigen als das geringere Uebel betrachten und dementsprechend handeln werden. Andererseits hofft er darauf, daß ihn auch die Konservativen gegen die Sozialdemokraten unterstützen werden, so daß die „Kreuz-Zeitung" nicht ganz unrecht hat, wenn sie neulich behauptete, daß die Freisinnigen mit dem Rocke des einen und mit der Hose des anderen Nachbarn angethan, stolz, wie es Volkstribunen geziemt, in den Reichstag einziehen.

So ist es denn kein Wunder, daß die Anhänger der freisinnigen Parteien in den verschiedenen Wahlkreisen eine ganz verschiedene Taktik befolgen und einmal zur Unterstützung der Sozialdemokraten auffordern, ein anderes Mal Stimmenthaltung proklamiren und wieder in anderen Kreisen mit den Sammlungspolitikern liebäugeln. In Jena z. B. erläßt der freisinnige Wahlausschuß an die liberal gesinnten Wähler des 3. Weimarischen Kreises einen warmen Aufruf zu gunsten unseres Genossen Leutert. Der Aufruf weist darauf hin, daß der sozialdemokratische Kandidat absolute Gewähr dafür bietet, daß er in allen gesetzgeberischen Fragen, die den nächsten Reichstag beschäftigen können, die Forderungen des bürgerlichen Liberalismus rückhaltlos vertritt und eine unbedingt verläßliche Stütze gegen alle Versuche, auf Kosten der Allgemeinheit die Sonderinteressen einiger bevorzugter Stände zur Richtschnur der Gesetzgebung in Deutschland zu machen. Deshalb fordert der freisinnige Wahlausschuß im Verein mit dem früheren Abg. Dr. Harmening alle liberal gesinnten Wähler dringend auf, Mann für Mann für den Sozialdemokraten zu stimmen, nicht seiner Partei zu liebe oder seiner Person, sondern um Protest zu erheben gegen die politische und wirthschaftliche Reaktion in Deutschland. „Keine Wahlenthaltung! — weder aus blinder Gegnerschaft gegen ihre Anhänger! Wahlenthaltung aus derartigen Beweggründen bedeutet unter den Verhältnissen in diesem Wahlkreis direkte Beförderung des Sieges der reaktionären Parteien."

Im Gegensatz hierzu werden die Freisinnigen in Spandau-Osthavelland, wie der „Berliner Ztg." geschrieben wird, genau wie 1893 den Sammelkandidaten wählen. „Das freisinnige Wahlkomitee in Spandau hat nicht einmal den Muth, seinen Wählern für die Stichwahl eine Parole auszugeben. In dem freisinnigen „Anz. f. d. Havelland", der so begeistert für die Wahl des Dr. Mugdan eintrat, findet man nur den Satz: „die Wahl Pauly's (kons.) ist sicher" und doch liegt es nur am Freisinn, wer gewählt wird, da beide Kandidaten nur wenig auseinander sind." Mit Recht nennt die „Berl. Ztg." ein solches Vorgehen ein selbstmörderisches Treiben freisinniger Wähler. Aber was helfen die Ermahnungen der vernünftigen freisinnigen Organe ihren durch Parteileidenschaft verblendeten Anhängern?

Endlich erkannt!

Die „Magdeburgische Zeitung" schreibt am Schlusse eines Leitartikels:

„Bei den Stichwahlen muß die Parole sein: Vorwärts mit vereinten Kräften gegen die **reaktionärste** aller Parteien, gegen die **kulturfeindliche** Sozialdemokratie!"

Wir können uns leider nicht revanchiren und die Nationalliberalen eine den Fortschritt und die Kultur des Volkes fördernde Partei nennen. —

Als verschmähter Liebhaber

geberdet sich die „Deutsche Tages-Zeitung". Das Bündlerblatt ist unzufrieden mit der „Freisinnigen Zeitung", die zwar schmunzelnd die Liebeswerbungen der Agrarier abdruckt, aber noch Bedenken trägt, sich sofort den Kornwucherern in die Arme zu werfen. Man werde deshalb gut daran thun, „den Freisinnigen in den Verhandlungen über die Stichwahlen den Ernst der Lage recht deutlich vor Augen zu führen und ihnen klar zu machen, welche Folgen es für ihre Partei haben muß, wenn sie nicht ehrlich und aufrichtig mit den rechtsstehenden Parteien in den Kampf gegen die Sozialdemokratie zieht. Man lasse sich nicht durch schöne Redensarten und allgemeine Versicherungen blenden, sondern fordere, daß eine bindende Zusage gegeben, und daß diese Zusage durch kräftiges Einwirken der Wähler in der Presse und in den Wahlversammlungen auch verwirklicht werde." Wenn der Freisinn sich so betrage, daß er den Anspruch auf die Bezeichnung staatserhaltend, der ohnehin schon auf recht schwachen Füßen steht, verwirkt, so entfalle auch der Anlaß, ihn als das kleinere Uebel zu betrachten. „Eine Partei, die aus eigener Kraft kein einziges Mandat zu behaupten vermag, spielt keine politische Rolle mehr, und es ist wohl zu überlegen, inwieweit es richtig ist, ihr eine Bedeutung zu verschaffen, welche den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Dies wird nur dann geboten sein, wenn man die Sicherheit hat, daß an anderer Stelle uns dafür die gleiche Unterstützung zu theil wird, denn sonst würde eine Verschiebung der Parteiverhältnisse und eine Irreführung der Anschauungen des Volkes eintreten, deren Folgen vorläufig noch garnicht abzusehen sind." ... „Nur unbeugsame Festigkeit in den Forderungen an die bürgerliche Demokratie kann zu einem gewünschten Ergebniß führen, und es ist durchaus unsere Pflicht, der bürgerlichen Demokratie bei der jetzigen Lage der Dinge unsere Macht und unsere überlegene Stellung fühlbar zu machen. Nur dann, wenn dies mit dem nöthigen Nachdruck geschieht, wird man auf jener Seite einsehen, daß das bei den früheren Wahlen beliebte doppelte Spiel in diesem Falle nicht mehr am Platze ist und wenigstens in einer Reihe von Wahlkreisen, wo die Verbitterung noch nicht den allergrößten Grad erreicht hat, zu dem gewünschten Ziele kommen." Geschieht den Freisinnigen ganz recht. Warum bekennen sie nicht Farbe!

Ueber die Wahlen der nationalliberalen Partei,

die im letzten Reichstag mit 49 Mitgliedern vertreten war, berichtet die „Nationallib. Corr.": „Es sind im ersten Wahlgang bereits gewonnen: 1. Graudenz von den Polen, 2. Mittweida von den Sozialdemokraten und vom bisherigen Besitzstand behauptet: 3. Neuhaldensleben, 4. Tondern, 5. Dillenburg, 6. Homburg-Kusel, 7. Annaberg, 8. Worms, 9. Wolfenbüttel. Sodann steht die nationalliberale Partei in 77 Stichwahlen, und zwar in 36 Kreisen gegen die Sozialdemokraten (Wanzleben, Halberstadt, Aschersleben, Hameln, Stade, Goslar, Harburg, Halle, Dithmarschen, Dortmund, Solingen, Kassel, Zittau, Döbeln, Leipzig-Stadt, Jena, Bernburg, Sondershausen, Rudolstadt, Braunschweig, Holzminden, München 1, Speyer, Hof, Bayreuth, Erlangen, Kaunstadt, Göppingen, Eßlingen, Karlsruhe, Pforzheim, Mannheim, Darmstadt, Friedberg-Büdingen, Bensheim, Schwerin); in 19 Kreisen gegen das Zentrum (Hamm, Duisburg, Bochum, Kreuznach, Saarbrücken, Wetzlar, Diez, Neustadt a. d. Hardt, Germersheim, Zweibrücken, Forchheim, Kempten, Konstanz, Lörrach, Donaueschingen, Heidelberg, Offenburg, Lahr, Freiburg i. Br.); in 7 Kreisen gegen die Welfen (Osnabrück, Gifhorn, Uelzen, Lüneburg, Verden, Rienburg, Melle); in 3 Kreisen gegen die Konservativen (Guben, Norden, Herford); in 3 Kreisen gegen Christlich-Soziale und Antisemiten (Siegen, Waldeck, Alsfeld); in 7 Kreisen gegen Freisinnige und Deutsche Volkspartei (Aurich, Iserlohn, Oldenburg, Meiningen, Ulm, Tübingen, Oberndorf a. Neckar); endlich in je einem Kreise gegen die Elsaß-Lothringer (Straßburg-Land) und gegen die Polen (Thorn). 39 dieser Wahlkreise sind zuletzt nicht im Besitz der nationalliberalen Partei gewesen; die anderen 38 sind bisheriger Besitzstand. Nach Schätzung der nun vorliegenden genaueren Ziffern darf erwartet werden, daß die nationalliberale Partei aus den 77 Stichwahlen 45 bis 50 Mandate noch erwirbt."

Soweit die „Nationalliberale Korrespondenz". Unsere Parteigenossen dürfen es an Eifer und Arbeitsfreude nicht fehlen lassen, diese weitaussehenden Wünsche der charakterlosesten Partei Deutschlands nicht in Erfüllung gehen zu lassen. —

Aus dem Wahlkreise Goslar-Herzberg

wird uns berichtet:

Fünf Kandidaten, ein Nationalliberaler, Welfe, Antisemit und Bauernbündler, Freisinniger Volksparteiler und ein Sozialdemokrat rangen hier um den Siegespreis. Unser Kandidat Fritz Wilke hat die meisten Stimmen und zwar 5999 auf sich vereinigt und steht mit dem Kandidaten der Nationalliberalen, Fabrikanten Horn, welcher 5686 Stimmen erhielt, in Stichwahl. Der Kandidat der Welfen, der Todfeinde der Nationalliberalen, bekam 1435 Stimmen. Der freisinnige Volksparteiler und der antisemitische Zwillingskandidat sind gründlich abgefallen. Letzterer hatte in jedem Dorfe Versammlungen, in den größeren Orten sogar zwei und drei abgehalten und in vielen Versammlungen erzählt, daß der Sozialdemokrat 5500, der Nationalliberale 3500, er, der Antisemit aber 4500 Stimmen erhalten und mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl kommen und sicher gewählt werden würde. Er blieb jedoch mit 2911 Stimmen auf der Strecke und fordert nun in den Blättern seine Wähler auf, Mann für Mann für den Großkapitalisten Horn zu stimmen. Vorher hat derselbe gesinnungstüchtige „Volksfreund" gegen die Auspowerung der arbeitenden Klassen durch das Großkapital gewettert und gedonnert! Viele seiner Wähler werden denn auch voraussichtlich nicht für Horn, sondern für unseren Kandidaten stimmen.

Die Agitation war uns durch Saalabtreibereien furchtbar erschwert. Versammlungen unter freiem Himmel wurden meist verboten. So meldeten wir auf den 5. Juni eine Versammlung an, die auf einem Windmühlengrundstück in Kiestedt bei Salzgitter tagen sollte. Die Genehmigung wurde jedoch vom Landrathsamt in Goslar versagt, weil am selben Tage Schützenfest in Salzgitter sei und durch Abhaltung einer Versammlung im benachbarten Ort die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden könnte. Wir meldeten die Versammlung nun auf Freitag, den 10. Juni, abends 1/28 Uhr an, zu welcher Zeit die Schützen ausgeknallt hatten. Die Genehmigung wurde aber wieder versagt, weil „durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung bei so später Abendstunde die öffentliche Ordnung u. s. w. gestört werden könnte." Aller guten Dinge sind drei, sagten wir uns, und meldeten die Versammlung auf den 10. Juni, abends 1/27 Uhr an. Diesmal wurde die Versammlung gestattet, jedoch mit der Bedingung, daß dieselbe bei Sonnenuntergang, der nach dem Kalender um 8,25 abends vor sich ging, geschlossen sein müßte.

Trotzdem die Leute dort bis 7 Uhr arbeiten müssen, war die Versammlung noch gut besucht und die kernigen Worte, die unser Kandidat Wilke und Genosse Beims aus Stuttgart (früher in Goslar) an die Anwesenden von der Windmühle herab richteten, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Zu Sonntag meldeten wir nun abermals eine öffentliche Versammlung bei der Windmühle rechtzeitig beim Landrathsamt an, aber erst am Montag erhielten wir den Bescheid, daß sie genehmigt sei. Die Antwort wird der Herr Landrath am Tage der Stichwahl erhalten.

Unser Kreis ist ungeheuer schwer zu bearbeiten. Die Zahl der unabhängigen Genossen ist nicht groß; aber tüchtig und was menschenmöglich ist, das wird geleistet. Seit dem 5. Mai ist unser Kandidat Wilke mit wenigen Unterbrechungen und Genosse Beims seit 14 Tagen hier und haben sich bei den Gegnern so in Respekt gesetzt, daß diese einer Diskussion mit ihnen gewöhnlich aus dem Wege gehen. Den Genossen aus Hannover und Braunschweig, insbesondere dem Braunschweiger Radfahrer-Verein, der uns einen Theil seiner leichten Kavallerie zur Verfügung stellte, sagen wir unsern besten Dank, ebenso dem geselligen Verein „Die lustigen Brüder" in Berlin, der uns als Ueberschuß vom Pfingstvergnügen 17,80 Mark durch F. Wilke übersandt hat. Wir werden uns für die Unterstützung der auswärtigen Genossen dadurch erkenntlich zeigen, daß wir alles aufbieten, um am Tage der Stichwahl den Nationalliberalen in die Flucht zu schlagen.

Die deutsch-hannoversche Partei

erläßt zur Stichwahl folgende Kundgebung:

Erklärung!

Die Grundsätze des Rechts, welche die deutsch-hannoversche Partei von allen anderen Parteien im hannoverschen Vaterlande scheidet, machen es uns zur Pflicht, unseren Parteigenossen in den in Frage kommenden Wahlkreisen Stimmenthaltung zu empfehlen.

Hannover, den 18. Juni 1898.

Das Direktorium des hannoverschen Wahlvereins.
A. von Reden-Reden.

Im 2. und 12. badischen Wahlkreise

haben unsere Parteigenossen den Beschluß gefaßt, bei den Stichwahlen für den Zentrumskandidaten gegen den der Nationalliberalen einzutreten. Durch Annahme einer Resolution ist aber klar und deutlich ausgesprochen, daß das Zentrum durchaus nicht als eine wahre Volkspartei anzusehen ist, sondern daß es den Nationalliberalen gegenüber nur als das „kleinere Uebel" gelten kann. Dagegen haben die Führer des Zentrums in München I den Beschluß gefaßt, aus „höheren Gesichtspunkten" für den Liberalen, der mit unserem Genossen Birk in der Stichwahl ist, stimmen zu wollen. — Unsere Münchener Parteigenossen werden daher alles aufbieten müssen, um den vereinigten Reaktionären die Spitze bieten zu können. Die klare Stellungnahme unserer Partei bei den Stichwahlen unterscheidet sich sehr vortheilhaft von dem Feilschen und Schachern der Gegner.

Wahlbetrachtungen.

Die Bedeutung der sozialistischen Stimmenmasse

bei dieser Wahl wird dadurch wesentlich erhöht, daß sie aus allen Theilen Deutschlands, aus den ländlichen Bezirken ebenso wie aus den Großstädten kommt. Während das Zentrum, dessen Stimmenzahl der unsrigen am nächsten steht, auf drei größere Gebiete beschränkt ist: auf die Rheinlande, Bayern und Posen-Schlesien, und im übrigen Deutschland entweder gar nicht oder sehr schwach vertreten ist, — hat die Sozialdemokratie in allen Theilen Deutschlands Wurzel gefaßt und sich ausgebreitet, wenn auch natürlich nicht überall in gleichem Maße. Wenn unsere Gegner darüber höhnen, daß wir in einigen Großstädten seit der Wahl von 1893 nur kleine oder gar keine Fortschritte gemacht haben, so vergessen sie, daß in vielen Großstädten eine Höhe der Betheiligung erreicht ist, die, wenn nicht irgend etwas die Leidenschaften anspornt, nicht leicht überschritten werden kann. Alle Großstädte Deutschlands sind aber entweder in unserem Besitz, oder wir bilden in ihnen die stärkste Partei. Anders in den kleineren Städten und auf dem Lande. Dort stellten sich unseren Fortschritten schwere Hindernisse entgegen. Und seit wir unsere Fahne auf den Zinnen der Großstädte aufgepflanzt haben, ist deshalb unser Hauptaugenmerk auf die Eroberung der kleineren Städte und des flachen Landes gerichtet. Daß wir dabei Erfolg hatten, das ist unseren Gegnern durch die Wahlen von 1890 und 1893 bereits gezeigt worden. Allein die Erfolge, welche durch die Wahlen von 1890 und 1893 bekundet wurden, werden in Schatten gestellt durch die Erfolge, welche der 16. Juni d. J. bekundet hat. Der gewaltige Stimmenzuwachs seit 1893 entfällt fast ausschließlich auf die kleinen Städte und das flache Land. In den Großstädten ist der Zuwachs relativ nicht erheblich, und wir können hier auch für die Zukunft kaum eine namhafte Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen erwarten. Desto erheblicher ist der Zuwachs in den kleineren Städten und in den Dörfern. Er beweist uns, daß der Sozialismus längst die Mauern der großen Industriezentren und Fabrikstädte überschritten hat, und nachdem er die Lohnarbeiter gewonnen, jetzt seinen Siegeszug durch die kleinen Städte und das flache Land hält und die Handwerker, Bauern und Landarbeiter für sich erobert. Und dieser Siegeszug ist es, welcher der Wahl des 16. Juni 1898 die Signatur giebt. —

„Stillstand" der Sozialdemokratie in Berlin.

Einige Berliner Freisinnsblätter haben sich für Berlin aus dem Wahlergebniß einen „Aufschwung" des Liberalismus und einen „Stillstand" der Sozialdemokratie zurechtkonstruirt. Geschickt gleiten sie darüber hinweg, daß in ganz Berlin nur die sozialdemokratischen Stimmen zugenommen haben, die freisinnigen aber (selbst wenn die diesmalige Unterstützung durch Nationalliberale außer betracht bleibt) ebenso wie die konservativ-antisemitischen zurückgegangen sind. Dagegen heben sie mit Eifer hervor, daß bei einer die Wahlkreise von einander sondernden Betrachtung drei Kreise ein Mehr für die freisinnige Volkspartei und gleichzeitig ein Weniger für die Sozialdemokratie ergeben. Die guten Leutchen stellen sich, als hätten sie nie etwas davon gehört, daß die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung — die doch für den Wahlausfall eines Kreises den Ausschlag giebt — nicht blos in den verschiedenen Stadttheilen Berlins verschieden ist,

sondern auch sich innerhalb jedes einzelnen Stadttheils immer mehr ändert. Jeder weiß, daß in der Vertheilung von Reich und Arm über die Stadt Berlin eine ziemlich scharfe örtliche Trennung stattfindet, — daß es Stadttheile giebt, die vorwiegend von einer wohlhabenden Bevölkerung, und andere, die vorwiegend von Unbemittelten bewohnt sind. Man braucht nur Extreme, wie die theils zum 1., theils zum 2. Kreise gehörende Thiergarten-Umgebung und den im 6. Kreise liegenden Wedding zu nennen, um den schroffen Gegensatz, der sich in der örtlichen Gruppirung der Berliner Bevölkerung zeigt, sofort klar hervortreten zu lassen. Dabei vollzieht sich aber eine allmälige Wandlung dahin, daß aus der inneren Stadt, wo die Wohnhäuser mehr und mehr durch Geschäftshäuser ersetzt werden und die Wohnungsmiethen fortgesetzt steigen, die Unbemittelten immer mehr in die billigeren Außenbezirke gedrängt werden, zum theil sogar in die angrenzenden Vororte (wir erinnern nur an die dem vierten Kreise vorgelagerten Orte Rixdorf und Friedrichsberg). Wir haben diese Entwickelung wiederholt an der Hand statistischer Daten besprochen und dabei mehrfach auch hervorgehoben, welche Bedeutung sie bei den Wahlen für eine Verschiebung des Ergebnisses der einzelnen Kreise haben könne. Daß das Parteiverhältniß in den Wahlkreisen in erster Linie durch das Vorwiegen bestimmter Bevölkerungsschichten bedingt wird, ist ja bekannt. Nur jene Freisinnsblätter möchten jetzt so thun, als wüßten sie das nicht. Sie sagen zwar, daß der sozialdemokratische Stimmenzuwachs im sechsten Kreise durch Zuzug von Arbeitern herbeigeführt sei, erklären aber die in anderen Kreisen eingetretene Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen nicht ebenso aus einer Verdrängung der sozialdemokratischen Arbeiter durch wohlhabendere freisinnige Bevölkerungsschichten, sondern — aus dem „Stillstand" der Sozialdemokratie. Dieser vermeintliche „Stillstand" ist eine Wirkung der geschilderten Hinausdrängung eines Theiles der Arbeiterbevölkerung in Außenbezirke und in die Vorort-Wahlkreise, — welche Wirkung aber bei den Stichwahlen noch durch stärkere Heranziehung der säumigen Wähler ausgeglichen werden kann. Dem Freisinn ist bei dieser Entwicklung obendrein die für viele Wähler einer Schmälerung des Wahlrechts gleichkommende Ungleichheit der Berliner Wahlkreise zum Vortheil ausgeschlagen. Hat diese es doch ermöglicht, daß der Freisinn 1893 in dem kleinen ersten Kreise, wo die Wohlhabenden noch den Ausschlag geben können, noch in der Stichwahl siegte. Vielleicht preist mancher Freisinnige — trotz der bisherigen Klagen des Freisinns über Wahlkreis-Ungleichheit — die Ungleichheit der Berliner Kreise im stillen schon lange. Das wäre zwar ein an sich widerspruchsvolles Verhalten, widerspräche aber nicht den sonstigen an Widersprüchen so reichen Gepflogenheiten des Freisinns. Daß dieser auch gegen eine Schmälerung des Wahlrechts nichts einzuwenden hat, wenn sie ihm zu statten kommt, das zeigt seine thatsächliche Stellung zum Dreiklassen-System bei den Kommunalwahlen, — einem System, dem es z. B. die Herren Langerhans und Kreitling zu danken haben, daß sie 1895 durch das Vertrauen von ganzen 33 bezw. 27 (in Buchstaben: dreiunddreißig bezw. siebenundzwanzig) Berliner Bürgern der kleinen aber durch Besitz mächtigen ersten Abtheilung in die Stadtverordneten-Versammlung gelangt sind. Als Reichstags-Kandidaten werben diese Herren bekanntlich um die Stimmen des arbeitenden Volkes. —

Das unaufhaltsame Voranschreiten der Sozialdemokratie,

das von den bürgerlichen Parteien zu verkleinern gesucht wird, um den Zusammenbruch in den eigenen Reihen zu verschleiern, dies Voranschreiten der Sozialdemokratie wird von halbamtlicher Seite, nämlich in den von Herrn Miquel ressortirenden „Berl. Polit. Nachrichten", unumwunden zugegeben. Es heißt da:

„Wenn jetzt von manchen Seiten infolge einer, wie uns scheint, übel angebrachten Anwandlung von Optimismus den sozialdemokratischen Wahlerfolgen in den Großstädten, namentlich in Berlin, dadurch eine minder beunruhigende Seite abzugewinnen versucht wird, daß man herausrechnen will, der diesmalige sozialdemokratische Stimmenzuwachs sei, wenn auch an sich erheblich, so doch keineswegs proportional dem Wachsthum der Bevölkerung innerhalb des letzten Jahrfünfts, mithin habe die sozialdemokratische Bewegung in Wahrheit den Gipfelpunkt ihrer Intensität nunmehr erreicht, bezw. schon hinter sich, so ist das ein Trugschluß, durch den ein Kenner der Verhältnisse sich nicht einen Augenblick täuschen läßt. Bezüglich Berlins — und ähnlich dürften auch die Dinge in anderen Großstädten liegen, — genügt zur Entkräftung einer solchen Argumentation der einfache Hinweis, daß infolge der außerordentlichen Entwickelung und Erleichterung des Vorortverkehrs die Genossen Jahr aus Jahr ein in hellen Haufen außerhalb der Umgebung Berlins ihre Wohnung aufschlagen. Der Sache des Umsturzes erwächst daraus der doppelte Vortheil, daß dieselben Leute, welche tagsüber in den Werkstätten 2c. der Großstadt agitatorisch thätig sind, dieses Metier nach vollbrachtem Tagewerk in ihren vorörtlichen Domizilen fortsetzen. Die geringe Verlangsamung des Anwachsens der Genossenzahl in Berlin wird durch das rapide Hinaufschnellen der Partei in den Vororten — wie die für sozialdemokratische Bewerber in der Umgebung Berlins erzielten Stimmresultate darthun — mehr als ausgeglichen. Man soll sich also durch oberflächliche Betrachtung der Dinge nicht in eine falsche Vertrauensseligkeit einwiegen lassen."

Wir können dem hinzufügen, daß diese Wahrnehmungen mit unseren eigenen Ansichten über das Wachsthum unserer Partei voll übereinstimmen. —

Der Ausgang der Wahl in der Provinz Schleswig-Holstein

hat dem Freisinn in Kiel Anlaß gegeben, sich einmal in seiner wahren Gestalt zu zeigen. Verblaßte und verwischte Talente, verschwommene, unklare Grundsätze, so bietet der Freisinn das Bild einer politisch bankrotten Bourgeoisie. Diese tapferen Freisinnsseelen, die sich nur dem Namen nach von Nationalliberalen unterscheiden, geben durch ihr Leiborgan, die „Kieler Zeitung", ihrer Herzensmeinung offenen Ausdruck. Das Ergebniß der Wahl in unserer Provinz: 2 Sozialdemokraten gewählt und 4 in Stichwahl bei nur 10 Wahlkreisen, giebt der „Kieler Ztg." Anlaß zu folgenden Ausführungen: „Wir geben uns der Erwartung hin, daß bei diesen Stichwahlen alle nichtsozialistischen Wähler fest zusammenstehen und ihre Kraft vereinigen werden, um in jedem Kreise die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Indem sie so handeln, werden die freisinnigen Wähler genau nach dem Grundsatze verfahren, welcher von der liberalen Partei Schleswig-Holsteins unter Hänel's Führung festgehalten und getreulich befolgt ist."

Wir wollten nichts von diesen Ausführungen sagen, wenn es lauter Freisinnige wären, die bei diesen Stichwahlen in Frage kämen, doch ist dieses nur im 7. Kreise der Fall. Im 5. Kreise steht unser Genosse mit einem Nationalliberalen, im 10. Kreise mit einem Konservativen und im 2. Kreise mit einem Antisemiten in Stichwahl. Das also ist jetzt „freisinnig", für einen Schutzzollpolitiker, für einen Brotvertheuerer, für einen Beschneider der Volksrechte, mit einem Wort für einen Konservativen gegen einen Sozialdemokraten einzutreten. Und „freisinnig" ist es, die Wahl eines Antisemiten zu empfehlen, mit besonderem Behagen in gesperrtem Druck mitzutheilen, daß die liberalen Wähler in Flensburg „aus nationalen Gründen für Raab (Antisemit) votiren" werden. Was verschlägt es, daß man in seinem Programm die Gleichstellung aller verlangt, und der Antisemit im direkten Gegensatz hierzu einen Theil der Bevölkerung in eine Ausnahmestellung hineindrängen will, Menschen ihrer Religion und Abstammung wegen unter Ausnahmezustände stellen will. Weiter kann man es in der Aufgabe seiner einstigen Ideale und Grundsätze gewiß nicht bringen. Das Wort von der „alles einen reaktionären Masse", es gilt denn doch nicht. Den Beweis erbringen die Freisinnigen.

Einen deutlichen Beweis des unaufhaltsamen Niederganges der Freisinnigen bietet die Wahl im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Bei der Nachwahl im vorigen Jahre hatten sich zwei Freisinnige als Kandidaten gegenüber gestanden und noch 1792 resp. 1885 St. erhalten. Die Lehren von damals beherzigend, hatte man diesmal nur einen Kandidaten aufgestellt. Das Ergebniß war dann 822 Stimmen. In 6 Monaten also ein Minus von 2305 Stimmen. Diese dem Freisinn verloren gegangenen Stimmen hat fast alle der Nationalsoziale Damaschke gewonnen, dessen Stimmenzahl von 2143 auf 3957 gestiegen ist. Ganz niedergeschlagen ob dieses Ausganges schreibt die „Kieler Ztg.": In Ostholstein ist es so gekommen, wie es nach dem wüsten Treiben im Herbste vorigen Jahres kommen mußte. Die „Kieler Ztg." hat ganz vergessen, daß sie selbst auf der einen Seite des „wüsten Treibens" gestanden hat.

Als Wahlkuriosum

wird dem „Fränkischen Kurier" von Hildesheim mitgetheilt, daß der Oberbürgermeister Struckmann nicht wählen konnte, weil sein Name nicht in der Wahlliste stand.

Da werden in Hildesheim die Wählerlisten künftighin besser geführt werden.

Die ungeheuerlichsten Vorgänge

am Wahltage werden aus dem 17. und 18. hannoverschen Wahlkreise gemeldet. Wie die „Bremer Bürger-Zeitung" berichtet, sind unsere Genossen in zahlreichen Fällen aus den Wahllokalen gewiesen worden. In mehreren Orten wurden nach der Auszählung sozialdemokratische Stimmen als gar nicht vorhanden gemeldet, trotzdem sich hat feststellen lassen, daß eine Anzahl Wähler für den Kandidaten unserer Partei gestimmt haben. In Osterode hat der Wahlvorstand zur Auszählung der Stimmen sich in einen abgeschlossenen Raum zurückgezogen. — Die Wahlprüfungskommission des nächsten Reichstages dürfte, wie es scheint, sehr viel Arbeit bekommen.

Das Endergebniß
im 1. Schleswig-Holstein'schen Kreise Hadersleben-Sonderburg

ist wie folgt: Johannsen (Däne): 10 431, Hennigsen (deutsch) 8714, **Petersen** (S.) 345. Bei der Wahl 1893 erhielt der sozialdemokratische Kandidat 175 Stimmen. Zu bemerken ist, daß in diesem Kreise die deutsch-sprechende Arbeiterschaft nur in sehr geringer Anzahl vorhanden ist.

Kamerad v. Brockhausen.

Für den Landrath des Kreises Dramburg, Herrn v. Brockhausen, ist auch der dortige Kriegerverein eingetreten in einem Flugblatt, das an alle gerichtet ist, die des Königs Rock getragen haben, und sich in großprahlerischen Reden gegen die „erbärmlichen Gesellen" ergeht, denen der Spaß gründlich verdorben werden soll. Das Flugblatt schließt mit den Worten: „Wählt unseren Kameraden Landrath v. Brockhausen-Dramburg." Nun, der Aufruf hat gewirkt, Kamerad a. Brockhausen zieht in den Reichstag ein, um dort in seinem Spezialfach zu machen und von der Rednertribüne herab die Großbazare todtzureden. Wir hoffen, daß er uns durch seine vorsintfluthlichen Anschauungen noch recht viel Spaß machen wird. Möge sich Kamerad v. Brockhausen in den Kämpfen, die er mit unseren Genossen zu bestehen hat, allezeit als tapferer Streiter bewähren, auf daß er dem Dramburger Kriegerverein Ehre macht!

Aus Ober-Schlesien.

Am Wahltage ging es hier, besonders in den Wahlkreisen des Industriegebietes, sehr lebhaft, theilweise sogar recht stürmisch zu. Der erste Grund zur Erregung der Bevölkerung war die von den Wahlbureaus überall selbst anerkannte Thatsache, daß die Wählerlisten so unvollständig waren, daß sie geradezu mit sträflicher Liderlichkeit und Nachlässigkeit hergestellt zu sein scheinen. In den Wahlkreisen Lublinitz—Tost—Gleiwitz, Kattowitz—Zabrze und Beuthen—Tarnowitz gingen Tausende ihres Wahlrechtes verlustig, weil sie in den Listen nicht eingetragen waren und versäumt hatten, sich zur Zeit der öffentlichen Auslegung der Listen nachtragen zu lassen. In der Stadt Gleiwitz waren die Listen besonders mangelhaft, die Bewohner ganzer Straßen fehlten. Selbstverständlich schadete diese Unvollständigkeit der Listen besonders den proletarischen Wählern, da sie ja mehr als 90 pCt. der Gesammtbevölkerung ausmachen. Massenhaft entstanden deshalb unruhige Szenen in den Wahllokalen.

Der zweite Grund zur Erregung der Masse war die leider fast an allen Orten vorgekommene gesetzwidrige Behandlung unserer Stimmzettel-Verbreiter vor den Wahllokalen und das Hinausweisen sehr vieler Parteigenossen aus den Wahllokalen, also die gesetzwidrige Beschränkung der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung. Hunderte von Personen melden sich mündlich und schriftlich beim Bezirks-Vertrauensmann wegen der ihnen widerfahrenen Behandlung. Die Verbreiter der Stimmzettel des Zentrums durften sogar in den Wahllokalen agitiren, unsere Leute wurden vielfach nicht einmal in den Vorräumen der Wahllokale geduldet, sie wurden hinaus auf die Straße gewiesen, sowie durch aufgehetzte Pöbelhaufen, entfernt. Nirgends traten die Beamten für sie ein. In Gleiwitz wurde Genossen Winter das Betreten eines Wahllokales verboten mit der „Begründung", daß sich die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung nur auf die Wähler des betreffenden Wahlbezirkes beziehe. Die ärgsten Beschimpfungen, selbst Thätlichkeiten mußten sich unsere Genossen gefallen lassen, mehrere wurden sogar eingesperrt, ohne daß sie Veranlassung dazu gaben. Man entriß ihnen die Zettel, kurz es ging stellenweise wie bei den Reichsrathswahlen in Galizien zu.

Geistliche, Privat- und staatliche Beamte leisteten, was an Beeinflussung zu leisten möglich war. Stündlich laufen Beschwerden über Gesetzwidrigkeiten ein, die sich gerade solche Personen erlaubt haben. Gesetzwidrige Manipulationen gegen die geheime Stimmabgabe, Drohungen mit Arbeitsverlust werden so vielfach von glaubwürdigen Zeugen gemeldet, daß es als unbedingt nöthig erscheint, die Wahlen anzufechten.

Und trotzdem, trotz alledem haben wir allein in den genannten drei Wahlkreisen eine Stimmenzahl erreicht, die sich schon jetzt auf rund 20 000 veranschlagen läßt, auf doppelt so viel, als wir vor fünf Jahren in ganz Oberschlesien erhielten. In vielen Wahlbezirken erreichte und übertraf unsere Stimmenzahl die früher erreichte Stimmenzahl der ganzen Wahlkreise. Es ist zweifellos, daß kein anderer Theil Deutschlands ein so rapides Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen aufweisen kann, wie es der oberschlesische Industriebezirk zeigt.

Wir kommen darauf in einer besonderen Betrachtung zurück.

„Ein sozialdemokratisches Bauerndorf"

— so schrieb der konservative „Vogtländische Anzeiger" — ist gewiß eine Seltenheit. Den „Ruhm", ein solches zu sein, hat sich jetzt der Ort Oßla im reußischen Oberlande erworben, wo der Kandidat der Ordnungsparteien 3, der der Sozi, der erbittertste Feind der Landwirthe, aber 33 Stimmen erhalten hat. Aehnlich ist es in Röttersdorf. —

Auf diese Notiz erwiderte die sozialdemokratische „Reußische Tribüne" in Gera:

„Würde der „Vogtl. Anz." etwas besser Umschau halten, dann würde er finden, daß eine große Anzahl Dorfbewohner überwiegend sozialdemokratisch gewählt und dadurch auch die Behauptung Lügen gestraft haben, die Sozialdemokraten seien die erbittertsten Feinde der Landwirthe. Unseren Oßlaer, Röttersdorfer 2c. Wählern aber ein donnerndes Bravo!"

Die Stärke der politischen Parteien im Großherzogthum Baden

wird nach den Ergebnissen der Hauptwahlen von der „Karlsruher Zeitung" nach offiziösen Berichten wie folgt angegeben: Zentrum 97 563, Nationalliberale 90 034, Sozialdemokratie 50 220, Freisinn-Demokraten 12 422, Konservative mit dem Bund der Landwirthe 7949 und Antisemiten 6356 Stimmen. Bei der Hauptwahl 1893 wurden in den 14 badischen Kreisen für die Sozialdemokratie 37 559 Stimmen abgegeben. In Mannheim stieg die Stimmenzahl von 10 114 im Jahre 1893 auf 15 288, in Pforzheim von 7148 auf 10 396.

Partei-Nachrichten.

Anläßlich des Todes unseres unvergeßlichen Parteigenossen Jakob Audorf erschien das „Hamburger Echo" schwarz umrandet. In einem tiefempfundenen Nachruf giebt die Redaktion ein Lebensbild ihres Mitarbeiters und Freundes, dessen treuer und begeisternder Thätigkeit unsere Partei so viel zu verdanken hat.

Von dem Ableben Audorf's nahmen auch die bürgerlichen Blätter Berlins, gleichviel welcher Partei sie dienen, in würdiger Weise Notiz.

Der Krieg.

Nach einer Depesche von Bord des Preß-Aviso vor Santiago hat der Insurgentenführer Garcia am Sonntag an Bord des Admiralschiffes mit Sampson über die Einschließung von Santiago Berathungen gepflogen. Garcia erklärte, daß 4000 Aufständische weniger als 40 Meilen von der Stadt entfernt seien und sich in Holguin befänden. Man wisse jetzt, daß die „Merrimac" den Eingang in den Hafen nicht sperre. Fahrzeuge könnten passiren, ohne das Wrack zu berühren.

Die „New York World" veröffentlicht folgende Depesche aus Washington: Die kubanische Junta hat aus Havana die Nachricht von einem Mordanfall auf General Blanco erhalten. Mariano Salva, ein junger Freiwilliger, gab einen Gewehrschuß auf Blanco ab, als dieser nachmittags das Palais verließ, und verletzte ihn am linken Bein. Salva wurde verhaftet. Blanco berief einen Kriegsrath und richtete einen Appell an den Patriotismus der Freiwilligen.

Der „Frankf. Ztg." wird aus New-York gemeldet: Mehrere Blätter bringen Telegramme von westindischen Punkten, welche berichten, daß die Truppen vor Santiago angelangt sind. Offizielle Informationen hierüber fehlen indeß noch. Das Marine-Amt gab keine detaillirten Instruktionen, daher werden die Befehlshaber über den Feldzugsplan in Berathung treten, bevor die Landung der Truppen beginnt. — General Blanco theilte den Befehlshabern der Blockadeflotte mit, daß Lieutenant Hubson nicht ausgewechselt und keine Parlamentärflagge mehr anerkannt werde. — Die Washingtoner Behörden sehen ein, daß eine sofortige Wiederverstärkung der Blockadeflotte unbedingt nothwendig ist, da täglich kleinere Fahrzeuge von Jamaica an der Südküste von Kuba landen. — Die Spanier hätten den Kreuzer „Cebu" an der Mündung des Flusses Pasig sinken lassen, um so den Kanal zu blockiren.

Infolge der Zunahme des gelben Fiebers unter den Truppen Admiral Sampsons soll der Angriff auf Santiago beschleunigt werden. 500 Fieberkranke wurden nach Key-West transportirt.

Ein in hervorragender Stellung befindlicher Einwohner von Havana, welcher diese Stadt am 5. Juni verlassen hat, erklärt, die Blockade sei völlig unwirksam. Havana sei in Wirklichkeit ein offener Hafen, da durch die Eisenbahn-Verbindung mit Batabano ein beständiger Verkehr mit Isla de Pinos und Yucatan aufrecht erhalten wird. Dampfer und Seeschiffe landen fortgesetzt ganze Schiffsladungen. Die Versorgung Batabanos mit Vieh geht ungehindert von statten.

Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Manila vom 17. d. M. hat bei Bulacan, 30 Meilen nördlich von Manila, ein dreitägiges erbittertes Gefecht stattgefunden. General Monet, welcher an der Spitze von 3000 Mann auf dem Vormarsch war, um Manila zu entsetzen, fand die Eisenbahn gesperrt und fiel in einen Hinterhalt. Ein verzweifelter Kampf folgte. General Monet fiel. Die Eingeborenen-Truppen gingen zu den Aufständischen über; die überlebenden spanischen Truppen, etwa 500 Mann, ergaben sich. Die Aufständischen nahmen die Stadt Malabon. Als der Angriff erfolgte, begann das Bataillon „Pampanga" von der Eingeborenen-Miliz, welches für besonders loyal angesehen worden war, auf seine Offiziere zu feuern; fünf derselben wurden getödtet. Den Spaniern gelang es, die Meuterer zu entwaffnen; ein Theil derselben entkam jedoch. Ein ähnlicher Fall ereignete sich bei Zapote, wo ein ganzes Regiment im kritischen Augenblicke revoltirte. Die Spanier bedienen sich immer noch gemischter Truppen mit dem Erfolge, daß Schützen aus den Reihen der Aufständischen häufig die Postenketten überschreiten und aus gedecktem Hinterhalt auf die Spanier feuern. Der Berichterstatter des „Reuter'schen Bureaus" fährt dann in seinem Telegramm fort: Ich besuche häufig die Vorposten bei Tondo, Santa Tesa, Sant'Anna und Malate. Von einem Vorrücken ist nichts zu merken; es wird aber fortwährend geschossen, meist ohne daß getroffen wird. Zwischen den Bäumen ist nichts zu erkennen. Die Rebellen feuern seltener, die Spanier antworten aber immer mit großen Salven, besonders während der Nachtstunden. Die Spanier verschwenden unaufhörlich die Munition tonnenweise, indem sie auf bloße Schatten im Dickicht schießen; sie wollen anscheinend ihre Munition rasch aufbrauchen und dann sich in dem hoffnungslosen Kampfe in Ehren ergeben. Mittlerweile ist spanischerseits der Befehl ergangen, die Hütten der Dorfbewohner im Umkreise der Stadt niederzubrennen, und so den Feind der schützenden Unterkunft zu berauben. Hunderte von friedlichen Eingeborenen sind dadurch ohne Heim. Mehrere Tage hindurch haben furchtbare Regenstürme geherrscht.

Die Insurgenten in Cavite erklärten am 12. Juni die Unabhängigkeit der Philippinen.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Hongkong von gestern, die Siegeserfolge der Aufständischen auf den Philippinen dauern ununterbrochen fort. Die Zahl der gefangenen Spanier werde auf 5000 angegeben.

Nach einer spanischen amtlichen Depesche aus Manila ist dort die Lage noch ernster geworden; wenn Augustin gezwungen wird, sich in die Stadtumwallung einzuschließen, so wird jede Verbindung für ihn völlig aufhören.

Nachrichten aus Madrid zufolge beabsichtige die Königin-Regentin angesichts der kritischen Lage des Landes auf den Thron zu verzichten.

Falls sich diese vorläufig unwahrscheinlich klingende Meldung bewahrheiten sollte, wäre es das Ende der Monarchie in Spanien, um die es wahrlich nicht schade wäre.

Aus Madrid wird noch gemeldet:

Gerüchtweise verlautet, die Kortes würden in der nächsten Woche auseinandergehen und der Finanzminister alsbald seine Entlassung nehmen. Mehreren Blättern zufolge wäre es nicht unmöglich, daß der Ministerpräsident Sagasta gleichfalls zurücktritt und eine neue Regierung, welche zu energischem Handeln entschlossen wäre, an die Stelle der bisherigen träte. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Elbing, 21. Juni. (W. H.) Der Norddeutsche Lloyd bestellte bei der Schichau-Werft einen schnellen Passagierdampfer für die Newyorker Fahrt. Dieser Dampfer soll, wie die „Elbinger Zeitung" meldet, ein Deplacement von 20 000 Tonnen erhalten und noch bedeutend größer werden, als der Dampfer „Kaiser Friedrich". Das neue Schiff soll im Jahre 1900 fertig sein und den voraussichtlich großen Passagierverkehr zwischen Amerika und der Pariser Welt-Ausstellung vermitteln.

Deutsch-Eylau, 21. Juni. (W. H.) Bei einer heute Vormittag hier erfolgten Truppenbesichtigung durch den kommandirenden General von Lentze fiel plötzlich ein scharfer Schuß, der dem Generalmajor von Rabe einen Oberschenkel zerschmetterte und das Pferd des Generalmajors tödtete. Ueber den Vorfall, der hier eine große Aufregung verursachte, ist eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

London, 21. Juni. (W. T. B.) Der Stapellauf des Kreuzers „Albion" fand heute in Blackwall statt. Als das Schiff in den Fluß glitt, verursachte es eine so große Wasserverdrängung, daß die für die Zuschauer erbaute Tribüne vollständig von einer großen Welle bedeckt wurde. Ungefähr 300 Personen wurden ins Wasser geschleudert. 30 Leichen wurden bisher aufgefunden. Man befürchtet, daß mindestens 60 Personen das Leben eingebüßt haben.

Rom, 21. Juni. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer ist auf den 24. d. M. einberufen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Für den Wahlfonds

gingen ein: Geburtstagsfeier Neu China in Rixdorf 3,50. Vertrauensmann der Zimmerer Berlins C., Gustav Weber 200,—. Beim Wegebau gesammelt von der Kolonie zur Erholung 7,40. Möbelfabrik von G. Klug, Fruchtstr. 31/32 41,—. Von Mitgliedern der II.-Dr. 6,75. „33 Jahre" 3,—. „Fahrräder" 2,—. Gutenberg Berlin „Auf zur Stichwahl" 200,—. Rothe Mechaniker der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft 7,25. Amerik. Auktion durch Fritz Steensen 2,10. Die drei Brüder 10,—. Summa 483,— M.

Bereits quittirt 5396,10 M. Gesammtsumme 5879,10 M.

An die Parteigenossen Berlins!

Am Freitag, den 24. Juni, finden die Stichwahlen statt. Für Berlin kommen der erste, zweite, dritte und fünfte Wahlkreis in betracht. Es gilt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese vier Kreise für die Sozialdemokratie zu behaupten. Die Genossen haben daher die Pflicht, sich an allen Wahlarbeiten, die von den zuständigen Wahlkomitees veranlaßt werden, zu betheiligen. Um die Hilfskräfte richtig zu vertheilen, ersuchen die Unterzeichneten folgendes zu beachten: Die Genossen des IV. Kreises mögen sich den Komitees des zweiten und dritten Kreises, die des VI. Kreises den Komitees im ersten und fünften Wahlkreis zur Verfügung stellen.

Parteigenossen! Es war bisher die Stärke und der Stolz unserer Partei, daß es im entscheidenden Momente nie an der Bereitwilligkeit der Genossen, Hilfe zu leisten, gemangelt hat. Doppelte Pflicht der Genossen ist es aber, im bevorstehenden Stichwahlkampf alles in Bewegung zu setzen, um auf die schamlosen Angriffe der Gegner die richtige Antwort des Volkes zu ertheilen, um der Reaktion, die so frech ihr Haupt erhebt, Schach zu gebieten. Nur eine energische Opposition, nur sozialdemokratische Wahlsiege, nicht schwächliche freisinnige Windbeutelei fordern Respekt heraus.

Am Stichwahltage wollen wir endgiltig Abrechnung halten!

Vorwärts in den Kampf!

Vorwärts zum Sieg!

Die Vertrauenspersonen Berlins.

* * *

Die Wahlbureaus für die Kreise befinden sich:

Erster Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Mörschel, Jüdenstraße 35, Telephonamt V Nr. 3386. Hansa-Viertel: Schmidt, Flensburgerstr. 24.

Zweiter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, Telephonamt VI Nr. 4851. Weitere Wahlbureaus befinden sich für den zweiten Kreis noch bei Baumann, Blücherstr. 42, Restaurant, Telephonamt IV Nr. 3436. Kitzing, Belleallianceстr. 74, Telephonamt VI Nr. 1048. Zubeil, Lindenstraße 106, Telephonamt IV Nr. 1399. Werner, Bülowstr. 59, Telephonamt VI Nr. 1408.

Dritter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Frick, Restaurant, Dresdnerstr. 105.

Fünfter Wahlkreis. Zentral-Wahlbureau Schiller, Restaurant, Rosenthalerstr. 57. Zweiter Eingang Germannstr. 28. Telephonamt III Nr. 1296.

Was hat sich der Wähler für die Stichwahl am 24. Juni zu merken?

Einladungen zur Wahl werden nicht versandt. Jeder über 25 Jahre alte Wähler des Kreises, in dem die Stichwahl stattfindet, muß uneingeladen am 24. Juni nach seinem Wahllokal kommen. Gewählt wird nach den Listen, die bei der Hauptwahl benutzt wurden.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerlisten lag.

Bevor der Wähler das Wahllokal betritt, versieht er sich mit einem Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt zu versehen.

In Berlin werden den Wählern genügend gedruckte Stimmzettel zur Verfügung stehen und ist vom Wahlvorstand eine Kontrolle, für welche Partei der Wähler stimmt, ausgeschlossen, da sich sämmtliche Parteien geeinigt haben, Stimmzettel von gleichem Papier und gleicher Größe auszugeben. Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel aufgenöthigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt. Solche Zettel haben volle Giltigkeit.

Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein und darf nur den Namen eines Kandidaten enthalten.

Ungiltig sind Stimmzettel, die I. nicht von weißem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen; II. keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; III. aus welchem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; IV. auf welchem mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; V. Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten; VI. **Stimmzettel, die den Namen eines nicht zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten.**

Hat der Wähler den Stimmzettel, den er abgeben will, in der Tasche, so mag er ruhig die von gegnerischer Seite angebotenen Zettel nehmen und diese dann mit dem ihm passenden vertauschen.

Es ist gut, eine Legitimation (Mietheskontrakt, Heirathsurkunde, Steuerquittung u. s. w.) mit in das Lokal zu bringen, wenn auch die Wahlvorsteher kein Recht haben, eine solche zu fordern.

Der Wähler muß sich möglichst zeitig am 24. Juni in das Wahllokal begeben. Denn die Wahlhandlung beginnt am 24. Juni um 10 Uhr vormittags und wird bereits um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt seine Wohnung, Straße und Hausnummer an. Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der den Zettel uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß zu legen hat.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Das Sitzen im Wahllokal und das Notiren der Abstimmenden darf niemandem untersagt werden, soweit Platz im Lokal vorhanden ist. Eine durchaus ungesetzliche Verfügung ist zum Beispiel die, daß nur Wahlberechtigte oder nur Ortsangehörige im Lokal sich aufhalten dürfen. So ist vom Reichstage und vom Kammergericht bei Gelegenheit früherer Reichstagswahlen entschieden. Wahlvorstände, welche irgendwie ungesetzlich vorgehen, können unter Umständen mit sehr langen Freiheitsstrafen belegt werden.

Zur gefälligen Beachtung für gewisse Leute unter unseren Gegnern! § 109 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden."

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Generalkommission hat unter dem 18. Juni die erste Nummer eines Fachorgans für italienische Arbeiter „L'Operaio italiano" („Der italienische Arbeiter") erscheinen lassen. Das Blatt ist namentlich zur Agitation unter den italienischen Maurern, Bildhauern, Steinarbeitern, Stuckateuren und Zimmerern bestimmt. Es erscheint vorläufig alle 14 Tage und kostet pro Trimester 75 Pf.

Statistik der Streiks im Deutschen Reiche. Nach den Aufzeichnungen der Berliner Monatsschrift „Der Arbeitsnachweis" betrug in diesem Jahre die Zahl der neu begonnenen Streiks: im Monat Januar 45, im Februar 42, im März 58, im April 74 und im Mai 60.

Bei 14 Streiks im Mai war die Zahl der betheiligten Arbeiter zu ermitteln, dieselbe betrug 4410. Die meisten und größten Streiks hatte das Baugewerbe, nämlich 26.

Die Bäckerei-Arbeiter Hamburgs, Altona's und Wandsbecks haben mit 894 gegen 180 Stimmen beschlossen, in den Streik einzutreten. Es handelt sich um die Forderung: Aufhebung des Kost- und Logiswesens beim Meister. Die Bäcker haben an die Gewerkschaftskartelle der genannten drei Städte das Ersuchen gerichtet, sie in dem Kampfe zu unterstützen. Ueber die nichtbewilligenden Bäckereien ist der Boykott verhängt. Von 486 Betrieben mit 1026 Gehilfen bewilligten bisher 50 mit 160 Arbeitern.

Die Steinsetzer in Reichenbach i. V. sind am 20. d. M. in den Streik getreten, weil ihnen die Bewilligung einer geringfügigen Lohnerhöhung abgeschlagen wurde. Charakteristisch ist, daß der Stadtrath den Meistern erklärte, sie sollten die Arbeiter nur in den Streik treten lassen und sich bemühen, auswärtigen Ersatz für dieselben zu bekommen. Zuzug ist fernzuhalten.

In Wittenberge hatten die Steinsetzermeister auch nicht übel Lust, es wegen einer Forderung auf Lohnerhöhung zum Streik kommen zu lassen. Im letzten Augenblick besannen sie sich aber eines besseren.

Ueber den Bergarbeiterstreik im Zwickauer Kohlengebiete wird vom 20. Juni berichtet: Der Ausstand etwa der Hälfte der Arbeiter des Zwickau-Brückenberger Steinkohlenbauvereins besteht noch fort. Eine gestern abgehaltene große Bergarbeiter-Versammlung beschloß die Fortsetzung des Ausstandes sowie Solidarität mit den Arbeitern im Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein, die heute ihre Lohnforderungen der Grubenverwaltung unterbreiten wollen. Etwa 1800 Arbeiter sind ausständig.

Ausland.

Der Streik der Maler und Lackirer in Reichenberg (Böhmen) ist beendet, nachdem sämmtliche Forderungen der Gehilfen bewilligt sind. Erreicht wurde u. a.: Zehnstündige Arbeitszeit und zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Feier des 1. Mai bleibt dem freien Ermessen der Gehilfenschaft überlassen.

Ueber den weiteren Verlauf des südwalfischen Kohlenarbeiter-Streiks wird bürgerlichen Blättern aus London geschrieben: Oberst Clements, welcher den Befehl über die 800 Mann Truppen führt, welche gegenwärtig in den Kohlendistrikten von Südwales stationirt sind, hat sein Hauptquartier in Merthyr Tydvil aufgeschlagen. Die Streiker haben ein Gesuch an die Regierung gerichtet, die Truppen zurückzuziehen, und den Präsidenten des Handelsamts gebeten, eine Beilegung des Streites anzubahnen. Daß sich das Handelsamt einmischen wird, sei mehr als unwahrscheinlich, da keine von den beiden Parteien zu Konzessionen bereit zu sein scheint. Mittlerweile haben die „Great Western"-Zechen in Abergwynfe, welche nicht zum Verbande der Bergwerksbesitzer gehören, den Lohn ihrer Arbeiter wieder um 10 pCt. erhöht. Seit dem Beginn des Streiks beträgt die Lohnerhöhung nunmehr 30 pCt.

In Kleinasien, an der anatolischen Küste des Schwarzen Meeres, befinden sich bei Eregli bedeutende Kohlenlager, deren Ausbeutung einer mit einem Grundkapital von 10 Millionen Franks arbeitenden französischen Gesellschaft, der Société des mines d'Héracléa, von der türkischen Regierung konzessionirt worden ist. Die Arbeiter derselben sahen sich kürzlich genöthigt, die Forderung zu stellen, daß sie regelmäßig und in baar bezahlt würden und daß sie nicht zum Ankauf von Lebensmitteln bei den Bergwerkskrämern mit Ausschluß jedes anderen genöthigt würden. Die Gesellschaft war gezwungen, sich hierzu der türkischen Regierung gegenüber zu verpflichten.

Soziales.

Unter welch unwürdigen Verhältnissen die Ziegelei-Arbeiter trotz aller behördlichen Verfügungen immer noch hausen müssen, zeigt eine uns zugegangene Schilderung über die Wohn- und Schlafräume der Ziegler in der Ziegelei von Leibnitz in Neuenhagen a. d. Ostbahn. Die Arbeiter dieser Ziegelei führen lebhafte Klage darüber, daß sie, obgleich tagsüber schwer angestrengt, des Nachts vor Ungeziefer und im Frühjahr vor Kälte keinen Schlaf finden können. Einige dieser Arbeiter sind in einem neuerbauten, fensterlosen Hause untergebracht. Zur Schlafstätte selbst gelangen sie in Ermangelung einer Treppe vermittelst einer Leiter. Andere müssen über dem Pferdestall auf Stroh lampiren! Auch in dieser Ziegelei gehören Waschgeschirr, Handtücher 2c. ins Reich der Fabel. Diese Zustände, die hier schon seit Jahren bestehen, bilden einen sonderbaren Kontrast zu der Pflege, die der Besitzer der Ziegelei seinem Ziergarten angedeihen läßt. Drei polnische Ziegler verliehen am Sonnabend diese gastliche Stätte. Selbst diesen wegen ihrer Genußsamkeit bekannten Arbeitern ging der Mangel an Fürsorge über die Hutschnur. Unser Berichterstatter, der die Schlaf- und Wohnräume der Ziegelei-Arbeiter in Neuenhagen besichtigte, war ganz erstaunt, daß es möglich ist, Leute, die täglich 12 und 13 Stunden schwer arbeiten müssen, in einer solchen Weise wie dort unterzubringen.

Handwerksburschen, die wahrlich gewöhnt sind, mit den primitivsten Lagerstätten fürlieb zu nehmen, werden besser aufgenommen,

Im Waarenhause von Plötz u. Co.

Als gegen Ende vorigen Jahres das neue Waarenhaus von Wertheim in der Leipzigerstraße eröffnet wurde, las ich in den Agrarierblättern so viele und schreckliche Schimpfreden über diese teuflische Einrichtung, welche Berlin zu einem Sündenbabel mache, daß ich mich im Innersten erschüttert fühlte und den Gedanken faßte, am Ende sei das Gemüth der agrarischen Biedermänner durch die Liebesgaben und andere sinnreiche Mittel zur Schröpfung des armen Volkes doch noch nicht völlig verwildert und edleren Gefühlen unzugänglich geworden. Sie meinten es also doch noch gut mit den Konsumenten, wenn auch nicht mit denen, die Brotgetreide oder dergleichen von den Junkern beziehen, so doch mit denen, welche bei Wertheim einkaufen. Das war nicht viel Herzensgüte, aber wenigstens doch etwas.

Da las ich eines Abends zu meinem Erstaunen in dem hiesigen Agrarierblatte:

„Der Bund der Landwirthe vermittelt Geschäfte gegen Gewährung von Rabatten, Provisionen oder Abgaben anderer Art mit seinen Mitgliedern, die er zum theil den beziehenden Mitgliedern zurückgiebt, zum theil seiner Agitationskasse zuweist: 1. von Düngerfabriken, Sämerei-Züchtern und Händlern, 2. Futtermittelhandlungen, 3. Lieferanten aller möglichen landwirthschaftlichen und anderen Gewerbe und Fabrikate, 4. von Versicherungsgesellschaften und zwar: a) dem allgemeinen Deutschen Versicherungsverein in Stuttgart, b) der Preußischen Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin, c) der Iduna, Lebens-, Leibrenten- und Pensions-Versicherungsanstalt in Halle a. S., d) der Perleberger Vieh-Versicherungsgesellschaft in Perleberg, 5. erhält er für die Genehmigung, daß eine Zigarre unter dem Namen „Bund der Landwirthe" verkauft wird, einen Rabatt, 6. verkauft er Bundespostkarten, 7. verkauft er Bundesabzeichen aus Metall, 8. verkauft er an seine Mitglieder den Bundeskalender und vermittelt durch seine Bibliothek den Ankauf von Büchern anderen Verlages, 9. vermittelt er den Ankauf eines Lenbach'schen Bismarckbildes (Verlag von Heuer u. Kirmse), 10. läßt er durch seine Abtheilung für landwirthschaftliche Buchführung den Mitgliedern die Bücher führen und liefert dazu die Wirthschaftsbücher und Formulare, und 11. ist er eben daran, auch den Ankauf von landwirthschaftlichen Maschinen an seine Mitglieder zu vermitteln und zu diesem Zweck in Berlin ein Musterlager bester landwirthschaftlicher Maschinen und Geräthe einzurichten. Aus allen diesen Vermittelungen bezieht er Provisionen und Rabatte zu gunsten theils der Mitglieder, theils seiner Agitationskasse."

Ich war wie vom Donner gerührt. Also auch Du — Plötz-Brutus! dachte ich. Bis jetzt wußte man von Dir nur, daß Du zuweilen ein kleines Börsen-Jeu machst und jetzt nennst Du auch ein Etablissement à la Wertheim Dein eigen?! Doch bei näherer Ueberlegung sagte ich mir: wenn ein Mann mit Lungenkraft auf die Börse schimpft und selbst an der Börse spielt, warum soll er dann in Sachen der Waarenhäuser nicht ebenso handeln? Sofort stand in mir der Entschluß fest, dieses agrarische Waarenhaus zu besuchen.

Am anderen Morgen erkundigte ich mich nach der Haus- und Straßennummer — es war Dessauerstr. 7. Ich ging hin, erhielt aber gleich bei meinem Eintritt einen heftigen Stoß von sieben oder acht Bundesbeamten, die einen riesigen Sack aus der Thür schleppen wollten, um ihn auf einen Wagen aufzuladen. Höflich fragte ich, was denn in dem großen Sacke sei, worauf der Nächststehende mir mit einem merkwürdig verschmitzten Blick zuraunte: „Thomasmehl". Darauf schnalzte er vergnügt mit der Zunge und strich sich wohlgefällig über die Magengegend.

Erschien mir dieses Benehmen schon etwas eigenthümlich, so steigerte sich mein Erstaunen, als ich die Verkaufsstelle betrat. An einem Pulte stand ein kräftig gebauter Herr, der eifrig rechnete. Auf dem Tische stand eine große Flasche mit der Inschrift „Kanitz-Liqueur", aus der er sich ununterbrochen eingoß. Sanfte Düfte wehten zu mir herüber, die in mir sofort die Erinnerung an die schöne Stadt Nordhausen wachriefen. Vor dem Ladentische standen zwei Herren, welche die Kunden bedienten, stattliche Junker und biedere Kleinbauern, die sich alles mögliche einzukaufen suchten. Da ich den einen der beiden Herren schon gesehen zu haben glaubte, fragte ich einen der Sackträger nach seinem Namen, worauf ich die Antwort erhielt: „Das ist ja der Dr. Diederich Hahn und der andere Verkäufer ist Dr. Rösicke." „Ach so," erwiderte ich, „und der dort mit dem Kanitz-Liqueur ist wohl der Buchhalter." „Aber meine Herren", meinte der Angeredete, indem er sich nach dem Pulte hin demüthig verneigte, „kennen Sie denn nicht unsern großen Bundeshäuptling, den ritterlichen Herrn von Plötz?"

Jetzt war ich orientirt, das Geschäft ging flott. Kali, Eckendorfer Samen und wer weiß was sonst noch, wurde in kolossalen Quantitäten verkauft, die Tausendmarkscheine konnten die beiden Verkäufer nicht wechseln, das mußte Herr von Plötz besorgen. Im übrigen rollte das Geld, wie ich es bei Wertheim nie gesehen habe — so muß es ungefähr in Monaco zugehen. Die Kronen und Doppelkronen tanzten vor mir her wie Murmel, mit denen die Kinder auf der Straße spielen; besonders Diederich Hahn zeichnete sich durch die Gewandtheit aus, mit der er das Geld einstrich, 80 M., 250 M., so hörte ich unaufhörlich rufen und im Nu war das Geld in der Kasse verschwunden. Und die nothleidenden Agrarier hatten Geld bei sich — ei der Daus! Ganze Hände voll blauer Scheine zogen sie hervor, wenn sie zahlen wollten.

Wieder fragte ich einen der Sackträger: „Was rechnet denn der Herr v. Plötz da immer?" „Nun", antwortete er mit demselben listig-vergnügten Gesichtsausdruck, „der berechnet die Extrapreisdifferenzen und Rabatte. Glauben Sie, der versteht die Sache."

Eine sehr lange Gestalt mit meterlangem Schnurrbart und noch längeren Beinen machte sich besonders bemerklich. „Was befehlen Herr Graf?" fragte demüthig der Verkäufer Rösicke: „7 Waggons Thomasmehl, drei Waggons" . . . „Bitte, Herr Graf, wollen wir nicht erst das Thomasphosphat-Geschäft erledigen? Wir berechnen zum Waggonpreis." — „Weiß, weiß," erwiderte der Graf mit schnarrender Stimme, „bin aber auch etwas in Geschäfte eingeweiht und sage Ihnen, Extrarabatt, wissen ja 15 Mark pro Tonne, möchte ich nicht bezahlen." — „Einen Augenblick, Herr Graf." — Herr Rösicke ging zu Herrn von Plötz und flüsterte ihm etwas in's Ohr, worauf dieser ihn wüthend anschnauzte: „Selbstverständlich; ganz alter Adel."

Darauf trat eine Dame vor und nannte ihren Namen: „Freiin von und zu Kuhnitz-Schweinshausen." Ach, was die alles wollte! Eine Leibrente sollte ihr der Bund vermitteln bei der „Iduna", ihre Schweine in Perleberg versichern, und endlich bestellte sie noch 2000 Bismarckbildern, die „königstreuen" Wählern bei der Reichstagswahl zum Angedenken geschenkt werden sollten. Mit einem frommen Aufblick nach oben strich Rösicke das Geld ein.

Endlich kam ich an die Reihe. Dr. Hahn entließ gerade den letzten Kunden, als ich an ihn herantrat und in bescheidenem Tone fragte: „Sie verkaufen ja Futtermittel, also auch wohl Vogelfutter?" — „Selbstverständlich, wie viel wollen Sie, 20 Ztr., 30 Ztr., 40 Ztr., 50 Ztr." — „Nein, nein, für heute blos für 50 Pf." — „Elendes Subjekt", schrie mit kirschrothem Gesicht voller Wuth der Dr. Hahn, „kommen Sie uns nicht so. Da gehen Sie lieber zu den Juden, zu Wertheim und anderen, der Bund hat sich nie mit Kleinigkeiten abgegeben." — „Entschuldigen Sie, aber dann verkaufen Sie mir vielleicht ein paar Bundespostkarten." — „Gut, hier sind tausend; kosten 200 M., oder wollen Sie mehr?" — „Danke, danke, 2 Stück genügen." — „Schmeißt den elenden Lumpen heraus, Sklaven," schrie darauf der Verkäufer einige Leute an, „der Kerl ist offenbar gar kein Agrarier, vielleicht so ein lumpiger Freisinniger oder gar Sozialdemokrat." Im Nu ergriffen mich mehrere nervige Fäuste, ich fühlte einen heftigen Stoß und — erwachte.

Ich lag friedlich in meinem Bette und hatte mich den Kopf an der Bettkante gestoßen; den ganzen Besuch im Waarenhause v. Plötz u. Comp. hatte ich nur geträumt. Da mich aber das fesselnde Bild des agrarischen Verkaufshauses nicht verlassen will, und ich durch mein Traumbild dem biederen Junkerbunde einige werthvolle Fingerzeige gegeben habe, will ich zu seinem Ruh' und Frommen die heiteren Szenen hier veröffentlichen.

Demokritos.

als die Ziegelei-Arbeiter, als deren einziger Lebenszweck man es zu betrachten scheint, ungeheure Kapitalien für Ziegelei-Unternehmer anzusammeln. Hier giebt's noch viel Arbeit für den Fabrikinspektor!

Arbeiter-Risiko. Auf der Dynamitfabrik in Dömitz flog eine Patronenhütte in die Luft. Bei der Explosion büßte ein Arbeiter sein Leben ein.

In einer Steindruckerei in Elberfeld wurden drei Arbeiterinnen, die in einem besonderen Raume mit dem Bronziren von Drucksachen beschäftigt waren, bei dieser Arbeit ohnmächtig. Sie mußten, wie der „Volks-Ztg." mitgetheilt wird, ins Krankenhaus geschafft werden.

Beim Reinigen eines alten Stadtkanals in Halle a. S. sind die Arbeiter Bärwald und Kiaswowski durch Einathmen giftiger Gase erstickt. Beide Verunglückte hinterlassen Familie.

Kommunales.

Die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und die Rieselgüter hat gestern beschlossen, die Jagd auf dem städtischen Rittergut Buch für 4000 M. jährlich und die Jagd in Lindenhof für 750 M. jährlich vom 1. Juli d. J. ab zu verpachten. — Der Thierarzt Breitung wurde von der Deputation als Thierarzt für den Administrationsbezirk Buch gewählt. — Der Antrag der Gemeinde Weißensee auf Entwässerung eines Theils ihres Gebietes wurde zwar zur Zeit abgelehnt, jedoch sollen weitere Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages eingeleitet werden.

Die städtische Parkdeputation hat beschlossen, 97 Bänke in den verschiedenen Parkanlagen aufzustellen; im Humboldthain 10, im Friedrichshain 4, im Kleinen Thiergarten 6, im Viktoriapark 12, im Treptower Park 6, im Invalidenpark 3 ꝛc. — Nachdem das Polizeipräsidium die verschiedenen Händler von der Straße weist, laufen jetzt mehrfach Gesuche bei der städtischen Verwaltung ein um Genehmigung zum Handeln mit Backwaaren ꝛc. in den städtischen Parkanlagen. Diese Gesuche werden prinzipiell abgelehnt. — Neue Baumanpflanzungen sollen in diesem Etatsjahre hergestellt werden: Am Urbanhafen — Südseite —, in der Urbanstraße — Nordseite — zwischen Blücher- und Bärwaldstraße.

Lokales.

Für den ersten Wahlkreis finden heute, Mittwoch, Abend zwei Wähler-Versammlungen statt. Dieselben tagen bei Brünsch, Jägerstraße 69 und im Lokale: „Sprechhallen", Kirchstr. 27. Die Tagesordnung in beiden Versammlungen lautet: „Auf zur Stichwahl." Referenten sind: Gen. A. Täterow und der Kandidat des Kreises H. Poetzsch.

Die Genossen des ersten Kreises werden ersucht, Mittwoch Abend 6 Uhr sich zur Flugblattverbreitung in folgenden Lokalen einzufinden: Mörschel, Jüdenstr. 35: Sommer, Grünstr. 21; Stockfisch, Holzgartenstr. 5; Glaue, Krausenstraße 18; Voigt, Charlottenstr. 60; (Hansaviertel) Schmidt, Flensburgerstr. 24.

An die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Reichstags-Wahlkreises. Im Anschluß an unseren gestrigen Aufruf, um dessen Beherzigung wir dringend bitten, theilen wir mit, daß am Donnerstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr, **drei Volksversammlungen** stattfinden und zwar: bei Bickel, Hasenhaide 52/53, Bockbrauerei, Tempelhofer Berg; Zühlke, Demmewitzstr. 13, in welchen die Parteigenossen Richard Fischer, Paul Singer und Arthur Stadthagen über die bevorstehenden Stichwahlen sprechen.

Genossen und Genossinnen! Agitirt für zahlreichen Besuch der Versammlungen namentlich in den Kreisen, welche bis jetzt noch nicht zu uns zählen. Die Vertrauensperson.

Achtung, Parteigenossen des 2. Wahlkreises! Am Mittwoch Abend 7½ Uhr findet wieder eine Flugblattvertheilung statt. Stellt Euch der Partei zur Verfügung an diesem Abend und findet Euch in folgenden Lokalen pünktlich ein:

P. Müller, Gräfestr. 8.	Saß, Markgrafenstr. 102.
Schonheim, Gräfestr. 31.	Zubeil, Lindenstr. 106.
Ewald, Schönleinstr. 6.	Kitzing, Belleallancestr. 74.
Naumann, Blücherstr. 42.	Faller, Pallasstr. 16.
Lindemann, Moritzstr. 9.	Werner, Bülowstr. 59.

Mit Parteigruß

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. A.: H. Werner, Bülowstr. 59.

Dritter Wahlkreis. Am Mittwoch Abend tagen bei Brochnow, Sebastianstr. 39 und Krüger, Wasserthorstr. 68, zwei Versammlungen, in denen die Genossen Heine und Robert Schmidt über die bevorstehende Stichwahl sprechen werden. Zahlreicher Besuch wird erwartet!

An die Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises! Die Arbeit zur Wahl erfordert erhebliche Anstrengungen. Es gilt für uns, aus eigener Kraft zu siegen. Das wird uns gelingen, wenn uns die Parteigenossen eifrig bei der Wahlarbeit unterstützen. Wir bitten deshalb die Parteigenossen, die am Wahltage, am Freitag, den 24. d. M., uns behilflich sein wollen, schon jetzt sich im Lokal von Drescher, Linienstr. 218, zu melden.

Am Wahltag ist das Zentralbureau bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.

Am Mittwoch Abend findet eine **Flugblattverbreitung** statt, zu der sich die Parteigenossen von 5—7½ Uhr in folgenden Lokalen einfinden mögen: Eichhorn, Greifswalderstr. 8; Krumnow, Mendelssohnstr. 10; Knötzsch, Hirtenstr. 10; Wittchow, Kleine Hamburgerstraße 27, Ecke Elsasserstraße; Schmidt, Louisenstr. 5.

Die Genossen werden ersucht, eine Legitimation bei ihrer Meldung mitzubringen, da sich einige unzuverlässige Verbreiter eingestellt haben.

Am **Mittwoch** Abend 8½ Uhr findet im großen Saal des Grand-Hotel Alexanderplatz eine Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen** über das Thema „Nieder mit der Reaktion!" referiren wird.

Am **Donnerstag** wird unser Kandidat **Robert Schmidt** im großen Saal des Handwerker-Vereins, Sophienstraße, sprechen. Wir bitten um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlungen.

Das Wahlkomitee.

Die Mitglieder des Wahlvereins Berlin VI werden ersucht, an der heute Abend im ersten und fünften Kreis stattfindenden Flugblatt-Verbreitung, sowie an allen sich nothwendig machenden Wahlarbeiten energisch theilzunehmen. Die Genossen wollen sich mit genügender Legitimation versehen. Auch für uns gilt die Parole: Auf zur Stichwahl! Der Vorstand.

Das Ergebniß der Reichstagswahlen in Berlin wird jetzt amtlich mitgetheilt:

Für den ersten Wahlkreis sind 12 794 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 35 Stimmzettel als ungiltig erklärt worden. Absolute Majorität 6 380 Stimmen. Es haben erhalten: Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, F., 5667 Stimmen, Redakteur Hugo Poetzsch, S., 3637, Obermeister Bernard 2127, Lithograph Tischendörfer, nationalsozial 1008, Legationsrath a. D. v. Kehler, Z., 270 Stimmen. Zersplittert 41 Stimmen. Stichwahl am 24. Juni.

Für den zweiten Wahlkreis sind 54 786 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 102 als ungiltig erklärt. Absolute Majorität 27 343 Stimmen. Es haben erhalten: Der Schriftsetzer Richard Fischer, S., 26 209, Stadtverordneter Kreitling, F., 16 127, Ober-Postassistent Stockmann, K., 11 359, Legationsrath a. D. v. Kehler, Z., 755, Piotr Wawrzyniak in Schrimm, Pole, 91, Zersplittert sind 83 Stimmen. Stichwahl am 24. Juni.

Für den dritten Wahlkreis sind 23 761 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 47 Stimmzettel als ungiltig erklärt worden. Absolute Majorität 11 858 Stimmen.

Es haben erhalten: Rechtsanwalt Wolfgang Heine S., 11 411, Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, F., 8031, Redakteur Bachler Antis., 3809, Legationsrath a. D. v. Kehler, Z., 577, Piotr Wawrzyniak-Schrimm, Pole, 47 Stimmen. Zersplittert sind 39 Stimmen. Stichwahl am 24. Juni.

Für den vierten Wahlkreis sind 62 161 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 194 als ungiltig erklärt worden. Es haben erhalten: Stadtverordneter Paul Singer, S. 45 293 St., Rechtsanwalt Hugo Sonnefeld, Berlin, F., 7811, Arbeiter Hermann Prietz, A., 7273, Legationsrath a. D. v. Kehler, Z., 1256, Piotr Wawrzyniak in Schrimm, Pole, 199 Stimmen. Zersplittert sind 185 Stimmen. Singer S. gewählt.

Für den fünften Wahlkreis der Stadt Berlin sind 21 113 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 77 als ungiltig erklärt worden. Absolute Majorität 10 519 Stimmen. Es haben erhalten: Redakteur R. Schmidt, Soz., 10 024, Stadt-Schulinspektor Dr. Zwick, F., 7085, Zahnarzt Ad. Strumpf, K., 3285, Legationsrath a. D. v. Kehler, Z., 339, Buchdrucker M. Roß, D., 243 Stimmen, zersplittert sind 58 Stimmen. Stichwahl am 24. Juni.

Für den sechsten Wahlkreis der Stadt Berlin sind 87 390 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 272 als ungiltig erklärt worden. Absolute Majorität 43 515 Stimmen. Es haben erhalten: Schriftsteller Liebknecht, Charlottenburg, Soz., 58 778, Hofprediger a. D. Stöcker, K., 15 554, Schriftsteller Heinz Krieger, F., 10 603, Legationsrath a. D. v. Kehler, Berlin, Z., 1748 Stimmen. Zersplittert sind 345 Stimmen. Liebknecht, Soz., gewählt.

Aus dem zweiten Wahlkreise geht uns von einem Kutscher der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft eine längere Zuschrift zu, daß unsere neuliche Mittheilung über die lange Arbeitszeit und elenden Lohnverhältnisse unter den Angestellten allgemeine Zustimmung gefunden habe; „nur schärfer hätte der Artikel sein sollen". Die geringe Wahlbetheiligung erkläre sich zum theil aus der fürchterlichen Uebermüdung: Von morgens ¾6 Uhr (je nach der Wohnung) an seien die Leute angespannt ohne jede Pause) abgesehen die 8 bis 10 Minuten an der Haltestelle, innerhalb deren alle Mahlzeiten eingenommen und auch die Pferde umgespannt werden müssen) bis in die tiefe Nacht. Da müsse Theilnahmslosigkeit am öffentlichen Leben eintreten. Das sei aber gerade die Absicht der freisinnigen Direktion. Für die bevorstehende Stichwahl müsse energischer als das letzte Mal agitirt werden. Auf dem Depot II (Meyenburgerstr. 61) hätten von 61 Wahlberechtigten nur wenige gestimmt; ebenso von den 89 Wählern auf dem Depot III (Kottbuserdamm 1/2 und auf Depot IV (Gneisenaustr. 12/14) von 83 Wählern. Im Depot VI (Froben- und Kurfürstenstr.) haben von 79 Wahlberechtigten nur 14 gestimmt, und auf der dortigen Zentralwerkstätte seien von 55 Wählern nur 31 zur Wahl gegangen.

Die Genossen des 2. Wahlkreises werden sich die Agitation an diesen Stellen hoffentlich angelegen sein lassen.

Das Feuer im Dienste der Reaktion. Immer mehr greift die Ansicht um sich, daß der Kahnbrand im Humboldhafen, der die Eisenbahn-Verwaltung am vorigen Donnerstag zu dem unnöthigen Schritte veranlaßte, den Stadtbahn-Verkehr auf über eine Stunde zu sperren, die eigentliche Ursache dafür bildet, daß im Wahlkreise Teltow-Beeskow z. B. eine Stichwahl stattfinden muß. Durch die Verkehrssperre ging der größte Theil derjenigen Charlottenburger Arbeiter, welche in Berlin beschäftigt sind und hier um 4 Uhr die Fabriken verließen, um in Charlottenburg ihr Wahlrecht auszuüben, desselben verlustig. Sie trafen erst kurz vor 6 Uhr truppweise in den 46 Wahllokalen ein, welche sich nun schnell füllten. Und nun war es natürlich ganz undenkbar, daß sämmtliche Arbeiter bis 6 Uhr noch ihre Stimmzettel abgeben konnten. Punkt 6 Uhr erklärten die Wahlvorsteher, daß sie keine Stimmzettel mehr annehmen dürften, weil es ungesetzlich sei, die Wahl über 6 Uhr auszudehnen. Und obgleich die Arbeiter hierüber sehr erregt waren, konnten sie doch die Fortführung des Wahlaktes nicht durchsetzen. Wie es heißt, sollen dadurch in Charlottenburg ca. 600 bis 700 Arbeiter ihr Wahlrecht nicht haben ausüben können. Ja, von verschiedenen Augenzeugen wird die Zahl sogar auf 1000 geschätzt. Da dem sozialdemokratischen Kandidaten zur absoluten Majorität nur 393 Stimmen fehlten und mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die Mehrzahl der Stimmen jener Charlottenburger Arbeiter sich auf Zubeil vereinigt hätte, so wäre dieser ohne den Kahnbrand am Lehrter Bahnhof wohl sicher schon im ersten Wahlgange gewählt worden.

Aehnlich war der Einfluß der Verkehrssperre auf die Stimmenzahl natürlich auch in den Berliner Wahlkreisen. Tausende Berliner Arbeiter, die in Westend, Charlottenburg, Martinickenfelde ꝛc. beschäftigt sind, kamen durch den Kahnbrand um ihre Wahlbetheiligung. Hoffentlich bringt der Stichwahltag keinen neuen Brückenbrand.

Unternehmerrache. Die Firma Mengers u. Söhne hat zwei Arbeiter, die gezwungen waren, am Tage der Reichstagswahl früher zur Wahl zu gehen, als es der Firma beliebte, Knall und Fall entlassen. Derartige Maßregelungen scheinen in dieser bekannten Velvetfabrik gang und gäbe zu sein. So strafte die Firma den Arbeiter, der sich unterstanden hatte, am 18. März auf dem Grabe der Freiheitskämpfer einen Kranz niederzulegen, ebenfalls mit Entlassung. Solche Uebergriffe können gleich den Hungerlöhnen, welche die Firma zahlt, nur beseitigt werden, wenn die Arbeiter ihre Organisationspflicht wahrnehmen. Vorläufig aber werden sie am Tage der Stichwahl durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel deutlich gegen jegliche Vergewaltigung protestiren.

Wilhelm II. Am Tage der Reichstagswahlen war der deutsche Kaiser Vormittags im Opernhause, wo er den versammelten Schauspielern eine erst gestern bekannt gewordene Rede hielt, aus der wir folgende Stellen wiedergeben:

„Als ich vor zehn Jahren zur Regierung kam, da trat ich aus der Schule des Idealismus, in welchem mich mein Vater erzogen hatte. . . . Ich war der Ueberzeugung und hatte mir fest vorgenommen, daß das Königliche Theater ein Werkzeug des Monarchen sein sollte, gleich der Schule und der Universität, welche die Aufgabe haben, das heranwachsende Geschlecht heranzubilden und vorzubereiten zur Arbeit für die Erhaltung der höchsten geistigen Güter unseres herrlichen deutschen Vaterlandes. Ebenso soll das Theater beitragen zur Bildung des Geistes und des Charakters und zur Veredelung der sittlichen Anschauungen. Das Theater ist auch eine meiner Waffen. . . . Den hohen Erwartungen, die ich von dem Personal meiner Oper und meines Schauspiels gehegt habe, haben Sie vollständig entsprochen. Es ist die Pflicht eines Monarchen, sich um das Theater zu kümmern, wie ich es an den Beispielen meines hochseligen Vaters und Großvaters gesehen habe, eben weil es eine ungeheure Macht in seiner Hand sein kann. . . . Ich bitte Sie nun, daß Sie mir fernerhin beistehen, jeder in seiner Weise und an seiner Stelle, im festen Gottvertrauen dem Geiste des Idealismus zu dienen und den Kampf gegen den Materialismus und das undeutsche Wesen fortzuführen, dem schon leider manche deutsche Bühne verfallen ist."

Es wird bekanntlich mit Bestimmtheit behauptet, daß die dramatischen Werke des Artilleriehauptmanns Joseph Lauff von Wilhelm II. inspirirt seien.

Ueber sittliche Unziemlichkeiten von Soldaten, die bei unserem Kriegsheere reinweg für unmöglich gehalten werden sollten, weiß das „Volk" des Hofpredigers Stöcker zu berichten: „Zu bedauerlichen Szenen kommt es jetzt wieder allabendlich in der Nähe der Kaserne des 3. Garde-Regiments in der Wrangelstraße. Hauptsächlich in der Stunde vor dem Zapfenstreich, also zwischen 9 und 10 Uhr, ist es für Frauen und Mädchen kaum möglich, die Straße passiren zu können. Die meist in starken Trupps aus den der Kaserne benachbarten Schanklokalen kommenden Soldaten nehmen fast den ganzen Bürgersteig ein, so daß für die Passanten nur der Fahrdamm bleibt. Weibliche Personen werden — ohne Unterschied — oft in unziemlichster Weise belästigt; viele von ihnen wählen daher lieber weite Umwege, um nach ihren Wohnungen zu gelangen. Eine Auffrischung des bereits vor längerer Zeit von dem bisherigen Regimentskommandeur ergangenen Befehls, welcher derartige Ungehörigkeiten streng untersagt, erscheint um so gebotener, als sich, angezogen durch das „lecke" Treiben der Soldaten, zahlreiche Damen zweifelhafter Qualität einstellen, die daran Gefallen finden. Für die vielen Schulkinder, die jetzt bis zur späten Abendstunde auf der Straße spielen, wirken dergleichen Straßenbilder natürlich nichts weniger als erzieherisch."

Zufolge einer Verfügung des Staatssekretärs des Reichspostamtes ist eine Zulassung von Stadttelegrammen vom 1. Juli ab, zunächst versuchsweise, dahin erweitert worden, daß von diesem Zeitpunkte ab Stadttelegramme auch in Orten mit nur einer Telegraphenanstalt zur Beförderung innerhalb der Grenzen des Ortsbestellbezirks angenommen werden. Bisher waren Stadttelegramme gegen die ermäßigte Gebühr von 3 Pf. für das Wort, mindestens jedoch im Betrage von 30 Pf., nur in solchen Städten zulässig, innerhalb deren Weichbild mehrere unter sich durch Telegraphenleitungen verbundene Telegraphenanstalten dem Verkehr geöffnet sind. Ferner sind vom 1. Juli ab Telegramme auch nach dem Landbestellbezirk des Auflieferungsortes gegen die für Stadttelegramme festgesetzte ermäßigte Gebühr an solche Empfänger zugelassen, die an der örtlichen Stadt-Fernsprecheinrichtung oder an öffentliche Fernsprechstellen des Orts angeschlossen sind und das Zusprechen der für sie eingehenden Telegramme beantragt haben.

Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt eine neue Bahnverbindung vom Stadtinnern über die Potsdamerstraße, das Schöneberger Ufer und die Genthinerstraße nach der Ziethenstraße über die Winterfeld- und Maaßenstraße bis zur Gleditschstraße einschließlich ihrer Verlängerung, dann zur Belzigstraße, der Erfurter- und Mühlenstraße bis zum Südring-Bahnhof Wilmersdorf—Friedenau und der Schöneberger Hauptstraße einzurichten. Die Gemeinde Schöneberg hat bereits die Genehmigung dazu ertheilt, die jetzt auch vom Magistrat in Berlin erbeten wird.

Selbstmord eines Verbrechers auf der Polizeiwache. Von dem Bankier Paul Hempel in der Badstraße wurde Montag Abend dem 9. Polizeirevier angezeigt, daß ein Mann, der sich Friedrich Bethin aus Treptow a. R. nannte, mehrere ausländische Werthpapiere, die als gestohlen bezeichnet sind, zum Kaufe angeboten hätte. Als Bethin nun von Schutzleuten zur Wache gebracht wurde, zog er auf der zum Bureau führenden Treppe einen Revolver hervor, und brachte sich, ehe es verhindert werden konnte, einen Schuß in die Magengegend bei. Nachdem der Schwerverletzte einen Nothverband erhalten hatte, wurde er nach der Charitee gebracht. Beim Eintreffen in der Charitee war der Mann bereits eine Leiche.

Wie von anderer Seite mitgetheilt wird, ist der Selbstmörder vermuthlich ein 41 Jahre alter Zimmermann Friedrich Bethin, ein schwerer Verbrecher, der sich seit vier Jahren der Polizei-Aufsicht zu entziehen verstand. Die Papiere, die man bei ihm fand, lauteten im ganzen auf etwa 4000 Mark. Sie sind wahrscheinlich einem Manne gestohlen worden, der sie von einer Verwandten, die sich zur Zeit im Krankenhause befindet, zur Verwahrung erhalten hatte.

Zu der Pulverexplosion auf dem Pionier-Uebungsplatze, bei der Sekondelieutenant Wollmann getödtet wurde, wird noch folgendes mitgetheilt: „Gegenwärtig sind von jedem Garde-Infanterieregiment mehrere Unteroffiziere zum Garde-Pionierbataillon kommandirt behufs Ausbildung im Ponierdienst. Diesen Leuten wollte Lieutenant Wollmann eine Sprengübung praktisch vorführen, zu welchem Zweck er altes Pulver und sonstige Sprengstoffe, die schon längere Zeit gelagert hatten, verbrauchen sollte. Das Sprengmaterial wurde auf eine Pfanne geschüttet. Als alles in Ordnung war, die Zündschnur bereits lag und Lieutenant W. die Streichhölzer zum Anzünden der Zündschnur in Händen hielt, gab er den beiden Pionieren, die die Vorbereitungen zur Sprengung getroffen hatten, mit lauter Stimme den Befehl: „Zurück! Marsch! Marsch! Kaum waren die beiden Leute sechs Schritt gelaufen, da erfolgte die Katastrophe. Die Explosion ist ohne Zweifel dadurch verursacht worden, daß beim Anzünden des Streichholzes, mit dem der Offizier die Zündschnur anzünden wollte, ein Funke auf die Pulvermasse geschlagen ist.

Was will das werden? Mit diesem Stoßseufzer begleitet das „Berliner Tageblatt" die Mittheilung, daß es an der hiesigen Universität bereits 723 studirende Frauen giebt. Nun, was wird es werden? Die Frauen werden natürlich nach Beendigung ihrer Studien ihren Unterhalt mit wissenschaftlichen Arbeiten zu verdienen suchen und den Männern, die bisher auf diesem Gebiet ausschließlich thätig waren, Konkurrenz machen. Diese Aussicht ist es wohl, die dem „Berl. Tagebl." zu einem angstvollen Ausruf Veranlassung giebt. Sind es doch zum großen Theil die Söhne des wohlsituirten Bürgerthums, die in ihren gelehrten Berufen die Konkurrenz der studirten Frauen zu fürchten haben. Das mag allerdings einem Blatte, welches die Interessen des besitzenden Bürgerthums vertritt, als eine unangenehme Aussicht erscheinen, obwohl doch vom Standpunkt des Liberalismus gegen die Thatsache, daß Frauen studiren, nichts einzuwenden ist. Aber was kümmern den liberalen Spießbürger liberale Grundsätze, wenn er sich durch deren Anwendung in seinen persönlichen Interessen gefährdet sieht? Wenn fortgesetzt tausende und abertausende von Proletarierfrauen, durch das unerbittliche Vorwärtsschreiten des Kapitalismus gezwungen, sich einen Erwerb in der Industrie suchen müssen, so hat angesichts dieser Entwickelung der Dinge noch kein liberales Blatt gefragt, was das werden soll. Im Gegentheil. Die Möglichkeit, Frauen und Kinder in der Industrie auszubeuten, war den liberalen Bourgeois zu allen Zeiten ein willkommenes Mittel, die Löhne der Männer zu drücken. Wenn aber die bürgerlichen Damen, die noch in relativ glücklicher Lage sind, in den wissenschaftlichen Berufen den Männern Konkurrenz machen, und zwar aus denselben Ursachen, welche die Frauen und Kinder der Arbeiterklasse in die Fabrik treiben, dann ruft man angsterfüllt aus: Was will das werden?!

Seinen Verletzungen erlegen ist der 40 Jahre alte Arbeiter Paul Heinze aus der Pücklerstr. 9, der durch einen Sturz aus dem Fenster verunglückte.

Ein Taschenbuch für Radfahrer hat der Verlag von Max Rockenstein, Berlin, Hallesche Straße 4, herausgegeben. Das Buch verdient Empfehlung. Es beantwortet zunächst die hygienische Einwirkung des Radfahrens, bringt dann eine interessante Entwickelungsgeschichte des Fahrrades und geht hierauf dazu über, dem Neuling bezüglich des Ankaufs eines Rades, des Unterrichts, der Bekleidung ꝛc. nützliche und was besonders anerkennenswerth ist, auch unparteiische Winke zu geben. Des weiteren behandelt das Taschenbuch das Wanderfahren und die radsportlichen Veranstaltungen, bringt dann über die bestehenden Radfahrer-Verbände das wissenswerthe und giebt dann weiter über die Fabrikation des Rades und der Reifen eine lesenswerthe Darstellung. Der zweite Theil des Buches bringt ein mit vielem Fleiße zusammengestelltes Tourenverzeichniß für ganz Deutschland und den in betracht kommenden Theil der angrenzenden Länder, sowie ein übersichtliches Ortsregister und enthält als Zugabe eine Radfahrkarte für Deutschland. Der Preis des zweckmäßig gebundenen Taschenbuches beträgt 1 M. 50 Pf.

Feuerbericht. Am Montag gegen 8 Uhr abends wurde die Wehr nach Dennewitzstr. 5 gerufen, wo in einer Tischlerwerkstatt ein Brand entstanden war. Dienstag früh zwischen 5 und 6 Uhr waren Zehdenickerstr. 15 durch Selbstentzündung in Brand gerathene Preßkohlen abzulöschen. Gegen Mittag entstand Gitschinerstraße 80 ein umfangreicher Kellerbrand, zu dessen Bewältigung drei Löschzüge der Feuerwehr in Thätigkeit traten. Hier wohnt im Keller des linken Seitenflügels der Drehorgelspieler Vogel, dessen Frau im Begriff war mittels Petroleums Feuer in der Kochmaschine zu machen. Der Frau entfiel die Flasche, und das sich daraus ergießende Oel gerieth in Brand, so daß die

alte Frau in wenigen Augenblicken in Flammen stand. Hausbewohner eilten auf ihr Hilfegeschrei herbei und erstickten die Flammen. Dabei erhielt die Wittwe Kirchhübel schwere Brandwunden an Händen und Gesicht. Die Samariter der Feuerwehr legten der Unglücklichen einen Nothverband an und beförderten sie per Droschke nach dem Krankenhause am Urban. Die Vogel'schen Eheleute büßten bei dem Brande ihr sämmtliches Mobiliar nebst Drehorgel ein.

Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Am heutigen Mittwoch findet in allen Vororten unseres Kreises die Flugblattvertheilung zur Stichwahl statt; es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich in seinem Ort zur Verfügung zu stellen. Das Zentral-Wahlkomitee. J. A.: Zubeil.

Charlottenburg. Den Genossinnen und Genossen die Mittheilung, daß heute, abends 7 Uhr, eine Flugblattvertheilung zur Stichwahl stattfindet; die Ausgabe der Flugblätter erfolgt bei Bredlow, Augsburgerstr. 78; Röhr, Goethestr. 67a; Dörre, Krummestraße 19; Kant, Pestalozzistr. 65; Beyer, Wallstr. 96; Gimpel, Osnabrückerstr. 28; Leder, Bismarckstr. 74; Paasche, Potsdamerstraße 44. Regste Betheiligung wird erwartet.

Die Vertrauensleute.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Mittwoch eine Flugblattverbreitung stattfindet. Die Flugblätter werden am Sonntag früh 7½ Uhr an folgenden Stellen ausgegeben: Bredlow, Augsburgerstr. 78; Röhr, Goethestr. 67a; Dörre, Krummestr. 19; Kant, Pestalozzistraße 65; Leder, Bismarckstr. 74; Paasche, Potsdamerstr. 44; Gimpel, Osnabrückerstr. 28; Beyer, Wallstr. 96. Rege Betheiligung ist unbedingt nöthig.

An die Wähler des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow! Der 16. Juni war ein Tag des Sieges für unsere Partei. Doch der letzte, schwerste Kampf steht uns überall dort noch bevor, wo unsere Kandidaten zur engeren Wahl stehen. Darum ist es die heilige Pflicht jedes Genossen, alle Kräfte einzusetzen: denn es gilt nicht nur, daß die Ueberzeugten ihr Bürgerrecht als Wähler ausüben und sich durch nichts und niemand davon abhalten lassen, es gilt auch, daß die Unentschlossenen und Saumseligen aufgerüttelt, die Muthlosen ermuthigt und aufgeklärt werden. Zu diesem Zweck findet am Donnerstag Abend 8 Uhr im „Bayerischen Hiesel", Hauptstraße 5/6 in Schöneberg, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in der Genossin Frau Dr. Lily Braun referiren wird. Kein Wähler versäume zu erscheinen! — Die ganze Reaktion vereinigt sich wider uns, aber je drohender sie auftritt, desto stärker sind wir, und je schwerer der Kampf ist, desto herrlicher wird der Sieg sein! Die Vertrauensperson.

Rixdorf. Parteigenossen! Am Mittwoch Abend findet Flugblattvertheilung statt. Die Genossen, welche schon geholfen haben, werden ersucht, sich abends 7 Uhr in den Lokalen, wo sie früher waren, einzufinden; diejenigen, welche noch nicht geholfen, jedoch helfen wollen, werden aufgefordert, sich zu Thomas, Bergstraße 162, und Klein, Kaiser Friedrichstr. 236, abends 7 Uhr zu bemühen. Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr finden zwei Versammlungen zur Verkündung der Wahlresultate in Gröpler's Salon, Bergstr. 147, und für Rixdorf und Britz in Peter's Salon, Kniesebeckstr. 113 statt (siehe Inserat). Das Wahlkomitee für Rixdorf hat am Tage der Stichwahl seinen Sitz bei Klein, Rest. Kaiser Friedrichstr. 236, Telephon Amt 145, wohin alle Anfragen betreffs der Wahl zu richten sind. Die Genossen, welche am Tage der Stichwahl helfen wollen, auch diejenigen, welche sich schon gemeldet haben, werden ersucht, am Freitag früh 8½ Uhr zur Empfangnahme des Materials zu Klein, Restaurant, Kaiser Friedrichstraße 236 zu kommen. Parteigenossen! Es gilt am Freitag, dem Tage der Stichwahl, nachzuholen, was am vorigen Donnerstag versäumt worden ist. Jedermann hat nicht allein selber noch einmal die Pflicht, an die Urne zu treten, sondern muß auch trachten, die Kollegen und Bekannten, welche am Tage der Hauptwahl ihr Recht nicht ausgeübt haben, zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel heranzuziehen. Es ist ein Irrthum, daß ein Wähler, der am Wahltage nicht gewählt hat, zur Stichwahl nicht zugelassen wird! Jeder Deutsche, welcher in die Wählerliste eingetragen ist, hat am Tage der Stichwahl das Recht zu wählen, und diejenigen, welche am Wahltage nicht gewählt, haben doppelt die Pflicht, zur Urne zu gehen. Wer irgend kann, genüge schon vormittags, spätestens aber bis nachmittags 4 Uhr seiner Wahlpflicht. Um 6 Uhr präzise wird der Wahlakt geschlossen. Das Wahlkomitee.

Tempelhof-Mariendorf. Die Parteigenossen von Tempelhof und Mariendorf werden hiermit auf die am Mittwoch, den 22. d. M., stattfindende Flugblatt-Verbreitung aufmerksam gemacht. Wir ersuchen die Tempelhofer Genossen, sich am Mittwoch, abends ½8 Uhr, in Tempelhof bei Kahl, Berlinerstraße, und die Mariendorfer sich bei Ebel, Chausseestraße, einfinden zu wollen. — Gleichzeitig fordern wir die Genossen auf, sich dem Wahlkomitee am Tage der Stichwahl zur Verfügung zu stellen. Das Wahlkomitee.

In Zehlendorf ist heute Abend Flugblattverbreitung. Jeder Parteigenosse sei am Platze! Wer am Stichwahltage Zeit hat, wolle sich bei Giese, Teltowerstr. 23, melden.

Achtung, Wilmersdorf! Die Parteigenossen werden auf die heute, Mittwoch abend, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Das Erscheinen aller Wähler ist Pflicht. Auch werden die Genossen ersucht, thatkräftig auf die Säumigen einzuwirken, damit auch diese ihrer Pflicht nachkommen.

Das Wahlkomitee.

Steglitz. Heute Abend wird im Schwarzen Adler, Albrechtstraße 125, eine Volksversammlung abgehalten, in der Genosse Fritz Zubeil referirt. — Parteigenossen, welche am Tage der Stichwahl helfen wollen, werden ersucht, sich am Donnerstag Abend bei Schellhase, Ahornstraße 12, einzufinden.

Der Vertrauensmann.

„Wählt Zubeil!" Eine Lokalkorrespondenz weiß folgendes zu berichten: Die Reichstagswahl dürfte in Charlottenburg für eine Anzahl von Personen noch üble Folgen nach sich ziehen. An den Staats- und öffentlichen Gebäuden sowie zahlreichen Privathäusern der Stadt sind von sozialdemokratischer Seite in der letzten Nacht vor dem Wahltage mittels großer Malerschablonen die Inschriften angebracht worden „Wählt Zubeil" und „Wählt Gastwirth Zubeil". Es ist dazu eine tiefschwarze Oelfarbe verwendet, die ihren Zweck allerdings sehr gut erfüllt, da sie die Inschriften von der weißen Mauerfläche der Gebäude scharf abhebt. Die Hausbesitzer sind damit aber keineswegs einverstanden, weil sie nun die Inschriften abkratzen lassen müssen und ihre Gebäude dadurch verunzieren. Sie haben deshalb bei der Polizei Anzeige erstattet, und diese forscht nun eifrig nach dem Hersteller der Schablonen, um durch denselben diejenigen Personen, welche die zahllosen Inschriften angebracht haben, festzustellen. Besonders das Amtsgerichtsgebäude ist an allen Seiten mit derartigen auffallenden Inschriften versehen. Ebenso die Bahnhöfe „Charlottenburg" und „Savignyplatz" sowie auch die höheren Lehranstalten und Gemeindeschulen. Die Leiter der sozialdemokratischen Wahlagitation in Charlottenburg sind bereits von der Polizei vernommen worden. Sie weisen aber jede Mitschuld entschieden zurück und haben erklärt, daß sie niemanden beauftragt hätten, Inschriften an Gebäuden anzubringen und daß sie auch die Thäter nicht wüßten."

Die Hausbesitzer sollten ihren Aerger ob des sozialdemokratischen Stimmenzuwachses hinunterschlucken und die Polizei nicht mit Aufträgen behelligen, welche nach der Erfahrung früherer Jahre wahrscheinlich resultatlos ausfallen dürften. Es liegt ja überdies auch völlig in der Hand der Bourgeois und ihrer Behörden, der geschilderten Art sozialdemokratischer Agitation für die Zukunft die Spitze abzubrechen. Sie brauchen nur die größte und im deutschen Volke einflußreichste Partei als gleichberechtigt zu betrachten und peinlich alles vermeiden, was in der Form von Saalabtreibereien und sonstigen Behelligungen einer legalen Agitation unserer Partei im Wege steht. Die Propaganda mit Oelfarbe kam in der Zeit des Sozialistengesetzes auf, als jede gesetzmäßige Agitation unterdrückt war. Dieses Ueberbleibsel verschwindet wohl auch erst völlig, wenn der Arbeiter ganz sicher fühlt, daß der Anwendung derartiger Hilfsmittel jegliche ursächliche Berechtigung entzogen ist.

Die Stadtverordneten-Versammlung von Schöneberg beschloß gestern, für die Hilfskräfte des Landmessers einen Tagelohn von 3 M. 25 Pf. festzusetzen. Ferner nahm die Stadtverordneten-Versammlung den folgenden, von unseren Parteigenossen gestellten Antrag an: „Die Erbauung eines Krankenhauses für Schöneberg sofort in die Wege zu leiten und der Stadtverordneten-Versammlung in nächster Zeit eine bezügliche Vorlage zu machen; ferner die im Jahre 1892 erbauten Baracken sofort als Krankenstation für Schöneberg herzustellen."

Wie viel Stimmen mag uns das einbringen? In den Militärwerkstätten zu Spandau sind, wie bürgerliche Blätter melden, in voriger Woche zwei Arbeiter sofort entlassen worden, weil sie nachweislich für die Sozialdemokratie agitatorisch thätig gewesen sind. Es wird zu erwarten sein, daß angesichts dieser Maßregelung jeder Arbeiter zu den Stichwahlen mit doppeltem Eifer seine Pflicht thue.

Auch ein Sittenwächter. Die „Deutsche Tageszeitung" läßt sich folgende Denunziation „aus ihrem Leserkreise" zurechtdrechseln: „Im Anschluß an die gestrige Mittheilung, daß dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Hofer in Gr. Skaisgirren durch die königliche Regierung zu Gumbinnen die Mitgliedschaft im Schulvorstande entzogen worden ist, weil „die Regierung es nicht dulden kann, daß ein Anhänger der Sozialdemokratie dem Vorstande einer Schule angehöre, die zur Pflege des Christenglaubens, der Vaterlandsliebe und der Treue und Liebe zu dem Herrscherhause bestimmt ist" — möchten wir die Regierung zu Potsdam bitten, ein gleiches energisches Vorgehen in der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin in Anwendung zu bringen, wo am letzten Donnerstag der jüdische Sozialdemokrat Singer in die Schuldeputation gewählt worden ist. Wir hoffen, daß die Regierung dem Chef der Sozialdemokratie das Recht absprechen wird, in christlichen Schulen über Liebe zu Kaiser und Reich in seiner Weise zu wachen. Was Herrn Hofer recht, ist Herrn Singer billig. Wir aber protestiren gegen die Einführung eines Mannes, der jede Autorität im Staatsleben untergräbt, gegen die Mitgliedschaft eines Mannes in einer Körperschaft, die berufen ist, der Schule Berlins den Charakter als christliche Anstalt zu geben und zu wahren."

Wir hängen diese urgermanische Großthat niedriger und überlassen der gesitteten Welt das Urtheil, ob eine Gesellschaft, die durch den Thomas-Phosphat-Schwindel zur traurigen Berühmtheit gelangt ist, noch irgendwelches Recht hat, anständigen Leuten gegenüber die Rolle des Sittenrichters und Religionswächters zu spielen. Diese Gesellschaft sollte sich in acht nehmen, daß der Staatsanwalt sie nicht beim Kragen packt und im übrigen hübsch die Welt ihren Gang gehen lassen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beleidigung des Staatssekretärs v. Posadowsky hatte sich gestern der Genosse August Hintze vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin zu verantworten. In einer der 14 Gewerkschaftsversammlungen, die am 21. Februar aus Anlaß der Veröffentlichung des bekannten Erlasses durch den „Vorwärts" stattfanden, hatte Hintze in der Diskussion das Wort ergriffen und soll nach der Anklage seiner Freude darüber Ausdruck gegeben haben, daß dieser Erlaß auf den Tisch des „Vorwärts" geflogen sei. Er könne es als keinen Vertrauensbruch ansehen, wenn ein Beamter einen solchen Erlaß der Oeffentlichkeit übergebe; es läge im Interesse der Allgemeinheit, wenn derartige gemeine Erlasse in die Oeffentlichkeit kämen. Der Angeklagte, der durch Rechtsanwalt Heine vertheidigt wird, bestreitet, den Ausdruck „gemeine Erlasse" gebraucht zu haben, während die beiden Belastungszeugen, Polizeilieutenant Scholber und Schutzmann Mahler mit Bestimmtheit bekunden, daß dieser Ausdruck gefallen sei. Mahler besonders will genau hingehört haben, da der Angeklagte aus der Einsendung des Erlasses an den „Vorwärts" geschlossen habe, daß auch unter den Beamten große Unzufriedenheit herrsche und ihn dies ganz besonders interessirt habe. Demgegenüber bekunden die Zeugen Kiesel, H. Schulz, Leidt, Brinkmann, Schimmelpfeng und Schröder, daß sie den Ausdruck nicht gehört haben, ihn aber hätten hören müssen, wenn er gefallen wäre. Leidt und Brinkmann betonen besonders, daß sie bei dem Hören dieses Ausdruckes sofort das Bewußtsein gehabt hätten, daß Hintze sich strafbar machen würde. Schimmelpfeng bekundet bestimmt, daß der Angeklagte nur von dem geheimen Erlaß gesprochen habe. Er habe seine Frau gefragt, auch diese habe den inkriminirten Ausdruck nicht gehört. Diese Aussage benutzte der Vorsitzende, Landgerichtsrath Denso zu einer Frage, die in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft das lebhafteste Befremden erregen wird. Er fragte: Waren denn auch Frauen anwesend? **Was haben denn Frauen in öffentlichen Versammlungen zu thun?** Weiß denn der Vorsitzende nichts davon, daß es verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Arbeiterinnen ist, sich um Wahrung ihres Koalitionsrechts zu kümmern? — Staatsanwalt Plaschke hält es für erwiesen, daß der fragliche Ausdruck gefallen sei. Den unbestimmten Aussagen der Entlastungszeugen ständen die positiven Bekundungen der beiden Polizeibeamten gegenüber. Er beantragt eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten. — Rechtsanwalt Heine beantragt Freisprechung. Es ständen sich zwei Aussagen gegenüber. In derartigen Fällen verdienen diejenigen, die mit Vorbehalt abgegeben seien, den Vorzug. Ein gebildeter Mann gebe seine Aussagen stets mit Vorbehalt ab, und je größer die Erfahrung des Zeugen, desto bedingter und eingeschränkter würden seine Aussagen sein. Von diesem Gesichtspunkte aus fallen die Aussagen der Entlastungszeugen viel schwerer ins Gewicht, als diejenigen der Polizeibeamten. Und dann seien Sozialdemokraten gezwungen, sich so reservirt wie nur möglich auszudrücken, da sie sich stets der Gefahr aussetzen, wegen Meineids angeklagt zu werden. Bei der Gleichartigkeit der beiden Ausdrücke sei es sehr naheliegend, daß die Beamten sich verhört hätten. Der Ausdruck könne aber auch gar nicht von dem Angeklagten gebraucht worden sein, weil er ja vollständig sinnlos gewesen wäre. Aus diesen Gründen sei die Freisprechung geboten. Sollte der Gerichtshof den Aussagen der Polizeibeamten jedoch mehr Glauben beimessen, dann bitte er in betracht zu ziehen, welche Erregung sich der Arbeiterschaft nach Bekanntwerden dieses Erlasses bemächtigt hatte, und er ersuche, höchstens auf eine kleine Geldstrafe zu erkennen. Der Staatsanwalt erwidert, daß er auch auf dem Standpunkt stehe, daß den reservirt abgegebenen Aussagen mehr Glauben beizumessen sei. Die Aussagen der beiden Polizeibeamten seien jedoch viel zu bestimmt. Woher der Vertheidiger schließen könne, daß sich die Sozialdemokraten der Gefahr aussetzen, auch schon bei einer kleinen Unrichtigkeit in der Aussage wegen Meineids angeklagt zu werden, wisse er nicht. Seiner Ansicht nach läge diese Möglichkeit bei den Polizeibeamten viel eher vor. Genosse Hintze bemerkt noch, daß er bereits seit 1883 in der sozialdemokratischen Bewegung thätig sei, seit dieser Zeit in öffentlichen Versammlungen auftrete und als ein ruhiger und sachlicher Redner bekannt sei. Den Ausdruck habe er nicht gebraucht. Wäre dies der Fall, dann sei er Mannes genug, das zuzugestehen und die Folgen zu tragen. Nach einhalbstündiger Berathung verkündet der Gerichtshof das Urtheil. Die Ermittelung der Wahrheit sei in diesem Falle schwer gewesen. Zwar seien die Bekundungen der Polizeibeamten außerordentlich bestimmte, aber ihnen gegenüber stehen Aussagen von sechs Zeugen, denen genau soviel Glaubwürdigkeit beizumessen sei. Die Belastungszeugen hätten sichtlich das Bestreben gezeigt, genau der Wahrheit die Ehre zu geben. Eine Partei verdiene darum soviel Glauben als die andere. Der Angeklagte sei deshalb freizusprechen; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Gegen den Oberfaktor Grünenthal wurde am Sonnabend auch vor dem hiesigen Amtsgericht verhandelt. Die Frau Grünenthal, von welcher er bekanntlich gerichtlich nicht getrennt ist und die mit ihrer Tochter außerhalb lebt, erhielt bisher regelmäßig Unterstützung von dem Oberfaktor, die jedoch seit seiner Verhaftung ausfiel. Frau G. hat infolge dessen gegen ihren Ehemann eine Alimentationsklage angestrengt, welche am Sonnabend vor dem Amtsgericht I in der Jüdenstraße zur Verhandlung gelangte. Die von der Klägerin gestellten Ansprüche, die auf eine monatliche Unterstützung von 100 M. normirt sind, wurden von dem Gerichtshof anerkannt und Grünenthal dem Klageantrage gemäß verurtheilt. Der Beklagte war im Termin persönlich nicht anwesend.

Das Ausnahmegesetz gegen das „Gesinde". Das den Dienstherrschaften zustehende Prügelrecht gegenüber den Gesindesklaven spielte bei einer Anklage wegen Körperverletzung eine Rolle, die die Schankwirthin Frau Birk gestern vor die 6. Strafkammer des Landgerichts I führte. Die Angeklagte hatte im Oktober die unverehelichte Anna Lubitz als Dienstmädchen in Stellung genommen. Schon am 1. November erklärte die letztere, daß sie am 15. November wieder ziehen wolle, ihr wurde aber versichert, daß die Kündigung nicht angenommen werde, da sie nur vom 15. zum Ersten kündigen dürfe. Einige Tage darauf entfernte sich das Mädchen, angeblich ohne Erlaubniß dazu eingeholt zu haben, aus der Wohnung, ließ der Angeklagten durch ein anderes Dienstmädchen sagen, daß sie sich einen Dienst suche und kehrte erst nach mehreren Stunden zurück. Als sie zurückkehrte, wurde sie von der Angeklagten mit einer Ohrfeige regalirt. Das Mädchen blieb dann noch bis zum 15. November bei der Angeklagten, zog dann zu einer anderen Herrschaft und ist dort krank geworden. Sie mußte wegen einer Verletzung des Mittelfingers der linken Hand ins Krankenhaus gebracht werden, ist dort mehrere Wochen hindurch behandelt worden und das Ergebniß war, daß sie zeitlebens einen steifen Finger behalten wird. Die Unglückliche behauptete nun, daß die Verletzung eine Folge der von der Angeklagten erhaltenen Mißhandlung sei. Frau Birk habe auf sie losgeprügelt und ihr einen Stoß gegeben, daß sie an die Wand geflogen sei und bei dieser Gelegenheit müsse der Finger verletzt worden sein. Der Gerichtshof sprach die Angeklagte frei.

Eine für die Bade-Anstalten höchst gefährliche Persönlichkeit wurde gestern der siebenten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des früheren Badewärters Max Raatz aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte hat seit einer Reihe von Jahren die Bade-Anstalten in Frankfurt a. O., Magdeburg, Braunschweig und Berlin unsicher gemacht. In den ersten drei Städten ist er wegen Diebstahls bereits vorbestraft worden, in Braunschweig im August vorigen Jahres zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Er hatte damals eine „Kunstreise" nach Braunschweig gemacht und an einem Tage drei Diebstähle in Bade-Anstalten ausgeführt. Dies gab Veranlassung, daß in Berlin über ihn Erkundigungen eingezogen wurden, wobei die Kriminalpolizei zu der Annahme gelangte, daß man in dem Verhafteten den Thäter ergriffen hatte, der in dem größten Theil der hiesigen Bade-Anstalten Diebstähle begangen hatte, wobei ihm bisweilen beträchtliche Summen baaren Geldes sowie goldene Uhren zur Beute gefallen waren. Der Angeklagte verfuhr stets in derselben Weise. Als früherer Badewärter war er mit den Gepflogenheiten der Badenden bekannt. Er trat ebenfalls als Badegast auf und ließ sich stets ein römisches Bad geben. Dies erfordert nach dem Bade das Einpacken der Körper in wollene Decken, worauf die Badegäste längere Zeit hindurch ruhig liegen müssen, um dann später massirt zu werden. Raatz nahm das Bad nur wenige Minuten. Dann schützte er Unwohlsein vor, erklärte, auf Packung und Massage verzichten zu wollen und begab sich wieder in den Ankleideraum. Hier suchte und fand er Gelegenheit, die Kleider der übrigen Badegäste auf ihren Inhalt zu untersuchen und sich Portemonnaies und Uhren anzueignen. Es liegen elf derartige Fälle gegen ihn vor. Außerdem werden dem Angeklagten mehrere Betrugsfälle zur Last gelegt. Er machte bekannt, daß er Unterricht im Massiren ertheile. Es meldeten sich einige Personen, welche vierzig Mark im voraus entrichten mußten. Sie erhielten nun eine einzige Stunde, dann verschwand der Angeklagte. Er behauptete im Termine, daß er durch seine in Braunschweig erfolgte Verhaftung an seiner Rückkehr und der Weitererertheilung des Unterrichts verhindert worden sei. In dieser Beziehung fiel die Beweisaufnahme zu seinen Gunsten aus, so daß der Staatsanwalt wegen der Betrugsfälle die Freisprechung beantragt. Es wurde gegen den Angeklagten auf eine Zusatzstrafe von drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus nebst den üblichen Nebenstrafen erkannt, so daß der Angeklagte insgesammt 6 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat.

Eine Blutthat, die am 17. November v. J., am Bußtage, in dem Dorfe Marienwerder, Kreis Niederbarnim, begangen wurde, soll das Schwurgericht des Landgerichts II in dreitägiger Verhandlung, welche gestern ihren Anfang nahm, beschäftigen. An dem genannten Tage, abends gegen 6 Uhr, war das Schaukzimmer in der Spiegel'schen Gastwirthschaft von Gästen gefüllt. Auch der Orts-Gendarm Heinze war anwesend. Derselbe verließ das Lokal um 6¼ Uhr in Begleitung des Amtsvorstehers und zweier anderer Personen. Er hatte sich erst kurze Zeit in seiner Wohnung befunden, als die erwachsene Tochter des Barbiers Liephak angelaufen kam und dem Gendarm die Meldung machte, daß ihr 58jähriger Vater soeben auf der Dorfstraße unweit der Kirche erschlagen aufgefunden sei. Der Gendarm eilte nach der Liephak'schen Wohnung, wo er Liephak blutüberströmt mit schweren Verwundungen am Kopfe antraf. Da der Verletzte noch röchelte, telegraphirte der Beamte an den im Nachbarorte wohnenden Arzt, bevor dieser aber eintraf, war Liephak verschieden, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Gendarm hatte inzwischen festgestellt, daß Liephak das Spiegel'sche Schanklokal etwa 10 Minuten nach ihm verlassen hatte, um nach Hause zu gehen und daß gleich nach Liephak auch der nicht im besten Rufe stehende 20jährige Glöser Karl Krüpfgans gegangen war. Auf eine Beraubung des Getödteten hatte der Thäter es nicht abgesehen, es konnte somit nur ein Racheakt vorliegen. Aber auch hierfür boten sich wenig Anhaltepunkte, denn niemand hatte weder an dem betreffenden Abende noch früher von einem Streit zwischen dem Getödteten und Krüpfgans etwas bemerkt. Es häuften sich aber die Verdachtsumstände gegen Krüpfgans derart, daß die Anklage wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange gegen ihn erhoben werden konnte. An dem betreffenden Abend gegen 6½ Uhr befand der Viehhändler Haack sich auf dem Heimwege. Unweit der Dorfkirche hörte er das Geräusch von heftigen Schlägen und gleichzeitig die Rufe: Hülfe! Hülfe! Herr Wachtmeister!" Eine andere Stimme antwortete: „Ich will Dir bei Wachtmeister!" — das Geräusch von Schlägen dauerte fort. Als Haack näher hinzukam, sah er, daß ein jüngerer Mann auf den am Boden liegenden Liephak, dessen Stimme Haack erkannt hatte, einschlug. Haack rief: „Mensch, mache es doch halbwegs, laß den alten Mann zufrieden, was hat er Dir gethan?" Bei diesem Anruf lief der Schläger davon, Haack will trotz des Halbdunkels den Angeklagten Krüpfgans erkannt haben. Am folgenden Tage entdeckte der Gendarm in einem Garten, den der flüchtende Thäter durcheilt hatte, deutlich ausgeprägte Fußspuren. Krüpfgans mußte dieselben Stiefel anziehen, die er am Bußtage getragen und ein Vergleich ergab, daß der Abdruck der Krüpfgans'schen Stiefel genau in die Fußspuren paßte. Ueber die Zeit, zu welcher Krüpfgans das Spiegel'sche Lokal verließ, hat er zunächst unwahre Angaben gemacht, erst als er in die Enge getrieben wurde, hat er zugegeben, gleich nach Liephak gegangen zu sein. Im übrigen betheuert er seine Unschuld, und die Vertheidiger, Rechtsanwälte Dr. Flatau und Grünfeld, haben einen umfassenden Entlastungsbeweis angetreten. Sie behaupten, daß

das Messen der Fußspuren nicht mit der wünschenswerthen Genauigkeit vorgenommen worden ist und beantragen, daß eine neue Messung vor den Augen der Geschworenen vorgenommen werde. Zu diesem Zwecke soll im Schwurgerichtssaale Sand gestreut werden. Die Vertheidigung macht außerdem geltend, daß jeder Beweggrund zu dem Verbrechen fehlt. Die Verhandlung, zu der gegen 100 Zeugen und 5 Sachverständige geladen sind, wird vom Landgerichtsdirektor Hellwig geleitet. Wir werden uns darauf beschränken, das Ergebniß mitzutheilen.

Versammlungen.

In einer am Dienstag, den 7. Juni, stattgehabten Verbandsversammlung der Schneider und Schneiderinnen gab der Kassirer Haase die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 1008,83 M., die Ausgabe 999,28 M., darunter 700 M. an die Hauptkasse gesandt. Die Lokalkasse stellte sich folgendermaßen: Einnahme mit Hinzurechnung des Bestandes vom 4. Quartal 3689,48 M., Ausgabe 751,08 M., somit bleibt für das 2. Quartal ein Bestand von 2938,40 M. Rutschmann bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und beantragte, dem Kassirer Decharge zu ertheilen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Das Unterstützungswesen im Verband behandelte Witte und empfahl der Versammlung die Anträge der Ortsverwaltung, welche eine Unterstützung der Mitglieder bei Erwerbsunfähigkeit bezwecken. Danach erhalten Mitglieder, die ein Jahr dem Verband angehören, bei Erwerbsunfähigkeit auf die Dauer von 13 Wochen 5 Mark wöchentlich. Diese Summe wird mit der Steigerung der Mitgliedsdauer auf 7 M. erhöht; ebenso tritt mit der Steigerung der Mitgliedsdauer eine Verlängerung der Unterstützungsdauer bis zu einem Jahre ein. Um diese Ausgabe zu bestreiten, müsse eine Erhöhung der Beiträge von mingestens 10 Pf. pro Woche eintreten. Im weiteren hat die Ortsverwaltung Anträge auf Abänderung des Streikreglements gestellt. Ueber den Beginn eines Ausstandes und unter welchen Bedingungen er geführt werden soll, sowie über die Beendigung desselben sollen nur Mitglieder zu bestimmen haben. In der darauffolgenden ausführlichen Diskussion erkannten sämmtliche Redner die Nothwendigkeit an, daß eine größere Fesselung der Mitglieder an die Organisation, besonders der ansässigen Kollegen stattfinden müsse. Hierauf nahm die gutbesuchte Versammlung die Anträge mit allen gegen 5 Stimmen an und werden dieselben der am 24. August d. J. in Mannheim stattfindenden Generalversammlung unterbreitet. Zum Schluß theilte der Bevollmächtigte mit, daß am Montag, den 11. Juli, das Sommervergnügen der Schneider und Schneiderinnen im Lokale von Herrn Kliem, Hasenhaide 14—15, stattfindet.

Die Kupferschmiede wählten in ihrer Vereinsversammlung am 18. Juni auf Antrag der Wittwe eines ausgeschlossenen und nachdem verstorbenen Kollegen ein Schiedsgericht, welches untersuchen soll, ob der Ausschluß des Betreffenden wegen einer gemeinen Denunziation zu recht erfolgt war. Alsdann werden zehn Arbeitsnachweis-Kontrolleure gewählt, und zwar die Kollegen Fr. König, A. Weber, C. Otte, A. Meier, Lauritzen, Fromm, R. Barthol, Peuser, Jerichow und Hagemann. Bezüglich der Gewerbegerichts-Wahlen wird bekannt gegeben, daß Formulare zur Eintragung in die Wählerliste, sowie jede Auskunft beim Filialkassirer und auch beim Vorsitzenden, ferner beim Vertrauensmann, Swinemünderstr. 83, vorn 3 Treppen, zu erlangen sind. Ebenda sind auch die Protokolle der Münchener Generalversammlung zu haben, und wird es jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, ein Exemplar zu entnehmen, damit in der nächsten Vereinsversammlung am 16. Juli die Diskussion stattfinden kann. Eine kurze Debatte entspann sich über die Absicht der Kupferschmiede-Innung, hierselbst eine Zwangsinnung zu errichten, und war die Meinung vorherrschend, daß auch eine solche keine größere Bedeutung als die jetzt bestehende Innung erlangen könne.

Schöneberg. In der Versammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins vom 20. Juni richteten die Genossen Meiling, Schubert, Spittel und Köster Ansprachen an die Mitglieder, in welchen sie dieselben aufforderten, sich recht rege an den Arbeiten zur Stichwahl zu betheiligen. Genosse Schubert brachte noch ein Pamphlet der Konservativen zur Verlesung, dessen ordinäre Ausdrucksweise allgemeine Entrüstung hervorrief.

Eine öffentliche demokratische Versammlung findet Donnerstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr, im Alten Schützenhaus, Linienstraße 5, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Stichwahlen. Referent Buchdrucker Max Roß. Der Wahlausschuß der deutschen Volkspartei.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 39. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zur Geschichte des allgemeinen Wahlrechts. — Das realistische und das ideologische Moment im Sozialismus. Von Eduard Bernstein. II. — Bücher vom letzten Jahre. Eine kritische Plauderei von Otto Ernst. — Die Ergebnisse der allgemeinen Reichsrathswahl in Oesterreich im Jahre 1897. Von Fritz Winter (Wien). — Literarische Rundschau. — Notizen: Immunität. Einige Bemerkungen über die „Nachfrage beim Dirnenkauf". Kunstfabriken. Von Hans Oswald. Zusammenhang zwischen dem Alter der Ehegatten und dem Geschlecht der Kinder. — Feuilleton: Giacomo Leopardi. Zu seinem hundertjährigen Geburtstag (29. Juni 1898). Von Dr. M. Freudenberger (Nürnberg). (Schluß.)

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 13 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vor der Schlacht. — Prostitution und Frauenkrankheiten. Hygienische und volkswirthschaftliche Betrachtungen von Prof. Dr. M. Flesch. Besprochen von Henr. Fürth. — Aus der Bewegung. — Kaffeeverleserinnen als Heimarbeiterinnen. Von Louise Zietz. — Hymnus. Von Heinrich Heine. — Feuilleton: Die Reinen. Von Dorothee Goebeler. (Forsetzung.) — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrswesens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Kinderarbeit. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1898 unter Nr. 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Die **Sozialistischen Monatshefte** (Redaktion und Verlag: Berlin C., Steinstr. 11) haben soeben ihr 6. Heft erscheinen lassen. Dasselbe enthält Dichtungen und ein Portrait von Hugo von Hofmannsthal. Der Inhalt des Heftes ist insgesammt der folgende: Professor A. Hamon: Die Wahlen in Frankreich. — Albert Weidner: Die Stellung der Anarchisten zu den Wahlen. — Paul Kampffmeyer: Ueber die Grenzen der politischen Macht. — Therese Schlesinger-Eckstein: Eine Wiener Mittelschul-Enquete. — Prof. Giuseppe Salvioli: Der Kampf zwischen Hirten und Ackerbauern in der Kulturgeschichte. — George Sorel: Was man von Vico lernt. — Hugo von Hofmannsthal: Vier Gedichte. — Ria Claaßen: Hugo von Hofmannsthal. — Prof. A. Asturaro: Die praktische und die theoretische Moralwissenschaft. — J. Alavais: Der Kollektivismus und die individuelle Freiheit. — Rundschau. — Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 50 Pf.; pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

W. 9. Natürlich handelt es sich um einen unangenehmen Druckfehler. Selbstverständlich soll es heißen:
„trotzdem sei daran erinnert, daß unsere Partei und auch Zubeil stets für die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt haben."

Genossen. Ihre Behauptung, daß in sämmtlichen deutschen Reichstags-Wahlkreisen Kandidaten unserer Partei aufgestellt worden sind, ist richtig.

159. Sie können sich an den Kassenarzt wenden, das Uebel ist auch heilbar.

Zwei Streitende B. Sie thun am besten, sich bei einem Spediteur zu erkundigen.

Theater- und Vergnügungsverein „Helgoland". Sitzung heute Abend 9 Uhr Ackerstraße 144.

Fröse. Senden Sie die Zeitungen unter Kreuzband; je 50 Gramm kosten 5 Pf.

W. in M. 1. Nein. 2. Detachements sind zugetheilt der 20. Kavallerie-Brigade (14. Armeekorps), Standort Colmar i/Els., und der 31. Kavallerie-Brigade (15. Armeekorps), Standort Straßburg i/Els.

P. W. 11. Ihr Wahlrecht geht Ihnen durch Benutzung einer sog. Bade-Freikarte durch Ihre Tochter nicht verloren. — **W. W. 18.** Leider kämen Sie mit einem Antrage nicht durch. Sie können nur die Unterstützung für die Familienmitglieder eingezogener Reservisten beanspruchen. — **W. A. Z.** 1. Die Vollstreckung durch die Erben ist noch zwanzig Jahre lang möglich. 2.—4. Es ist das durch einen schriftlichen Vertrag zu ermöglichen. — **A. B.** Nicht verwendbar. — **Henrig.** In 4 Jahren vom Ablauf des Jahres ab, in dem die Forderung entstanden ist. — **W. Näzel.** Steht in Ihrem Miethsvertrag (unter Hausordnung) das Verbot Drosseln zu halten, so ist Ihr Verwalter, sonst sind Sie im Recht.

Witterungsübersicht vom 21. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R
Swinemde.	760	NNW	2	wolkig	15	Haparanda	754	N	2	hlb. bed.	13
Hamburg	760	SW	2	bedeckt	15	Petersburg	753	NNW	2	wolkenl	11
Berlin	761	W	2	bedeckt	15	Cork	760	SW	2	Regen	14
Wiesbaden	763	W	1	bedeckt	18	Aberdeen	756	W	1	wolkig	16
München	766	W	2	wolkig	18	Paris	764	Still	—	bedeckt	18
Wien	763	Still	—	Regen	14						

Wetter-Prognose für Mittwoch, 22. Juni 1898.
Zunächst etwas wärmer, ziemlich trübe mit Regenfällen und mäßigen westlichen Winden, nachher kühler.

Berliner Wetterbureau.

Wähler
des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Mittwoch, 22. Juni, abends 8 Uhr:
2 Versammlungen
in Brochnow's Salon, Sebastianstr. 39,
in Krüger's Salon, Wasserthorstr. 68.
Tages-Ordnung: 213/19
Die Stichwahl im 3. Kreise. Referenten: Reichstags-Kandidaten **Wolfgang Heine** und **Rob. Schmidt.** Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Wahlkomitee.**

Schöneberg.
Donnerstag, 23. Juni, abends 8 Uhr,
im Saale des Bayrischen Hisel, Hauptstr. 5/6:
Volksversammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. **Die bevorstehenden Stichwahlen.** Referentin: **Frau Lily Braun.** 2. Diskussion.
205/5 **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

Rixdorf!
Freitag, 24. Juni, abends 8 Uhr:
2 Wähler-Versammlungen
in **Gröpler's Salon, Bergstr. 14,**
für Rixdorf u. Britz in **Peters' Salon, Knesebeckstr. 113.**
Tages-Ordnung:
Verkündigung der Wahlresultate.
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Um zahlreichen Besuch ersucht
205/6 **Das Wahlkomitee.**

Achtung!
Volks-Fest in Friedrichshagen!
Dampferfahrt
von Café Alsen (nahe der Schlesischen Brücke) nach dem Festplatz Müggelschloß.
Die Genossen des Süd-Ostens fahren präzise 7 Uhr früh ab, die Genossen des Ostens präzise 8 Uhr früh. Die Fahrzeuge, welche von den einzelnen Fahrgästen zu benutzen sind, sind durch Plakate erkenntlich gemacht.
Theilnehmer wollen die Fahrkarten bis spätestens Sonnabend Abend an den unten bezeichneten Stellen in Empfang nehmen.
Für den **Süd-Osten** bei **Erbe**, Cuvrystr. 25; **Tolksdorf**, Görlitzerstraße 58; **Streit**, Naunynstr. 86; **Goltz**, Grünauerstr. 3.
Für den **Osten** bei **Otto Franke**, Pallisadenstr. 9; **Franz Thielke**, Pallisadenstr. 52; **Fritz Wilke**, Andreasstr. 26. 215/13
Fahrpreis 80 Pf. **Das Comité.**

Zähne. Das rühmlichst bekannte, altrenommirte Zahnatelier bisher Grünstr. 10, jetzt nur **Grünstr. 231,** nahe der Gertraudtenstraße. Wie früher allerbest exist. **Zähne** v. **2 Mk.** an, 10jähr. Garantieschein. Auf Wunsch Theilzahlung.

Blaue Köper-Anzüge und Mechaniker-Kittel gut und billig nur in der Fabrik **C. Finch & Co., Köpenickerstraße 111,** Hof part. 5097g]

V. Wahlkreis.
Volks-Versammlung
Mittwoch, den 22. Juni, abends 8½ Uhr,
im großen Saale des Grand Hotel Alexanderplatz, Eingang Alexanderplatz.
Tages-Ordnung: Nieder mit allen Reaktionären. 127/8
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen.**
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Das Wahlkomitee.**

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
Achtung!
Das **Sängerfest** findet am **7. August** in **Pichelsdorf** statt.
Der Vorstand hat die Direktive, dasselbe nach den Beschlüssen des Ausschusses einzuleiten.
16/11 **Der Vorstand.**

Achtung! Britz. Achtung!
Donnerstag, den 23. Juni, abends 8½ Uhr, in Bethge's Salon, Chaussee-Straße 39:
Volksversammlung
für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. **Auf zur Stichwahl.** Referent: Genosse **Millarg** (Berlin). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Es ist Pflicht eines jeden Wählers, in dieser Versammlung zu erscheinen.
205/7 **Das Wahlkomitee.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Achtung, Kollegen!
Die am Mittwoch, den 22. d. M., fällige Konferenz der Vertrauensmänner für den Süden findet **nicht** statt. Am Sonnabend finden die Konferenzen für den Osten sowie für Charlottenburg statt. Den Vertrauensleuten geben wir bekannt, daß Formulare zum Einzeichnen in die Wählerlisten zur Gewerbegerichtswahl in unserem Bureau in Empfang genommen werden können. — **Am Freitag, den 24. Juni, ist unser Bureau geschlossen.**
112/10 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Durch eine vor kurzem neu gegründete Krankenkasse, genannt **„Eiche", Allgemeine Volks-Krankenkasse**, E. H. 130, Potsdamerstraße 118, können durch Namen sowie durch fast wörtliche Abschrift unserer Statuten, Aufnahme-Fragebogen und Prospekte, bei letzteren durch Weglassen des Zusatzes „Deutsch", Verwechselungen mit unserer Kasse entstehen. Wir machen das Publikum aufmerksam, unsere
Allgemeine Volks-Krankenkasse
(Eing. Hilfskasse 126)
Müllerstraße 174 I, Telephon Amt II 2436
mit der oben genannten Kasse nicht zu verwechseln.
Der Vorstand der Allgemeinen Volks-Krankenkasse
(Eing. Hilfskasse 126)
4085b **Müller-Strasse 174, 1 Tr.**

Ges. a. Schreibt. v. Peege Rüdersdorferstraße 48. 4089b

Ein gangbares Milchgeschäft zu verkaufen Rixdorf, Schönweiderstr. 13.

Wer ein Stückchen Land sein eigen nennen will, der kaufe bei mir eine Parzelle schon mit halber Anzahlung, 80—90 Ruthen, gesunde Lage, 23 Min. von Berlin, an der Bahn. 4087b
Jörs, Zepernick b. Bernau.

Fahrräder.
Bevor man kauft, besichtige man das **„Telegraph-Fahrrad".** Ueberrasch. leichter Lauf, höchste Vollendung, hocheleg., bill., großart. Konstr. Der Fahrradkauf ist Vertrauenssache! **Zubehörtheile, Reparatur.** Fahrrad-Fabrik **„Telegraph"** **Naunynstr. 5.** 4079b

Jede Dame!
die ein Cape gebraucht, benutze die Gelegenheit. Es gelangen zum Einzelverkauf entzückende Hochsommer-Fantasie-, à jour-Spitzen-Capes, neueste Pariser Formen, 6—10 Mark, reeller Werth 15—30 M. **Nur kurze Zeit** Gelegenheit für Wiederverkäufer. En gros. Fabrikwerkstatt. Export. Danzigerstr. 1, 3. Etage.

Herren-Anzüge
Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 M., nach Maaß: 33, 35, 37, 39 M. Halbwolle: 18, 19, 20, 21 M. Eigenes Fabrikat. Bei theureren Anzügen Theilzahlung, monatl. 10 M., gestattet.
Tomporowski, Schneidermstr., **Stralauerstr. 56, Laden.**

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** rc. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Dr. Simmel **Moritzplatz,** Haus v. **Aschinger** 2 Treppen rechts. **Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Schankgeschäft
Wegen Uebernahme eines Grundstücks bill. verkäufl. 800 M. Miethe. Friedrichsberg, Gürtelstr. 38. 4078b

Berichtigung.
In der Annonce, **Todesanzeige Müller** in der Sonntagsnummer muß es heißen statt Deutscher Holzarbeiter-Verband:
Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Theilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Bekannten, Freunden und Kollegen, sowie dem geselligen Verein „Liegnitzer Schweiz" und den Kolonisten von Kohldorf meinen herzlichsten Dank. 4086b
Der trauernde Gatte
Gustav Voigt nebst Kindern.

Materialwaaren-, Gemüse- und Kohlengeschäft, sichere Brotstelle, krankheitsh. z. verk. Adalbertstr. 24.

Strickmasch., Kl. II, verk. Marienburgerstr. 18, H. 4 Tr. r. 4091b

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter.
In der Möbelfabrik von **Rückwarth & Riegel,** Wienerstr. 50, haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Parkettbodenleger.
Die Kollegen der Firma von **Kuhnert u. Kühne, Marttnikenfelde,** haben die Arbeit niedergelegt. 81/15
Zuzug fernhalten!

Achtung Electrotechnik!
Der 3. Abendkursus für Praktiker zur Ausbildung von Elektromonteuren, Installateuren, Maschinisten, f. Bureau beginnt am 1. Juli 1898. Dauer 6 Monate, Monat 6 M. Nach Beendigung Abgangszeugniß u. Stellennachweis, besonders für Herren vom Metallgewerbe geeignet; Bedarf an geschulten Leuten sehr groß. Tüchtige Lehrkräfte, erfolgreiches Studium garantirt; ohne Unterschied des Alters werden Herren zu dem großen Beruf der Elektrotechnik ausgebildet. [4077b
Man verlange Prospekte. Bureauzeit bis 9 Uhr abends. Sonntag bis 1 Uhr. **Electra,** Prinzenstr. 55.

Mams. auf Damenjaquets verl. Orlowsky, Görlitzerstr. 70, v. 2 Tr.

Silber-Poliererinnen
finden dauernde Beschäftigung bei **Bergas Gebr.,** 4081b Schilling-Straße 12.

Tüchtige Zimmerleute
finden dauernde Beschäftigung im Baugeschäft **R. Vogel, Pritzwalk.**

Karton-Arbeiterinnen verlangt Neue Friedrichstraße 48.

Plätterin sucht Köpnickerstr. 35a, Dampfwäscherei. 4088b

Mamsells auf verschnürte Jacketts verl. Fruchtstr. 52, II. 4090b

Junger Tischler sucht gegen geringe Vergütung die Bildhauerei zu erlernen. **H. Meyer,** Wrangelstraße 103 II 1. 4080b

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Wahlversammlungen.

Für den 1. Berliner Wahlkreis tagte am Montag eine stark besuchte Versammlung im Feenpalast, in der der Reichstags-Abgeordnete Genosse Stadthagen referirte. Der Redner erinnerte eingangs seiner Ausführungen an das Verhalten der Freisinnigen gelegentlich früherer Wahlen, bei dem sie ihre feindliche Stellung gegen die Sozialdemokratie bekundet haben und für die reaktionären Parteien eingetreten sind, und verwies auf die prinzipiellen Gegensätze, welche die Sozialdemokratie von der freisinnigen Partei in den wichtigsten Fragen unterscheidet. Oftmals durch stürmische Beifallskundgebungen unterbrochen, kennzeichnete er sodann in trefflicher Weise die Ausbeuterpolitik der sich staatserhaltend nennenden Parteien, sowie deren Bestrebungen, die erwerbsthätige Bevölkerung völlig rechtlos zu machen, um insbesondere die aufstrebende Arbeiterschaft niederzuhalten, damit die Krautjunker und Schlotbarone uneingeschränkt schalten und walten können. Gegenüber der Sozialdemokratie bilden sämmtliche Parteien, die freisinnige, die mit diesen volksfeindlichen Parteien Schachergeschäfte betreibt, mit einbegriffen, eine reaktionäre Masse, und wer nicht will, so führt der Redner am Schluß seines Vortrages aus, daß die schon geringen Rechte des Volkes noch mehr verkümmert, sondern erweitert werden, daß dem Brotwucher und der Lebensmittelvertheuerung zu gunsten einer kleinen Klique von Großgrundbesitzern energisch entgegengetreten wird, und wer will, daß überhaupt bessere Zustände im Interesse der Gesammtheit der Bevölkerung geschaffen werden, der müsse dafür eintreten, daß aus der Stichwahl die sozialdemokratischen Kandidaten als Sieger hervorgehen. Durch langanhaltenden Beifall bekundeten die Versammelten ihr Einverständniß mit dem Vortrage. Die anwesenden Gegner, die sich durch laute Zwischenrufe bemerkbar machten, fanden trotz wiederholter Aufforderung nicht den Muth, den trefflichen Ausführungen des Referenten entgegenzutreten. Nachdem der Kandidat für den 1. Wahlkreis, Genosse H. Pötzsch, von der Versammlung lebhaft begrüßt, in einer kurzen Ansprache aufgefordert hatte, für die Wahl der Vertreter der Sozialdemokratie zu wirken und die Säumigen, die bei der Hauptwahl ihrer Pflicht nicht genügt haben, aufzurütteln, und nachdem der Vorsitzende Genosse Bohne noch bekannt gegeben, daß am Mittwoch eine Flugblatt-Verbreitung stattfindet und zu reger Bethätigung der Genossen am Tage der Wahl eingeladen hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die bevorstehende Stichwahl im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise behandelte am Montag Genosse Auer in einem Vortrage, welchen er in einer öffentlichen Versammlung in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, hielt. Vor dem Eingang in das angekündigte Referat richtete jedoch der Kandidat des Kreises, Genosse Wolfgang Heine, eine kurze Ansprache an die Anwesenden, in welcher er den Unterschied der Sozialdemokraten von den Freisinnigen scharf und deutlich festlegte. Vor allen Dingen sei es dem Freisinn zum Vorwurf zu machen, daß er die Dinge nicht nähme, wie sie seien, sondern seit mehr als vierzig Jahren sich in dem lieblichen Glauben einlulle, daß man in Preußen-Deutschland in einem konstitutionellen Staate lebe und eine genügende Portion von Freiheit und Staatsbürgerrechten besäße. Die Sozialdemokratie aber sei sich dieser Unfreiheit und Rechtlosigkeit im vollsten Maße bewußt; sie weiß, daß sie nichts zu vertheidigen hat, sondern daß sie unablässig kämpfen müsse, um ihren demokratischen Anforderungen gerecht zu werden. Daß die Sozialdemokratie aber nicht still steht, das beweisen am besten die mehr als 2 000 000 Stimmen, welche am Wahltage für dieselbe abgegeben worden sind. Für die Sozialdemokratie aber hieße es in der bevorstehenden Stichwahl alle Kräfte zusammenzunehmen, um den Sieg zu erringen. — Hierauf ergriff der Genosse Auer das Wort. Seine Ausführungen schlossen sich im wesentlichen an die seines Vorredners an. Er tadelt die Berliner Arbeiterschaft, daß sie in ihrer übermäßigen Siegesgewißheit nicht alle die Hoffnungen erfüllt habe, welche man in sie gesetzt hätte. Dann wendet auch er sich gegen den Freisinn, dessen Sünden er sowohl auf parlamentarischem, wie auch auf kommunalem Gebiet einer sehr scharfen Kritik unterzieht, als deren unumstößliche Schlußfolgerung sich ergiebt, daß der Freisinn seine demokratischen Prinzipien feige verleugnet und aufgegeben habe. In der Praxis ginge Freisinn und Reaktion Hand in Hand. Für die Berliner Sozialdemokratie aber bedeute die Stichwahl in diesem Kreise einen Appell an ihr Ehrgefühl. Agitation und nochmals Agitation sei in diesen wenigen Tagen die Hauptsache. Ein jeder thue seine Pflicht und Schuldigkeit, dann könne man getrost in den Wahlkampf gehen, denn ein altes Sprichwort sagt: Viel Feind', viel Ehr'! — In der hierauf folgenden Diskussion weist ein Rechtsanwalt, der sich ausdrücklich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekennt, die schmutzigen Angriffe des „Berliner Tageblattes" auf die Person des Genossen Heine im Namen aller seiner Kollegen zurück, indem er betont, daß Heine der gesammten Berliner Anwaltschaft, welcher Partei ein jeder auch immer angehöre, nur als ein äußerst ehrenwerther Charakter bekannt sei, der über derartige Begeiferungen völlig erhaben dastehe. Nach einem Schlußwort des Referenten Auer fordert der Vorsitzende noch zur regen Agitation auf und bittet die Genossen, sich doch auch bei der Stichwahl dem Wahlkomitee recht zahlreich zur Verfügung zu stellen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten Heine schließt die begeisternd verlaufene und gut besuchte Versammlung.

Eine zweite Versammlung des dritten Reichstags-Wahlkreises fand statt in „Sanssouci" am Kottbuser Thor, woselbst Genosse Freudenberg unter wiederholtem Beifall der Anwesenden referirte. Obwohl der 16. Juni — so führte er aus — ein Jubeltag für die deutsche Sozialdemokratie war, blieb ihr doch ein bitterer Tropfen an diesem nicht erspart: der Ausfall der Wahlen in der Residenz, nach welchem sich in vier Kreisen Stichwahlen mit Freisinnigen nöthig machen. Wenn auch das Bild im dritten Kreis durch Abriß von Proletarierwohnungen sich zu ungunsten unserer Partei verschoben, sei es doch möglich, durch energische Agitation denselben zu behaupten. Zu den Freisinnigen selbst, den Gegnern der Berliner Arbeiterschaft, sich wendend, läßt Redner die Geschichte derselben an der Hand von parlamentarischem Aktenmaterial Revue passiren, wobei er diese „wahren Volksfreunde" als Feinde des geheimen, direkten Wahlrechts, Vertreter für Ausnahmegesetze, Gegner des Koalitionsrechtes und der Freizügigkeit und warmen Befürworter von Militarismus und Marinismus charakterisirt. Was diese Freiheitshelden im Punkte „Erhöhung der Getreidezölle" zu thun gedenken, lasse sich vorläufig nicht errathen, jedoch sei klar, daß auch in dieser Frage kein Verlaß auf sie sei; wollen sie nicht ganz von der Bildfläche verschwinden, werden sie auch hier mit ihrem Jawort zur Stelle sein müssen. Daß die Freisinnigen strikte Gegner jeder Sozialreform sind, haben diese zur genüge gerade in letzter Zeit bewiesen, ebenso wie sie ihren Charakter als Volksfeinde seit Jahren im Rothen Hause zu Berlin zum Ausdruck brachten. Die Signatur des heutigen Freisinns gipfelt in den Worten Lassalle's: „Nur keine Revolution von unten, lieber noch Despotismus von oben." Der Kandidat, Genosse Heine, von der Versammlung stürmisch begrüßt, schließt sich kurz dem Vorredner an, wobei er die freisinnige Partei als Regierungspartei, die, nach den Ministersesseln schielend, ihr Programm Punkt für Punkt verräth, als eine heuchlerische, dem Volk Sand in die Augen streuende Gesellschaft vorführt. Nachdem er die plumpen Liebeswerbungen der freisinnigen Mannesseelen unter ihren ausgesprochensten Gegnern unter dem Beifall der Versammlung besprochen und sich mit einem warmen Appell für die Stichwahl an die Anwesenden gewandt, schloß die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und den Genossen Heine.

„Was haben die Wähler von der freisinnigen Partei zu erwarten?" lautete das Thema einer überaus stark besuchten Versammlung am Montag im fünften Reichstags-Wahlkreise. Genosse Dr. Beutler als Referent unternahm es, in treffenden und kernigen Worten auf die Bedeutung der Stichwahlen hinzuweisen und gleichzeitig das Verhalten der Freisinnigen im Reichstage wie namentlich in der Berliner Kommunalverwaltung zu kennzeichnen. Gegen die Durchführung des Achtstundentages haben sich unter anderen auch die Freisinnigen gesträubt, weil dadurch die Arbeiter eine Verringerung ihres Einkommens haben würden! Gerade hierin zeige sich die Uebereinstimmung der freisinnigen Kapitalisten mit dem Grafen Posadowsky, indem er den Kampf der diesjährigen Reichstagswahlen, „einen Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden" nannte. Freilich, die Herren im Millionärviertel hatten auch kein Verständniß für die Aufbesserung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter in Berlin. Glaubten sie doch, während der kurzen Regierung des Kaiser Friedrich, einen Minister aus ihren Reihen erhoffen zu dürfen! Daher auch heute noch eine vielfache Kriecherei und Verbeugung nach „Oben". Demgegenüber war es immer die Sozialdemokratie, welche unter den Arbeitern das Klassenbewußtsein geweckt und großgezogen hat, während von den Freisinnigen unserer Partei, infolge ihrer immer weiteren Ausbreitung, der Vorwurf gemacht wird, gerade dadurch der Reaktion Vorschub geleistet zu haben! Aber gerade die Freisinnigen als Vertreter der freien Konkurrenz sind es immer gewesen, welche ihre alten demokratischen Grundsätze verleugneten, um sie aber kurz vor einer Wahl wieder hervorzukehren! Nichtsdestoweniger finden die Herren es für richtiger, ihre Stimme einem Konservativen gegen einen Sozialdemokraten zu geben. Für alle ehrlichen und aufrichtigen Wähler ist es daher Pflicht, am Tage der Stichwahl für den Kandidaten der Sozialdemokratie, der einzigen Kämpferin für Freiheit und Rechte, den bisherigen Vertreter des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises, Rob. Schmidt, einzutreten, denn nur der Sozialismus ist die Losung, ihm gehört die Welt! (Lang anhaltender Beifall.) Mettendorf ermahnte die Anwesenden, unter Hinweis auf die Verschlechterung des Wahlrechts, unter lebhaftem Beifall, am Tage der Wahl ihre Schuldigkeit zu thun. Wels als Vorsitzender ersuchte insbesondere, bis zum Wahltage eine äußerst rege und besonders mündliche Agitation zu entfalten und sich auch recht zahlreich an der am Mittwoch Abend stattfindenden Flugblatt-Verbreitung zu betheiligen, um der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg zu verschaffen. Mit einem kräftigen dreifachen Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Verbrüderung von Freisinn und Antisemitismus, dieses unvergleichliche Schauspiel bot die Versammlung am Montag Abend, in der Herr Kreitling sprach. Erst war seine süße Rede schüchternes Liebeswerben um den feindlichen Bruder; er versprach dem „Mittelstande" eine Gemeinde-Umsatzsteuer, Gaspreisermäßigung ꝛc. Dann malte er den grausigen Zukunftsstaat mit seiner „Zwangsarbeit" in den entsetzlichsten Farben. Ueberhaupt wurden in der Versammlung von freisinniger sowohl als von antisemitisch-konservativer Seite derartige Reden geführt, daß sich die Herren nicht wundern brauchten, wenn sie durch Gelächter und Zurufe unterbrochen wurden. Herr Stockmann erklärte, daß die Konservativen ohne Abmachung für die Freisinnigen gegen die „vaterlandslose" Sozialdemokratie eintreten wollen. Mehrere Genossen wiesen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zurück. Einer von ihnen zeigte die wahre Vaterlandslosigkeit der Bürgerlichen und Junker, die das Vaterland zu gunsten einer kleinen Anzahl ausbeuten, in scharfen Worten. Da sie im sachlichen Kampfe verloren hatten, griff Herr Perls zu den schamlosesten Verdächtigungen von Personen, Verdächtigungen, wie sie sonst nur von den fanatischsten Volksfeinden gebraucht wurden. Sogar die Albernheit brachte er vor, „gewisse Existenzen" verführten nur das Volk, um von ihm zu leben. Wenn Herr Perls jemals wieder über „falsche Thatsachen" reden will, mag er an diesen — Irrthum denken. Unsere Genossen verließen am Schluß der Versammlung mit brausendem, dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie den Saal, der nur zur Hälfte von Freisinnsmannen und ihren Knappen besetzt war.

Der Verein „Waldeck" leitete am Montag die freisinnige Agitation für die Stichwahl im dritten Wahlkreise ein. Er hatte sich zu diesem Zweck den als gewaltigen Sozialistentödter bekannten Dr. Bernstein aus Charlottenburg verschrieben, der dann auch in einer zweistündigen Rede nach der im Wahlkampf überall von freisinniger Seite befolgten Manier die Sozialdemokratie „vernichtete." Unter anderem sagte er auch manches, was dem ärgsten Reaktionär ein zustimmendes Lächeln entlocken muß. Er sprach von dem furchtbaren Terrorismus, den die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft ausüben, wo sie unter Anwendung körperlichen Zwanges den widerstrebenden Arbeitern die Groschen abknöpfen und sie gegen ihren Willen zum Streiken zwingen u. s. w. Wo Herr Dr. Bernstein solche Fälle erlebt hat, sagte er natürlich nicht; sie sind ihm jedenfalls aus schwindelhaften Darstellungen arbeiterfeindlicher Blätter und Broschüren bekannt. Nach Herrn Dr. Bernstein treiben die Sozialdemokraten Mißbrauch mit dem Koalitionsrecht, und leiten damit Wasser auf die Mühle der Feinde dieses Rechts. Wenn die Sozialdemokratie die Freiheiten nicht mißbraucht hätte, dann wären die Freiheiten jetzt nicht in Gefahr. Auch Herr Dr. Langerhans gab derselben Meinung Ausdruck, indem er sagte, mit jeder sozialdemokratischen Wahl, ja mit jeder für einen Sozialdemokraten abgegebenen Stimme werden die Feinde der Freiheit vermehrt. Die einzige Beschützerin der Freiheit sei natürlich die freisinnige Partei. Es kam zu einer sehr erregten und zum theil stürmischen Debatte, in der von unserer Seite die Genossen Kohen und Fröhlich sprachen, die zum theil recht treffend den Ausführungen Dr. Bernstein's entgegentraten. Der parlamentarische Takt der Freisinnigen zeigte sich nicht gerade im besten Lichte. Während der Vorsitzende, Rechtsanwalt Sonnenfeld, einige unserer Parteigenossen, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, energisch zur Ruhe verwies und sie eventuell mit Hinausweisen bedrohte, zügelte er die lärmenden Kundgebungen, mit denen seine eigenen Parteigenossen die Ausführungen der Sozialdemokraten fortgesetzt unterbrachen, durchaus nicht, und griff nur ein, wenn von freisinniger Seite der parlamentarische Anstand in allzu gröblicher Weise verletzt wurde. — Dem Herrn Bernstein, der soeben in Charlottenburg in so glänzender Weise durchgefallen ist, gebührt für seine Reden unser wärmster Dank. Er scheint sich die Aufgabe gestellt zu haben, den Durchfall des Herrn Langerhans zu einem ebenso gründlichen zu gestalten. Noch mehr falscher Reden und unsere Parteigenossen im 3. Kreise sind der Mühe der Agitation für unseren Kandidaten ganz überhoben.

Den Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes,
welche am **Sonntag, den 26. Juni,** zum 16/12
Volksfest in Friedrichshagen
mitwirken, zur Kenntniß, daß vor Beginn der Aufführung eine **Probe** stattfindet, und zwar nachmittags 1½ Uhr bei **Lerche (Rundtheil) in Friedrichshagen.** Gesungen wird: **„Festgesang", „Freiheit Sieg", „Frühlingsruf"** und **„Sängermarsch".** — Die Leitung hat Herr **Stitz** übernommen. Vereine aus der Umgegend werden ersucht, ebenfalls theilzunehmen. Sängerbillets für letztere werden zur Probe ausgegeben.

Große Auktion!
Wegen Aufgabe des großen Herren-Konfektions-Geschäfts Oranienstraße 166 (nahe Oranienplatz)
werde ich daselbst
am Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags von 4 Uhr ab öffentlich meistbietend versteigern:
Große Posten kompl. Herren-, Knaben-, Burschen- und Kinder-Anzüge, Mäntel, Paletots, 4082b
einzelne Jaquets, Hosen, Westen besseren Genres.
C. A. Hilbrich, Auktionator u. Taxator, Holzmarktstr. 66.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 5206L*

Restauration Umstände halber billig verkäuf., Miethe 1000 M. Camphausenstraße 3L. 4084b

Sie wundern sich wohl
über die schöne weiße Wäsche Ihrer Nachbarin? Machen Sie auch einen Versuch mit dem echten
Dr. Thompson's Seifenpulver
und Sie werden dasselbe von Ihrer Wäsche sagen können! Sie ersparen dabei viel **Mühe, Zeit und Geld** und werden die Stoffe mehr schonen als bei anderen Waschmethoden.
Nur echt mit der Schutzmarke **„Schwan".**
Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Colonialwaarenhandlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Montag, den 27. Juni 1898:
Großes Sommerfest
in der **Neuen Welt,** Hasenhaide.
Gr. Konzert. Auftreten sämmtlicher Spezialitäten.
Großes Feuerwerk.
Fackelpolonaise. Kinderbelustigungen aller Art.
Grosser Sommernachts-Ball.
Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billet 25 Pf. 81/13
Jedes Kind erhält zwei Bons für Stocklaterne und Karoussel.
Billets sind auf allen Zahlstellen und im Arbeitsnachweis, Annenstraße 39, zu haben.
Heute, Freitag, den 17., abends 8 Uhr, bei **Cohn, Beuthstr. 20/21:**
Sitzung der Ortsverwaltung.
81/13 **Die Ortsverwaltung.**

Möbel auf **Theilzahlung** und **Wohnungs-Einrichtungen**
bei bescheidener Anzahlung 5473L*
und auf **Jahre** hinaus vertheilten Ratenzahlungen.
Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht
Stets enormes Lager vom **einfachsten** bis **feinsten Genre.**
Central-Möbel-Halle
Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . „ „ 40 Pf. [4978L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Unfallsachen. Klagen, Eingaben **Putzger,** Stegliherstr. 65.

Verpfändet gewesene und billig erworbene 66/6*
Fahrräder,
wenig gebrauchte und neue erstklassige deutsche und amerikanische Herren- und Damen-Räder mit Jahresgarantie verkauft spottbillig
Concess. **Leihhaus,**
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Bad Monbijou
Gr. Hamburgerstr. 20.
3 Wannenbäder 1 M., 3 Heißluftbäder 3 M. (D. R. P.), 3 Kneipp'sche Güsse 60 Pf. 3 Brausebäder 75 Pf., 3 Lohtannin-Bäder 3 M., 3 Soolbäder 2 M. Für Kräuter- u. Wasserkuren (ärztl. Verf.)
Poliklinik 10—12. Dienstag, Donnerstag, Freitag 6—8.
Privatsprechstunde 4—6.

Die bei dem
Brand
leicht beschädigten Waaren in
Loden-, Promenaden-, Reise-, Radfahr- und Wasch-Kostümen,
sowie Stoffe, Besätze ꝛc. werden zu **enorm billigen Preisen ausverkauft. Kostüme** von 4 Mk. an. **Radfahr-Kostüme** von 12 Mk. an. **Lodenstoffe,** 130 cm breit, pr. Mtr. v. 1 Mk. an. **Loden-Röcke** à 6 Mk.
Moritz Skutsch,
Taubenstrasse 23, 2 Tr.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Damen-Halbschuhe, Rossleder, zum Schnüren oder Knöpfen **3.15** Mk.
Drell-Turnschuhe mit Gummisohlen
für Kinder **1.40, 1.70,** für Damen **2.15,** für Herren **2.65** Mk.

Bade-Pantoffel
für Damen **40** und **65,** für Herren **45** und **75** Pf.
Stroh-Pantoffel 25 Pf.

Halbhandschuhe
Zwirn **23** Pf., Seide **50** Pf.

Glacé-Handschuhe
4 Kn. gris perle m. schwarz. Naht **1.20** gris perle u. weiss m. bunt **1.75** Mk.

Zwirn-Handschuhe
farbig mit seidener Aufnaht **25** Pf.

Herren-Lustre-Jacketts, schwarz **3.75** Mk.
Herren-Loden-Joppen 5.25 Mk.
Herren-Jackett-Anzüge 22.50 u. **36** Mk.

Knaben-Beinkleider

für ca.	2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–8 Jahre
Blau Satin	1	1.10	1.20	1.30	1.40	1.50 Mk.

Knaben-Schul-Anzüge

für ca.	9–10	10–11	11–12	12–13	13–14 Jahre.
Dunkler Waschstoff	2,	2.15,	2.30,	2.45,	2.60 Mk.
Blau Cheviot	8.25,	8.75,	9.25,	9.75,	10.25 Mk.
Buckskin-Stoff	13.50,	14.25,	15,	15.75,	16.50 Mk.

Herren-Touristenhemden,
Baumwollen. Flanell, hellgestreift **1.30** und **2.85** Mk.
Tricotstoff, in 3 Grössen **1.60, 1.75, 1.90** Mk.
Tricotstoff, dunkel gemustert, in 3 Grössen **3, 3.25, 3.50** Mk.

Herren-Sweaters, weiss oder schwarz, mit schottisch. Kragen und Manschetten, in 3 Grössen **3.25, 3.50, 3.75** Mk.

Knaben-Wasch-Anzüge

für ca.	2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–8 Jahre
gestreift Satin	2.55,	2.80,	3.05,	3.30,	3.55,	3.80 Mk.
weiss Satin	3.15,	3.40,	3.65,	3.90,	4.15,	4.40 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 22. Juni.

Opernhaus. Madame Dutitre. Abschieds-Konzert des schwedischen Studentenchors. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Mignon. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Flatterfucht. — Madame Dutitre. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Villa Gabriele. Anfang 7½ Uhr.
Westen. A Basso porto. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. 's Jungferngift. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Das Signal. Heinrich Heine. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Fegefeuer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Atschin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Kinder des Kapitän Grant. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Passage-Panoptikum. Theater Variété. Alpenglühen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Sommerpreise. Parquet 1 Mark.

Auf Sumatra

Gr. Ausstattungsstück mit Gesang und Ballets in 12 Bildern v. Ch. Cahmann. Musik von F. Krause. Anf. 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Ostend-Carl Weiss-Theater-Konzert-Garten. Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5½ Uhr.
The Carreton, Gymnastiker-Truppe. Große Pantomime: „Die verunglückte Droschkenfahrt". **Mr. Isano,** Bauchredner mit seinen elektrisch. Automaten. Gr. Jubel! **Karline aus Pankow,** Posse. Rasender Beifall! — Garten-Passe-partouts haben Giltigkeit.
Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch:
's Jungferngift
Donnerstag:
Thielemann's.
Freitag, zum ersten Male:
Der Geizige.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets (für 3 Personen giltig) à 1 Mark in den Cigarren-Handlungen v. Thormeyer, Potsdamer Platz, Fiedler u. Hoffmann, Ecke Lützow- und Potsdamerstraße, Rezhausen, Ecke Potsdamer und Steglitzerstraße.
Stets wechselndes Programm.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **„Friede auf Erden".** Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. **Eugenie Formes,** Kostümsoubrette. **Gebr. Millardo,** Grotesque-Duett. **Osrani Troupe,** musik. Excentr. **The 3 Wartons,** Parterre-Akrobaten. **Mr. Barna** mit s. dress. Ratten. **Ballet. Pantomime. Konzert** und **Ball.** Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Puhlmann's
Vaudeville-Theater
Inhaber F. Lehmann,
Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung
mit stets neuem Programm.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: **Vom Matterhorn zur Jungfrau.**
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon.
Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungiltig.)

Passage-Panoptieum.

Sga.
Radolfi,
die schöne **Tätowirte,** von 11—1 Uhr und 4—10 Uhr und **Théâtre-Variété** ohne Extra-Entree.

Reichshallen
Leipzigerstraße 77.
Größtes und schönstes Garten-Theater.
Täglich:
Berlin auf Stelzen!
von W. Agoston u. K. Wilhelm.
Außerdem:
20 Spezialitäten.
Clara Antoni, Hella Cellier Astor-Belmont-Trio,
die 6 nordischen Perlen 2c. 2c.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorzugskarten giltig.
(Bei ungünstiger Witterung im oberen großen Theatersaal.)

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Die Stadtrathwahl.
Posse mit Gesang und Tanz von Bender u. Herrmann.
Musik von Adolf Mohr.
Novität! Novität!
Japanliebchen
oder: **Die kleinen Geishas.**
Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gericke. Musik von Wappaus.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. **Schweizer Garten.** Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3—6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. **Entree 30 Pf.**
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
BAHNSTATION — SAVIGNYPLATZ
Carl Hagenbeck's
INDIEN
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenheide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Ulrico's Wunder-Tauben. — The Dissenato's. — Charl Gnoyn, Parodist. — **Paul Troy,** Charakterkomiker. — **Franziska Wünsch,** Soubrette. — **Max Kentler,** Liedersänger, **Martha Reinshagen,** Chansonette.
Neu! Berlin, wie's liebt und radelt. Neu!
Posse mit Gesang in 2 Bildern von **J. Eissner.**
Ehestands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von **Friedrich.**
Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.**
In den beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Max Kliem.

Ostbahn-Park,
Am Küstriner Platz.
Grösstes Vergnügungs-Etablissement des Osten, mit neuerbauten prachtvollen **Festsälen.**
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree: Wochent. à Person 10 Pf., Sonnt. 20 Pf. Kind. 10 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Dienstmädchen von heute.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. *
Olga Jacobson, Invalidenst. 145.

Apollo-Theater.
Zum **42.** Male:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Ferner:
20 Spezialitäten ersten Ranges.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Lipsk. Am Königsthor.

Heute, sowie jeden Mittwoch:
Jänisch-Konzert
Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments No. 1 (in Uniform)
Anfang 7 Uhr
Entree 10 Pf.
Jeden Mittwoch:
Spargel-Essen.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Salambo
die schöne Schlangenbändigerin.

Etablissement
Feldschlößchen
Inhaber **Fritz Nagel**
Müller-Straße Nr. 142.
Im größten und schattigsten Garten des Nordens (8000 Personen fassend):
Täglich: Frei-Konzert.
Sonntags:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Ball.
Achtung! 5212*
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Theater-Vereine zu vergeben.
Fritz Nagel.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin